MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Wandel der Europäischen Sicherheitspolitik

Zeitenwende mit 24. Februar 2022

verfasst von | submitted by

Mag.iur. Teresa Weigersdorfer BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 589
Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Internationale Entwicklung
Betreut von | Supervisor:	Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mueller

Abstract

Die folgende Masterarbeit untersucht die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann und versucht zu klären, ob dieses Ereignis eine „Zeitenwende“ in der Ausrichtung der europäischen Sicherheitsarchitektur mit Blick auf die Politik Russlands, eingeläutet hat. Der Begriff „Zeitenwende“ wird dabei als ein epochaler Wandel verstanden, der den historischen Verlauf in eine neue, unvorhergesehene Richtung lenkt. Die Arbeit greift auf einen historisch-analytischen Ansatz sowie die Theorie des kritischen Realismus zurück, um zentrale Parameter wie die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland, die Krise der Internationalen Beziehungen, geopolitische und völkerrechtliche Aspekte, die strategische Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik und die wachsende Bedeutung hybrider Bedrohungen wie Desinformation zu bewerten.

Ein Fokus der Arbeit liegt auf der Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union seit Wladimir Putins Machtübernahme im Jahr 1999, sowie der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO. Historische Ereignisse wie die Majdan-Revolution 2014 und die Annexion der Krym werden als Vorboten der Invasion 2022 analysiert. Ebenso wird die Umsetzung des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung der Europäischen Union aus dem Jahr 2022 untersucht, der auf die Gefahren neuer Bedrohungsszenarien wie Cyberangriffen und Desinformation aufmerksam macht. Die Arbeit argumentiert, dass der russische Angriff auf die Ukraine die Schwachstellen in der europäischen Sicherheitsarchitektur offenlegte und die Europäische Union zur Verabschiedung einer proaktiveren und kohärenteren Verteidigungsstrategie animierte.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Analyse hybrider Bedrohungen, insbesondere durch Desinformation, die das Vertrauen in demokratische Institutionen in ganz Europa untergräbt. Diese Bedrohungen werden als Teil einer umfassenderen Strategie Russlands verstanden, die den Boden für militärische Aggression bereitete. Die Arbeit untersucht zudem die europäische Reaktion, im Sinne der Neuausrichtung der Sicherheitsstrategie der Europäischen Union und die Bemühungen um eine kohärentere Verteidigungsstruktur. Im Fazit wird betont, dass der russische Angriff eine sicherheitspolitische Wende markiert hat, wobei abzuwarten bleibt, ob diese Veränderungen langfristig Bestand haben werden. Die Notwendigkeit strategischer Resilienz gegenüber konventionellen und hybriden Bedrohungen wird als zentrales Ergebnis hervorgehoben.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Der russische Angriff gegen die Ukraine mit 24. Februar 2022 hat maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur und auf die regelbasierte Weltordnung genommen. Neben den Veränderungen der globalen Sicherheitsordnung haben sich neue Krisen und neuartige hybride Bedrohungen in Form von Desinformationskampagnen oder der Instrumentalisierung von Migrant*innen entwickelt. Die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die Sicherheit der EU erfordern gesamtgesellschaftliche Antworten und eine enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern. Obwohl seit der Jahrtausendwende im Rahmen der GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) zahlreiche neue Maßnahmen gesetzt wurden und die EU seither bemüht ist als eigenständiger, geopolitischer Akteur aufzutreten, war der Begriff der Zeitwende zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bezeichnend für das Ausmaß des sicherheitspolitischen Wandels und ist es auch im Nachhinein betrachtet nicht.

Der Begriff Zeitenwende ist vielmehr seit Februar 2022 in aller Munde. Nachdem Russland die Ukraine militärisch angegriffen hat, hält der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bereits am 27. Februar 2022 im Rahmen einer Regierungserklärung seine „Rede von der Zeitenwende“: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus. […] Angesichts der Zeitenwende die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan […] Wer Putins historisierende Abhandlungen liest, wer seine öffentliche Kriegserklärung an die Ukraine im Fernsehen gesehen hat oder wer wie ich – kürzlich persönlich mit ihm stundenlang gesprochen hat, der kann keinen Zweifel mehr haben: Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine.“ (Scholz 2022)

Seit diesem Zeitpunkt seien die Freiheit, der Wohlstand und die Demokratie in Europa in Gefahr. Auch die Welt sei durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf sein Nachbarland die Ukraine eine andere geworden. Die gesamte Nachkriegsordnung sei in Frage gestellt. Die Zeitenwende hat auf der ganzen Welt und besonders in Europa einen Prozess des

Umdenkens eingeläutet, nicht nur Militär, sondern auch Wirtschaft, Energiewirtschaft, Medien, Technik und Politik sind gefordert, also die gesamte Gesellschaft. Im Februar 2022 wird der Begriff „Zeitenwende“ vor allem noch politisch-strategisch verstanden. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz betrachtet die Zeitenwende in seiner Rede aus verschiedenen Perspektiven: sicherheitspolitisch, rechtlich, energiebezogen und integrationspolitisch, wodurch er eine sehr strategische Sichtweise auf die Zeitenwende einnimmt.

Anfangs möchte ich hinterfragen, was eine Zeitenwende ausmacht, und welche Parameter dafürsprechen könnten, dass wir gerade jetzt eine erleben. Der Historiker Martin Sabrow hat den Begriff „Zeitenwende" als zunehmend abgedroschen beschrieben, da er durch übermäßigen medialen und politischen Gebrauch an Bedeutung verloren habe. In seiner Analyse thematisiert Sabrow die epochalen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung und das kollektive Gedächtnis. In seinem Buch „Zeitenwenden in der Zeitgeschichte" argumentiert er, dass solche Wendepunkte oft die bestehenden Ordnungen und Sichtweisen tiefgreifend erschüttern und zu einem neuen Normalzustand führen (Sabrow 2023:20). Ich möchte mich in dieser Arbeit unter anderem auf die geschichtswissenschaftliche Sichtweise von Martin Sabrow beziehen und „Zeitenwende" als Moment definieren, der den Lauf der Geschichte in eine unerwartete und nicht vorhersehbare Richtung lenkt. Zeitenwenden erschüttern bestehende Ordnungen und Sichtweisen und etablieren einen neuen Normalzustand anstelle des alten. Derartige Zäsuren sind immer tiefgreifend und verändern die gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen nachhaltig (Sabrow 2023:21).

Wenn man andere Begriffe mit ähnlichem Bedeutungsinhalt wie „Zeitenwende" betrachtet, stellt sich die Frage nach deren genauer Unterscheidung. Begriffe wie *Zäsur, Paradigmenwechsel, Umbruch, Epochenwende, Diskontinuität* oder ein zeithistorisches Datum von Gewicht lassen verschiedene Deutungsnuancen erkennen. Am 28. Oktober 2022 sprach Frank-Walter Steinmeier, in seiner vielbeachteten Rede im Kontext des russischen Angriffskriegs nicht von einer Zeitenwende, sondern von einem Epochenbruch (Steinmeier 2022). Es bleibt ungeklärt, ob er bewusst den Begriff „Epochenbruch" hervorheben wollte oder ob er einfach ein Synonym für „Zeitenwende" suchte. Diese Unsicherheit verdeutlicht das Dilemma bei der Beschreibung aktueller Ereignisse. Daher habe ich mich entschieden, den Begriff „Zeitenwende" für diese Arbeit als Hauptthema beizubehalten, jedoch mit einem Fragezeichen versehen und seine Dimension und Bedeutung kritisch zu hinterfragen.

Meine Forschungsfrage lautet:

Welche Implikationen für die Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsarchitektur mit Blick auf die Politik Russlands ergeben sich anhand der fünf Parameter I) EU-Russland Beziehungen seit 1999 II) Implementierung des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung 2022 III) Geostrategische Aspekte IV) Krise der Internationalen Beziehungen V) Hybride Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation? In welchem der genannten Parameter kann eine Zeitenwende der europäischen Sicherheitspolitik, mit dem russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022, ausgemacht werden?

Im weiteren Verlauf der Einleitung kommentiere ich den Aufbau der Arbeit, die Relevanz für den Studienzweig Internationale Entwicklung, die gewählte Methode sowie Theorie und nehme eine Darstellung der mir am wichtigsten erscheinenden Begrifflichkeiten vor. Darunter fällt vor allem der Begriff der Sicherheit – von menschlicher, erweiterter, bis hin zu vernetzter Sicherheit. Im **1.Kapitel** gehe ich auf die historischen Hintergründe ein, auf die Vorläufer der Zeitenwende. In Kapitel **1.1** werde ich die Beziehungen Russland zur EU seit der Machtübernahme Putins im Jahr 1999 beleuchten und schließlich in **1.2** näher auf die EU- und NATO-Osterweiterung eingehen und das Machtvakuum zwischen der EU und Russland, das die Ukraine bis zu diesem Zeitpunkt scheinbar stabilisierte. In Kapitel **1.3** behandle ich die Majdan Revolution, die völkerrechtswidrige Annexion der Krym im Jahr 2014 sowie die russische Invasion in den ukrainischen Oblast Donezk und Luhansk.

Im **2. Kapitel** geht es schließlich um einen potenziellen Wandel der europäischen Sicherheitspolitik seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit 24. Februar 2022. Anhand des Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung der EU werde ich Veränderungen in der allgemeinen Ausrichtung der Europäischen Sicherheitspolitik mit 24. Februar 2022, in Gegenüberstellung zur EUGS 2016 (EU-Globalstrategie), herausarbeiten. Im **Unterkapitel 2.2** wird sich alles um die geostrategischen Aspekte des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine drehen. Ich stelle die Fragen, ob sich die geostrategische Lage seit dem Angriffskrieg verändert hat; ob Warschau neben Berlin, Paris und Brüssel als neues geostrategisches Zentrum der EU betrachtet werden kann und welche Implikationen sich durch den Beitritt Finnlands und Schweden zur NATO ergeben haben. Im **Unterkapitel 2.3** „Krise der Internationalen Beziehungen“ stelle ich mir die Fragen, ob die bisherige regelbasierte Weltordnung, die auf dem System der UN beruht, ins Wanken geraten ist und wie sich die EU in diesem Gefüge positioniert. Außerdem stelle ich mir die Frage, ob sich neben dem westlich

geprägten universellen Völkerrecht, andere regionale Völkerrechtsregime herauszubilden beginnen.

Im **Unterkapitel 2.4** „Hybride Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation“ sowie **2.4.1** „Bekämpfung von Desinformation durch die Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT“, geht es um innere Aspekte von Sicherheit und um die Stabilität der europäischen Demokratien. Die EU befindet sich seit dem 24. Februar 2022 in einem Prozess der massiven Selbstbehauptung und ist bemüht neue Methoden gegen Desinformationskampagnen zu entwickeln. Die Abhängigkeit von russischem Gas hat die enorme Vulnerabilität im gesellschaftlichen Bereich sichtbar gemacht, zahlreiche polarisierte Themen werden von Desinformations- und Verunsicherungstaktiken bespielt. Die Selbstbehauptung gilt nicht nur dem Wirtschaftsstandort, sie gilt vor allem dem Lebensmodell. Eine der größten Herausforderungen europäischer Demokratien ist die zunehmende Radikalisierung gesellschaftlicher Ränder, beispielsweise durch die Beeinflussung von Wahlen.

Diese Arbeit kann sich nicht jeder der von Scholz genannten Facetten einer potenziellen Zeitenwende widmen, sondern wird sich vielmehr auf die Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik konzentrieren und diese anhand eines Blickes auf das Gesamtgeschehen analysieren. Aus diesem Grund werden auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie die Politik Russlands in Teilen miteinbezogen. Anhand der Parameter in den Bereichen „EU-Russland Beziehungen“; „Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung 2022“; „Geostrategische Aspekte“; „Krise der Internationalen Beziehungen“; „Hybride Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation“ möchte ich eine potenzielle Zeitenwende durch einen Vergleich des Status quo (24. Februar 2022) mit jenem ex ante (Putin wird zum Ministerpräsident ernannt 1999; die Majdan Revolution; die völkerrechtswidrige Annexion der Krym im Jahr 2014; die russischen Invasion in den ukrainischen Oblast Donezk und Luhansk) ausmachen.

Zunächst werde ich die grundlegenden Herausforderungen der EU in den fünf genannten Parametern mit Blick auf die Politik Russlands herausarbeiten, um dann zu analysieren welche Maßnahmen gesetzt wurden, um den Herausforderungen zu begegnen. Schließlich werde ich im **3. Kapitel** in meiner Conclusio beurteilen, ob genannte Herausforderungen in den Bereichen der fünf Parameter, gemeinsam mit den gesetzten Maßnahmen, in ihrem Umfang und Charakter

als einzigartig in der Geschichte der Europäischen Sicherheitspolitik und somit als „Zeitenwende“ bezeichnet werden können. Die Parameter sollen eine Veränderung in der allgemeinen Ausrichtung der EU-Sicherheitsarchitektur mit Blick auf die Politik Russlands „messbar“ machen.

Relevanz für den Studienzweig Internationale Entwicklung

Die Relevanz des Themas für den Studienzweig Internationale Entwicklung ergibt sich aus vielen Aspekten. Einerseits handelt es sich bei meiner Forschungsfrage nach einem Wandel der Europäischen Sicherheitspolitik mit Blick auf die Politik Russlands, um eine Frage nach internationaler Transformation. Die genannten Parameter sollen einen Wandel mit globaler Auswirkung sichtbar machen und sich in Hinblick auf die Schlussfolgerungen der Analyse nicht auf den europäischen Maßstab beziehen. Des Weiteren zeigen die Parameter deutlich, dass es sich hier um eine transdisziplinäre Auseinandersetzung mit globaler Transformation handelt, die politikwissenschaftliche, historische, geopolitische und völkerrechtliche Aspekte ebenso wie Ost-West-Beziehungen und Nord-Süd-Beziehungen miteinbeschließt. In der Einleitung dieser Arbeit wird unter dem Punkt „Begriffsbestimmung“ reflektiert, wie sich das Konzept von Sicherheit in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat und sich der Nexus zwischen unterschiedlichsten Bereichen, von Konfliktprävention- und bekämpfung bis hin zu humanitären Aspekten von Entwicklungspolitik und dem Konzept der „Menschlichen Sicherheit“, verdichtet hat.

Methode – historisch-kritische Literatur- und Quellenanalyse

Für meine Arbeit habe ich mich für die Methode der historisch-kritischen Literatur- und Quellenanalyse entschieden. Ausgangspunkt meiner Arbeit bildet die Forschungsfrage, dazugehörige Vorannahmen und der Versuch einer theoretischen Erklärung in Form der Theorie. Der zu untersuchende Realitätsausschnitt ist die europäische Sicherheitspolitik mit Blick auf die Politik Russlands pre und post 24. Februar 2022. Um einen Wandel gegebenenfalls ausmachen zu können, habe ich fünf Parameter bestimmt. Die verwendeten Kategorien sollen eine Veränderung in der allgemeinen Ausrichtung der EU-Sicherheitsarchitektur aufzeigen. Um die wichtigsten Veränderungen im Untersuchungszeitraum erfassen zu können und um gegebenenfalls eine Zeitwende anhand der genannten Parameter auszumachen, muss ich das zu analysierende Material wie Literatur, politische oder historische Dokumente, Internationale Verträge, Berichte, Zitate und sonstige Quellen, historisch-kritisch nach Entstehungszeitraum, in ihrem Inhalt erfassen.

Die Inhalte werden anhand der theoretisch interessierenden Merkmale (Parameter) im jeweiligen Kontext interpretiert (Früh 2017:19). Die gewählte Methode wird mir vorrangig bei der Analyse von verabschiedeten Dokumenten der EU-Institutionen (EP, EK und Rat der EU), wie dem Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung 2022, sowie der Analyse des EEAS-Reports 2023 und der ad hoc nach dem 24. Februar 2022 entstandenen Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT, helfen. Unter der pragmatischen Sicht der historisch-kritischen Literatur- und Quellenanalyse, ist es mir ein Anliegen aus einer bestimmten forschungsleitenden Perspektive (der Theorie des kritischen Realismus) Komplexität zu reduzieren. Inspiration für das Thema und die Wahl der Forschungsfrage war die Ö1 Journalreihe „Zeitenwende: Die Zukunft unserer Sicherheit“ von Oktober 2023 sowie die „Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik“ vom 03.-04. Oktober 2023, organisiert von der Landesverteidigungsakademie Wien, an der ich persönlich teilnehmen durfte. Die Partizipation an der Konferenz wurde mir durch ein Praktikum als juristische Mitarbeiterin im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik (Koordinierung und Unterstützung der ständigen Vertretung Österreich in der Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT) ermöglicht.

Aus diesem Grund liegt der Fokus einer der Parameter auf dem Bereich „Hybride Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation“ und nimmt einen großen Teil dieser Arbeit ein. Die Zeitschrift Osteuropa erwies sich als eine besonders wertvolle Recherchegrundlage und Literaturquelle für meine Masterarbeit, da sie durch ihre fundierten und differenzierten Beiträge entscheidend dazu beigetragen hat, zentrale Themen wie Völkerrecht und Internationale Beziehungen kritisch zu beleuchten. Insbesondere der Artikel von Angelika Nußberger und Lauri Mälksoo, der die Diskussion über Multipolarität und Universalität im Völkerrecht thematisiert, war essenziell für die Analyse der Krise des Internationalen Rechtssystems, insbesondere in Bezug auf Russlands Versuch, ein eigenständiges, regionales Völkerrechtsregime zu etablieren. Mälksoo und Nußbergers Beiträge in der Zeitschrift Osteuropa (Band 6) halfen insgesamt dabei, den theoretischen Rahmen meiner Arbeit zu stützen, indem sie die Spannungen zwischen universell gültigen Normen und regionalen Machtansprüchen aufzeigten.

Nach Mälksoo und Nußberger sind „… Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für Russland nicht länger die Pfeiler des Völkerrechts, das auch auf die innerstaatlichen Strukturen einwirkt. Vielmehr reklamiert Russland als „historische Großmacht“ für sich die absolute Souveränität des Staates. Der damit verbundene Anspruch auf Nichteinmischung in

innere Angelegenheiten hat Vorrang vor normativen Bindungen, insbesondere, wenn es um Menschenrechtsfragen geht. Eingegangene vertragliche Bindungen und Pflichten halten Politiker und Diplomaten für anachronistisch und irrelevant. Sie begründen dies damit, dass die Vertragspartner eine feindliche Position gegenüber Russland eingenommen hätten. Russland legt die Axt an das Völkerrecht.“ Diese Annahme möchte ich im Kapitel „Krise der Internationalen Beziehungen“ hinterfragen und anhand einer Analyse der Verfassung und des Konzepts der Außenpolitik der Russischen Föderation feststellen, ob die Entwicklungen im Bereich Etablierung eines „regionalen Völkerrechtsregimes“ eine Gefährdung des völkerrechtlichen „Acquis“ darstellen (Mälksoo; Nußberger 2023:193).

Im Bereich der Quellen habe ich meine Analyse auf zwei wesentliche Leitdokumente für die Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsarchitektur fokussiert. Einerseits der Europäische Kompass für Sicherheit und Verteidigung 2022 und andererseits den EEAS-Report 2023 on *Foreign Information Manipulation and Interference* (FIMI) *Threats*. Der EEAS-Report ist ein zentraler Bericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS). Er analysiert die zunehmenden Bedrohungen durch Desinformation und Informationsmanipulation, insbesondere im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Berichte werden seit dem russischen Angriffskrieg jährlich erstellt, bisher wurden zwei Berichte für die Jahre 2022 und 2023 veröffentlicht. Für diese Arbeit habe ich mich für die Analyse des aktuellen Berichts aus dem Jahr 2023 entschieden.

Das relevanteste sicherheitspolitische Dokument der EU ist zweifelsohne der strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung, er wurde kurz nach dem 24. Februar 2022 verabschiedet. Aufgrund der Tatsache, dass er die erste ganzheitliche Sicherheitsstrategie der EU darstellt und hinsichtlich der zeitnahen Verabschiedung unmittelbar nach Kriegsbeginn, wird ihm ein eigenes Unterkapitel 2.1 gewidmet. Der Kompass bietet eine umfassende Analyse der aktuellen Bedrohungslage sowie klare Handlungsstrategien und Zielvorgaben, welche die Reaktion der EU auf eine potenzielle sicherheitspolitische Zeitenwende maßgeblich prägen. Der Kompass hebt insbesondere die Rückkehr der Machtpolitik und die zunehmenden Formen hybrider Bedrohungen hervor, die durch Desinformation, Cyberangriffe und die Instrumentalisierung von Energieressourcen oder Migrant*innen verschärft werden.

Für die Beantwortung meiner Forschungsfrage analysiere ich in meiner Arbeit unter anderem die Passagen, die auf der strategischen Zusammenarbeit mit der NATO und anderen

internationalen Akteuren wie den UN beruhen, da diese Kooperationen im Angesicht der russischen Aggression an Bedeutung gewonnen haben. Zudem verdeutlicht der Kompass die Bedeutung der territorialen Unversehrtheit und der Souveränität europäischer Staaten, ein zentraler Aspekt, der die Bedrohung durch Russlands Einfluss auf Nachbarländer wie die Ukraine und Moldau in den Fokus rückt. Insgesamt bietet der Kompass somit eine solide Basis für die Analyse der Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik.

Der aktuelle EEAS-Report on *Foreign Information Manipulation and Interference* (FIMI) *Threats* aus dem Jahr 2023 ist insofern für die Beantwortung meiner Forschungsfrage von Bedeutung als er eine detaillierte Analyse der Taktiken, Techniken und Verfahrensweisen (TTPs) liefert, die von Akteuren wie Russland genutzt werden, um Desinformation und Manipulation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu betreiben. Für meine Masterarbeit, insbesondere für die Beantwortung der Unterfrage V) Hybride Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation, war der Bericht von herausragender Bedeutung. Der EEAS-Report stellt eine fundierte Grundlage dar, um die Funktionsweise und Auswirkungen hybrider Bedrohungen zu verstehen. Beispielsweise wird detailliert dargestellt, wie Russland Desinformation als Waffe nutzt, um die öffentliche Meinung sowie Wahlen in Europa zu beeinflussen und Spaltungen zu vertiefen.

Eine der zentralen Taktiken ist die strategische Nutzung russischer diplomatischer Kanäle zur Verbreitung von Falschinformationen. Diese werden genutzt, um gezielt Mediennetzwerke zu instrumentalisieren, mit dem Ziel die westlichen Sanktionen zu untergraben und antiwestliche Narrative zu verbreiten (EEAS 2023:14). Hybride Bedrohungen, die auf der Manipulation von Informationen basieren, sind ein zentraler Aspekt der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Debatte. Die Analyse des Berichts hat meiner Arbeit eine fundierte Grundlage für das Verständnis von hybriden Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation geliefert. Unter anderem wie manipulative Aktivitäten in der Informationssphäre seitens Russlands gezielt eingesetzt werden, um geopolitische Ziele zu erreichen.

Theorie:

Die vorliegende Arbeit folgt einem theoriegeleiteten, analytischen und deskriptiven Ansatz. Sie zielt einerseits darauf ab die Rolle von Groß- und Mittelmächten im globalen Kontext zu beschreiben und soll andererseits zu einer besseren Einordnung globaler Machtstrukturen

beitragen. Als theoretische Grundlage nutze ich den Neorealismus, der als Theorie der Internationalen Beziehungen viel zum Verständnis von Machtstrukturen beitragen kann. Macht wird in dieser Arbeit als eine zentrale Größe der Internationalen Beziehungen angesehen und der Begriff der Polarität als wesentliches Analysetool für das Verständnis globaler Machtstrukturen genutzt. Das Ziel ist, die realpolitischen Handlungen der dominierenden und steuernden Akteure aus historischer, politikwissenschaftlicher, völkerrechtlicher, geopolitischer- sowie aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen zu erfassen.

Als Analyseinstrumentarium nutze ich den kritischen, strukturellen Realismus nach Kenneth N. Walz. Sein Hauptwerk aus dem Jahr 1959 „*Man, the State and War*“ gilt als ein früher Klassiker des Neorealismus und gliedert sich in drei Analyse-Ebenen: erstens die Zusammenhänge zwischen menschlichem Verhalten und den Internationalen Beziehungen, zweitens der Einfluss der gesellschaftlichen Ordnung auf zwischenstaatliche Konflikte und drittens, die sich daraus ergebenden Folgen der internationalen Anarchie. Durch das Fehlen einer übergeordneten Schutz- und Sanktionengewalt und den dadurch nicht vollzogenen Prozess der Regulierung und Versöhnung, steigt das Risiko der Gewalt und des Kriegs unter den souveränen Staaten. Nach Walz besteht jedes System aus einer Struktur und aus Einheiten, die miteinander auf aktive Weise in Beziehungen treten. Das System selbst besteht allerdings nicht nur aus der Summe der Interaktionen, sondern ist vielmehr eine Abstraktion. (Krell; Schotter 2018:158)

Politische Strukturen kennzeichnet Walz durch die Eigenschaften der Akteure, deren Stärkeverhältnisse untereinander und durch Ordnungsprinzipien. Für das politische System identifiziert er zwei dominierende Ordnungsprinzipien: Hierarchie und Anarchie. Staatlich organisierte, politische Systeme sind zentralistisch und hierarchisch aufgebaut, anders das Internationale System, das dezentral und anarchisch ist. Aus diesem Grund müssen sich die Staaten in den Internationalen Beziehungen durch Vorsorge für die Verteidigung, durch Abschreckung oder durch Bündnisse selbst helfen, wenn sie nicht erobert werden wollen. Für Walz handelt es sich bei den Versuchen die eigene Macht im anarchischen Internationalen System zu maximieren, um ein grundlegendes Sicherheitsproblem in den Internationalen Beziehungen. (Krell; Schotter 2018:159).

Der Neorealismus betrachtet die internationale Ordnung also primär als das Ergebnis der Verteilung von Machtressourcen (*Capabilities*) unter den Staaten. Wie bereits erwähnt geht es

im Kern darum, dass in einem anarchischen Internationalen System, in dem es keine zentrale Autorität gibt, jeder Staat gezwungen ist, seine Sicherheit selbst zu gewährleisten. Dieser sogenannte Selbsthilfeimperativ führt dazu, dass Staaten versuchen ihre Macht zu maximieren, um ihr Überleben zu sichern (Groitl 2022:397). Die Verteilung der Machtressourcen im Internationalen System bestimmt dabei die Polarität – also die Anzahl der dominierenden Mächte – und schafft Zwang zur Gegenmachtbildung. Der Neorealismus argumentiert, dass der Aufstieg und Fall von Mächten die Entwicklung der internationalen Ordnung prägt und Veränderungen in der Polarität in der Regel zu einem Wandel der Ordnung führen. Für neorealistische Theoretiker*innen ist die internationale Ordnung deshalb stark von der Verteilung der Macht abhängig. Staaten reagieren auf Machtverlagerungen, indem sie Allianzen bilden oder ihre militärischen Kapazitäten ausbauen. Der Wettbewerb um Machtpositionen ist somit eine natürliche Konsequenz des anarchischen Systems (Groitl 2022:399).

Veränderungen in der internationalen Ordnung entstehen laufend, dramatische Veränderungen wie Großmachtkriege sind selten, aber möglich. Der Neorealismus betont auch, dass Macht nicht nur in militärischer Stärke liegt, sondern ebenso in wirtschaftlichen Fähigkeiten. Staaten, die über vergleichsweise mehr Machtressourcen verfügen, haben strukturelle Vorteile, da sie die Regeln und Normen der internationalen Ordnung zu ihren Gunsten formen können. Dies erklärt, warum dominante Mächte bestrebt sind, eine für sie vorteilhafte Ordnung zu erhalten, während aufstrebende oder revisionistische Staaten versuchen diese zu verändern, um ihre eigenen Interessen besser zu vertreten. Der Neorealismus erkennt an, dass institutionelle Strukturen und Regeln existieren, doch sie haben aus dieser Perspektive keinen dauerhaften Einfluss auf das Machtspiel. Letztlich ist es immer die Verteilung der Machtressourcen, die darüber entscheidet, ob eine Ordnung stabil bleibt oder ins Wanken gerät. Ich möchte daher anhand der Theorie des kritischen Realismus untersuchen, wie sich der Kampf um die internationale Ordnungshoheit auf die Europäische Sicherheitspolitik nach dem 24. Februar 2022 anhand der definierten Parameter auswirkt und ob potenzielle Veränderungen in der Polarität im Sinne einer Zeitenwende zu beobachten sind (Groitl 2022:400f).

Die EU hat lange darauf spekuliert, das Zeitalter der Abschreckung überwunden zu haben und sich im Bereich Sicherheit und Verteidigung auf andere Akteure verlassen. Nach dem 24. Februar 2022 scheint ein Umdenken stattgefunden zu haben: wer seine Sicherheit vernachlässigt, muss damit rechnen erobert zu werden. Es ist ein entscheidender Grundgedanke

des strukturellen Realismus, dass das Internationale System dahingehend selektiert. *„To say that 'the structure selects' means simply that those who conform to accepted and successful practices more often rise to the top and are likelier to stay there. The game one has to win is defined by the structure that determines the kind of player who is likely to prosper."* (Walz 1979:92). Jedoch können gegenseitige Fehleinschätzungen und Überinterpretationen wiederum zu einem Streben nach Maximierung der eigenen Macht und überzogenen Verteidigungs- und Rüstungsausgaben führen. Dieses Sicherheitsdilemma erfordert kluge Machtpolitik, die sich nicht der provozierenden Machtanhäufung hingibt, sondern diese von der ausreichenden Verteidigungsfähigkeit zu unterscheiden weiß (Krell; Schotter 2018:160).

Aus der Systematik von Waltz ergeben sich zwei abgeleitete Annahmen über das Verhalten von souveränen Staaten: Einerseits wollen sie ihre Autonomie wahren, ein souveräner Staat möchte nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem anderen stehen. Wenn Bündnisse eingegangen werden, dann nur unter der Prämisse nicht unterworfen zu werden und zumindest annährend gleiche Vorteile wie der Partner aus dem Bündnis ziehen zu können. Walz verstand seine Theorie ausdrücklich als eine systemische und nicht als eine der Außenpolitik. Ich möchte seine Theorie zusätzlich als eine normativ orientierte Friedenstheorie verstehen, zu dessen Grundsätzen der Verzicht auf Überdehnung der Macht (durch Schaffung eines Mächteequilibriums) sowie die Ablehnung eines militärischen Expansionismus gehören. Seine Ansicht, dass die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen wegen ihrer Abschreckungsfunktion zum Weltfrieden beitragen kann, möchte ich im Schlussteil diskutieren. (Krell; Schotter 2018:161)

Begriffsbestimmungen:

Laut Hobbes´ Leviathan begründet der politische Begriff der Sicherheit die „Sorge für die Sicherheit des Volkes" (Hobbes 1984 (1651):255) als zentrale Staatsfunktion. Damit ist er eng mit der Konstituierung des modernen Nationalstaates verknüpft. Seit Ende des Kalten Kriegs und dem Blockzerfall 1989/90 haben sich die Dimensionen von Sicherheit zunehmend auf ökologische, ökonomische, humanitäre sowie andere Formen der Sicherheit erweitert. Einhergehend mit dem Systemwandel in Europa war die EU bemüht, ihre Rolle als Verfechterin demokratischer Werte und Menschenrechte im globalen Maßstab zu festigen. Demokratisierung wurde zu einem europäischen Schlüsselinstrument der Konfliktbearbeitung erklärt (Wein; Otzelberger 2009:205).

Zeitgleich erfuhr das Narrativ der Sicherheitspolitik mit Beginn der 1980er Jahre einen Wandel. Sicherheit wurde nicht mehr primär mit dem Schutz von Staaten vor militärischen Angriffen gleichgesetzt, sondern innerstaatliche Konflikte, Terrorismus und Bürgerkriege zu den neuen Bedrohungsszenarien erklärt. Mit der Zunahme „privatisierter" Formen von Konflikten, „fragiler Staatlichkeit", Staatsversagen- und zerfall musste Sicherheit neu gedacht werden. Das klassisch militärstrategische Sicherheitskonzept des Kalten Kriegs reicht nicht mehr aus, um die Komplexität der heutigen Sicherheitslage umfangreich zu erfassen (Wein; Otzelberger 2009:205). Bereits vor dem 24. Februar 2022 rückten andere Politikfelder ins Zentrum sicherheitspolitischer Belange, wie Außen- und Innenpolitik, Verteidigungs- sowie Umweltpolitik, vereint unter dem Motiv, die globale Sicherheitslage verbessern zu wollen. Die Versicherheitlichung ursprünglich nicht-militärischer Politikfelder geriet in den Fokus und führte zu einer zunehmenden Überlappung der Aufgaben ziviler Konfliktbearbeitung sowie militärischer Maßnahmen und Intervention andererseits (Baumann; Zdunnek; Zitelmann 2014:225).

In der EU begegnete man diesem Umstand mit dem Konzept der sogenannten „erweiterten, mehrdimensionalen Sicherheit". *Soft security issues* – wie wirtschaftliche, sicherheits- und entwicklungspolitische Komponenten – werden gemeinsam gedacht (Wein; Otzelberger 2009:205). Die EU verknüpft seit den 1990er Jahren sicherheitspolitische Ziele mit jenen von Entwicklungspolitik und bemüht sich die Rolle als zivile Macht beziehungsweise *soft power* einzunehmen. In diesem Kontext stellt sie diverse Instrumente zur Finanzierung von frauen- und menschenrechtlichen Agenden bereit, wie das *European Instrument for Democracy and Human Rights oder* das *Instrument for Stability*. Dennoch sind in der sicherheitspolitischen Agenda der EU seit dem 11. September 2001 Rückschritte zu beobachten, weg von der *soft security- zur hard security strategy*. Mit den Anschlägen vom 11. März 2004 in Madrid wurde das Konzept der langfristigen, erweiterten Sicherheit, welches Demokratisierung, Armutsbekämpfung und Förderung der Menschenrechte als vorrangige Ziele benennt, durch kurzfristige, militärisch orientierte Missionen wieder abgelöst (Wein; Otzelberger 2009:206).

Das Konzept der „Menschlichen Sicherheit" hat sich im Kontext der UN entwickelt, als nach Ende des Kalten Kriegs neue Formen der Unsicherheit aufkamen und sich die Sicherheitspolitik nicht mehr ausschließlich auf die nationale Sicherheit konzentrierte. Die Entwicklung des Konzepts geht konkret auf den *Human Development Report von 1994* zurück, laut dem Bericht meint Menschliche Sicherheit: „*It means, first, safety from such chronic threats as hunger,*

disease and repression. And second, it means protection from sudden and hurtful disruptions in the patterns of daily life – whether in homes, jobs or in communities" (UNDP 1994:23). Ziel war nunmehr die „Freiheit von Furcht" und die „Freiheit von Not", durch Schutz der Menschen vor Repression, Gewalt und der Sicherung sozialer Rechte wie Ernährung, Gesundheit und Einkommen (Baumann; Zdunnek; Zitelmann 2014:227). Im Folgenden benennt der *Human Development Report* sieben Dimensionen der Menschlichen Sicherheit: Wirtschaftliche, Nahrungs-, Gesundheitliche, Umwelt-, Persönliche, Gemeinschaftliche, und Politische Sicherheit (UNDP 1994:23).

Prinzipiell stellen Staaten die Hauptgaranten für Menschliche Sicherheit dar, Begriffe wie „Regierungsverantwortlichkeit" und „Legitimität" treten zentral hervor. Allerdings stellt das Konzept auch eine Ratio der UN-Charta dar, welche völkerrechtlichen Prinzipien wie jenes der territorialen Integrität, Nicht-Intervention und Souveränität in Frage stellt (Werther-Pietsch 2014:31). Menschliche Sicherheit beeinflusste das Souveränitätskonzept des Internationalen Rechtssystems nachhaltig, indem die Ordnungsprinzipien nicht mehr notwendigerweise und ausschließlich staatlich konzipiert sind (Werther-Pietsch 2014:35). Dies kann anhand eines Aufweichens des strikten, völkerrechtlichen Lotusprinzips beobachtet werden, wonach Staaten bei einem angestrebten Handeln nicht nach einer Erlaubnisform zu suchen haben, sondern dezidiert nach einer Verbotsnorm und dem daraus folgenden Erstarken der Rechtsfigur des ius cogens (Werther-Pietsch 2014:33). Gegner*innen des Ansatzes bringen einige wichtige Kritikpunkte zur Sprache: mit einer Aufweichung staatlicher Souveränität könnte eine interventionistische Politik befördert werden und dies wiederrum tragende Pfeiler des UN-Friedenssystems wie das Gewaltverbot in Frage stellen (Werkner 2019:1).

Der 2001 erschienene Bericht der *International Commission in Intervention and State Souvereignty* (ICISS) argumentiert, dass der Staat eine besondere Verantwortung hat, wenn es um die Bedrohung menschlicher Sicherheit geht und bezog sich auf ein damals neuartiges Prinzip der *Responsibility to Protect* (R2P), das am UN-Reformgipfel im Jahr 2005 bekräftigt wurde (Werkner 2019:20). Das Prinzip der Schutzverantwortung ist eine Form der humanitären Intervention und warf von Anfang an die Frage auf, ob es gravierende Menschenrechtsverletzungen erlauben, die Androhung oder sogar Anwendung grenzüberschreitender militärischer Gewalt zu legitimieren. Wenn alle andere Maßnahmen scheitern und Bürger*innen Genozid, ethnischen Säuberungen, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesetzt sind, sollen demnach auch militärische Mittel

eingesetzt werden dürfen, sofern die UN hierzu ein Mandat erteilt haben. Der ursprüngliche Gedanke von R2P war, dass bei Untätigkeit des Sicherheitsrates (bspw. in Form eines Vetos der ständigen Mitglieder) und wenn es um Maßnahmen im Bereich der kollektiven Sicherheit nach Kapitel 7 der UN-Charta geht, die Generalversammlung auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates ein Mandat erteilen kann (Baumann; Zdunnek; Zitelmann 2014:227).

Am 3. November 1950 verabschiedete die Generalversammlung die Resolution 377 A (V), die den Titel "*Uniting for Peace*" erhielt. Der Grundgedanke dieser Resolution war eine Reaktion auf die Strategie der Sowjetunion, den Sicherheitsrat durch Blockade daran zu hindern, Maßnahmen zum Schutz der Republik Korea gegen die von Nordkorea begangene Aggression zu ergreifen. Zu Beginn dieses bewaffneten Konflikts im Juni 1950 konnte der Sicherheitsrat den Mitgliedern der UN empfehlen, der Republik Korea die notwendige Hilfe zu leisten, um den bewaffneten Angriff abzuwehren und den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region wiederherzustellen (UN RES 83 (1950) vom 27. Juni 1950). Diese Resolution konnte verabschiedet werden, weil die Sowjetunion zu dieser Zeit den Sitzungen des Sicherheitsrates fernblieb, um zu erreichen, dass der ständige chinesische Sitz der kommunistischen Regierung in Peking zugewiesen wurde (Tomuchat 2008:1).

Die Sowjetunion ging davon aus, dass der Sicherheitsrat ohne ihre Anwesenheit seine Aufgaben nicht wahrnehmen könne, da Art 27 Abs. 3 der UN-Charta vorsieht, dass wesentliche Beschlüsse des Sicherheitsrates die Zustimmung von neun Mitgliedern erfordern, einschließlich der Zustimmung der ständigen Mitglieder. Die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates war jedoch der Ansicht, dass die Abwesenheit von Sitzungen das Hauptorgan der UN nicht daran hindern könne, gültige Beschlüsse zu fassen, eine Ansicht, die später auch vom Internationalen Gerichtshof (IGH) bestätigt wurde. Da die Proteste erfolglos blieben, entsandte die Sowjetunion ab August 1950 erneut eine Delegation zu den Sitzungen des Rates, die gegen einen von den USA eingebrachten Resolutionsentwurf, der die fortgesetzte Missachtung der UN durch die nordkoreanischen Behörden verurteilte, ein negatives Votum abgab. Um diese Pattsituation zu überwinden, gelang es den USA unter der Führung ihres Außenministers Dean Acheson, die Generalversammlung davon zu überzeugen, eine subsidiäre Verantwortung in Bezug auf den internationalen Frieden und die Sicherheit gemäß Art. 14 der Charta zu übernehmen (Tomuchat 2008:1).

Das Ergebnis dieser Bemühungen war die Resolution 377 A (V) - „*Uniting for Peace*“. Der wichtigste Teil der Resolution 377 A (V) ist Abschnitt A, der besagt, dass die Generalversammlung die Angelegenheit übernehmen soll, wenn der Sicherheitsrat aufgrund mangelnder Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder nicht in der Lage ist, seiner Hauptverantwortung für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit nachzukommen (UN A/RES/377(V) vom 7. Oktober 1950). Es werden sowohl verfahrensrechtliche als auch inhaltliche Schritte vorgeschlagen. Zunächst kann die Versammlung, wenn sie nicht tagt, auf Antrag des Sicherheitsrates oder der Mehrheit ihrer Mitglieder zu einer Dringlichkeitssondersitzung zusammentreten. Ziel dieser Sitzung ist es, geeignete Empfehlungen für kollektive Maßnahmen, einschließlich der erforderlichen Anwendung von Waffengewalt, abzugeben. Wie der Wortlaut der Resolution klar zeigt, kann die Generalversammlung jedoch niemals den Sicherheitsrat in diesem Bereich vollständig ersetzen (Tomuchat 2008:1). Dementsprechend werden nur „Empfehlungen“ ausgesprochen, also Erklärungen ohne rechtlich bindende Wirkung.

Vorsicht ist jedenfalls geboten, wenn Einzelstaaten oder Gruppen von Staaten versuchen R2P zu nutzen um eigenmächtige Eingriffe in innerstaatliche Konflikte, im Schutzmantel der humanitären Intervention zu rechtfertigen (Brock 2013:214). Das westlich geprägte Konzept des R2P zeigt anschaulich, dass staatliche Souveränität im Sinne des universellen Völkerrechts begrenzt sein sollte und nur „absolut“ gilt, soweit sie im Einklang mit der Einhaltung von grundlegenden Menschenrechten ausgeübt wird (Mälksoo; Nußberger 2023:197). Zu beobachten ist, dass innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft die zunehmende Überschneidung zwischen zivilen und militärischen Akteur*innen, zu einer größeren Bereitschaft der Einmischung in innere und regionale Konflikte führt und dabei eine *interventional global policy*, forciert (Baumann; Kößler 2016:153).

Der erweiterte Sicherheitsbegriff ist in der heutigen europäischen Realpolitik wieder vorrangig militärisch geprägt, nicht zuletzt seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 rücken konventionelle Streitkräfte und Waffen in den Fokus sicherheitspolitischer Überlegungen. Doch die Konzepte haben noch nicht ausgedient, beide – menschliche sowie erweiterte Sicherheit – gehen davon aus, dass sich Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen oder andere Krisen nicht nur auf die unmittelbare Umgebung auswirken, sondern durch die zunehmende Interdependenz des Weltgeschehens weitreichendere Folgen haben (Baumann; Zdunnek; Zitelmann 2014:228).

Diese Interdependenz und Globalisierung von Konflikten können wir momentan anschaulich am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beobachten, der sich nicht nur auf die weltweite Versorgung mit Getreide auswirkt, sondern das völkerrechtliche Konzept der „territorialen Integrität“ auf die Probe stellt. Die größte Angst der westlichen sicherheitspolitischen Akteure besteht wohl darin, dass durch den Angriffskrieg eine Kettenreaktion im internationalen Ausmaß ausgelöst werden könnte.

1. Kapitel Hauptteil - Historische Hintergründe (1999-2014)

1.1 Die Beziehung der Europäischen Union zu Russland

Um die Beziehungen zwischen Russland und der EU, bis zu Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hinreichend verstehen und einordnen zu können, muss ich in der Geschichte etwas weiter zurückgreifen. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Russland aus dem Jahr 1994, stellte lange Zeit die Grundlage der gemeinsamen wirtschaftlichen Beziehungen und des politischen Dialogs dar. Das PAK trat im Jahr 1997 zunächst für 10 Jahre in Kraft und verlängerte sich laut Vereinbarung automatisch um weitere 10 Jahre, wenn eine Vertragspartei nicht widersprach. Es war das erste derartige Abkommen zwischen Russland und der EU und umfasste ein enges Netzwerk an Foren und Gremien (Sieg 2012:152). Neben der Projektzusammenarbeit institutionalisierte das PKA den politischen Dialog zwischen der EU und Russland in Form von halbjährlich stattfindenden Gipfeltreffen und regelmäßig stattfindenden Treffen auf Beamt*innen- und Minister*innenebene (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2006:6).

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wurden mit ehemaligen Sowjetrepubliken Mittel- und Osteuropas (sogenannte MOE-Staaten) zahlreich geschlossen. Nicht die Rechtsannäherung an den Binnenmarkt stand im Vordergrund (im Gegensatz zu den heute gängigen Assoziierungsabkommen), sondern die Unterstützung beim Übergang zu einem System der freien Marktwirtschaft (Müller-Graff 2017:8). Mit der Öffnung der Märkte sollte auch Russland auf einen WTO-Beitritt vorbereitet werden und den *Acquis* der EU weitgehend übernehmen. Durch eine gemeinsame Freihandelszone stellte das PKA einen attraktiven Zugang in Aussicht: zu fast allen Freiheiten des Binnenmarkts, bis auf die Freiheit des Personenverkehrs. Russland war bei Abschluss des PKA noch nicht dem Europarat und der EMRK beigetreten, dennoch wurde die Bindung an Menschenrechte und Demokratie ausdrücklicher Vertragsgegenstand

(Art 2 PKA). Die EU konnte anhand einer Suspensionsklausel in Art 107 PKA den Vertrag im Fall von Menschenrechtsverletzungen aussetzen. Russland empfand die Verbindung von Werten und Wirtschaft von Beginn an als diskriminierend. Die Durchsetzung von Menschenrechten sollte keinesfalls anhand wirtschaftlicher Erpressung möglich gemacht werden.

Das PKA verkörperte das Transformationsparadigma der 1990er Jahre: Durchsetzung von Menschenrechten, Etablierung des liberalen Rechtsstaats, die sogenannte *transition to democracy*. In der Präambel sind Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, die freie Marktwirtschaft sowie die gemeinsame Wertebindung an die Schlussakte der KSZE als normative Zielvorgaben ausdrücklich genannt. Zur Zeit des Abschlusses war die EU für Russland der wichtigste und größte Handelspartner, hingegen war Russland war für die EU der drittwichtigste Handelspartner (Müller-Graff 2017:9). Russland war in vielerlei Hinsicht der schwächere Vertragspartner, das Abkommen und die darin enthaltenen Verpflichtungen waren weitgehend unausgeglichen. Russland konnte den Liberalisierungs- und Bemühungsverpflichtungen, die darauf abzielten, den *Acquis* der europäischen Gemeinschaft zu übernehmen, nichts entgegensetzen. Die EU blieb weitgehend von Verpflichtungen gegenüber Russland befreit.

Das PKA blieb über Jahrzehnte das grundlegende Dokument der EU-Russland Beziehungen und war in großen Teilen durchaus erfolgreich. Eines der erklärten Ziele des PKA, der Beitritt Russlands zur WTO, wurde verwirklicht. Dennoch sind die politische Säule und die Umsetzung der Verpflichtung zu den vereinbarten Werten klar gescheitert. Beide Seiten haben sich zunehmend voneinander entfremdet, das Abkommen blieb im Übergangsstadium stecken, auch das wirtschaftspolitische Ziel der Errichtung einer Freihandelszone war bald nicht mehr greifbar (Müller-Graff 2017:12). Bereits kurz nach Ratifizierung des PKA überschattete das erste militärische Vorgehen Russlands gegen eine Kaukasusrepublik (Tschetschenienkrieg 1995) die gemeinsamen Beziehungen. Auch im Jahr 1999 kam es mit dem Kosovo-Krieg und der NATO-Intervention in Serbien, zu Kontroversen zwischen der EU und Russland. Putin spielte schließlich im zweiten Tschetschenienkrieg 1999 eine entscheidende Rolle.

Bei einer Explosionsserie in Moskau im Jahr 1999 bei der über 200 Personen getötet wurden, machte der Kreml tschetschenische Terroristen verantwortlich. Diese hätten Sprengstoff in den Kellern von Wohnhäusern gezündet, was die Tschetschenen jedoch bestritten. Putin, damals

Ministerpräsident, ging militärisch gegen die Führung in Grosny vor, was den Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs markierte. Dieser Krieg führte zur Beendigung der Unabhängigkeit der Kaukasusregion. Bis heute gibt es widersprüchliche Theorien über die Hintergründe der Anschläge. In Russland wurden Kaukasier als Täter verurteilt, doch russische Oppositionelle und westliche Journalist*innen behaupten der russische Geheimdienst FSB habe das Massaker entweder toleriert oder sogar initiiert. Zu den prominentesten Anklägern gehörte der Oligarch Boris Beresowski, der versuchte zwischen dem Kreml und den Tschetschenen zu vermitteln. Diese Verdachtsmomente werden möglicherweise nie vollständig aufgeklärt werden. Fest steht jedoch, dass das harte Vorgehen in Tschetschenien entsprechend den Wünschen der Hardliner in Moskau, Putins Aufstieg zum Alleinherrscher Russlands einleitete (Quiring 2022:13).

Putin hatte durch die verheerenden Anschläge eine Rechtfertigung für die Einleitung des zweiten Tschetschenienkriegs und konnte in weiterer Folge die kommunistische Partei bei der Präsidentschaftswahl am 26. März 2000 schlagen. (Quiring 2022:13). Parallelen können zum Terroranschlag in Krasnogorsk am Abend des 22. März 2024 gezogen werden. Der Überfall auf die Konzerthalle am Rande Moskaus, bei dem mehr als 130 Menschen starben, gilt als einer der schlimmsten Terroranschläge in Russland seit langem. Während westliche Expert*innen das Bekenntnis des afghanischen Ablegers der Terrormiliz Islamischer Staat (ISKP) als glaubwürdig einstufen, behauptet der russische Präsident Putin die Attentäter seien aus Kiew gesteuert worden. Putins weitere Reaktionen auf den jüngsten Anschlag in Moskau sind ungewiss, könnten aber politische Entwicklungen wie die Einführung der Todesstrafe und neue Mobilmachungen vorantreiben. Terroranschläge dienen oft als Beschleuniger bestehender Entwicklungen, für die Ukraine und die EU eine weitere beunruhigende Perspektive im Konflikt mit Russland (Löw 2024:13).

Mit der Ernennung Putins zum russischen Ministerpräsidenten im August 1999 und dem kurz zuvor im Juni abgehaltenen EU-Gipfel in Köln an dem der ER eine „Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland“ verabschiedete, entstand kurzfristig eine neue Dynamik in den Beziehungen. Die guten Beziehungen zwischen Russland und der EU wurden in der neuen Strategie immer wieder beschworen, die Wertebindung wie sie noch im PKA besonders betont und hervorgehoben wurde trat in den Hintergrund, wohl aus Rücksichtnahme gegenüber Russland. Auch wird in der neuen Strategie nicht mehr von einer Freihandelszone gesprochen, stattdessen von einer „*Roadmap*“ für den gemeinsamen Wirtschaftsraum, die sehr vage

formuliert und außerdem unverbindlich ist (Müller-Graff 2017:13). Russland verabschiedete im selben Jahr ein ähnliches Dokument, das allerdings weniger die Gemeinsamkeiten hervorhob, als die eigene Großmachtrolle betonte.

Die „Mittelfristige Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (2000-2010)“ erklärte eine pragmatische Partnerschaft unter dem Leitmotiv der Modernisierung zur Priorität (Sieg 2012:152). Eine EU-Mitgliedschaft oder Assoziierung wurde darin für die nächsten 10 Jahre ausgeschlossen (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2006:6). Russland begegnete der EU zu diesem Zeitpunkt mit neuem Selbstbewusstsein. Für viele Russen waren die 1990er Jahre die Zeit von wirtschaftlicher Stagnation und fehlendem politischen Willen, ohne die Finanzhilfen von IWF und westlicher Staaten wäre Russland wohl zusammengebrochen (Quiring 2022:19). Unter Putin kam es zu einer politischen Stabilisierung des Landes, wachsende Einnahmen durch steigende Energiepreise führten zu finanzieller Unabhängigkeit von externer Unterstützung und somit zu Unabhängigkeit von den Konditionen der EU bezüglich Integrationsbestrebungen. Normative Ziele, wie sie im PKA verankert waren, wurden unter Putin aufgegeben (Sieg 2012:154).

Die Reformagenda der EU und Interessen sowie die inneren Entwicklungen in Russland drifteten zunehmend auseinander. Die EU verfolgte geostrategisch weiterhin das europäische Integrationsmodell und forcierte mit ihrer Strategie die eigene Assoziierungspolitik. Dies auch in Hinblick auf die Gefahr der Rückkehr autoritärer und revisionistischer Regierungen in den postsowjetischen Staaten. Die Russische Strategie hingegen erklärt den Raum der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ als Tabuzone für die EU. Jegliche Anstrengungen, welche „die wirtschaftliche Integration der Gemeinschaft unabhängiger Staaten beeinträchtigen“ könnte, werde Widerstand entgegengebracht (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2014:8). Die EU wird in der russischen Strategie einerseits als Partner bezeichnet und andererseits legt die Strategie fest, dass Russland die gestaltende und bestimmende Funktion den gemeinsamen Nachbarn gegenüber innehat (Müller-Graff 2017:18).

Mit Beginn der EU-Osterweiterung 2004 und dem EU-Beitritt der MOE-Staaten am 1. Mai 2004 entstanden für die EU in den Bereichen Handel, Infrastruktur, Kultur und Gefahrenabwehr neue Herausforderungen. Unter anderem aufgrund dieser Entwicklungen begann das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) innerhalb der EU zu erstarken und das bis dato

herrschende Paradigma der Assoziierungsabkommen abzulösen, die Erweiterungspolitik wurde als Auslaufmodell betrachtet. ENP strebt lediglich eine funktionale Kooperation mit den Nachbarstaaten an, mit partieller Integration (Freihandelsabkommen oder Schengenpartizipation) ohne eine ausdrückliche Beitrittsperspektive zu bieten. (Gehler 2018:491)

Die östlichen Nachbarn wurden zwar als „wichtige Partner" bezeichnet aber ebenso als „Quelle von Instabilität" gesehen. Auch die Ukraine wünschte sich eine Assoziierung mit Beitrittsperspektive, doch die wirtschaftlichen Bedenken überwogen die Vorteile einer politischen Signalwirkung und ein EU-Beitritt vor einem NATO-Beitritt der Ukraine wurde mehr oder weniger ausgeschlossen. Dies änderte sich erst am ER im Jahr 2023 als mit der Ukraine offiziell Beitrittsgespräche eröffnet wurden und die Ukraine zum Beitrittskandidaten erklärt wurde. Der Gedanke hinter der ENP war wehrhafte sicherheitsstrategisch wichtige „Vormauern" im Sinne von „*like-minded-states*" aufzubauen, von der Ostsee bis zum Mittelmeer (Gehler 2018:491). Die EU-Grenze sollte von stabilen, friedlichen und demokratischen Nachbarn flankiert sein. Die konsolidierten Nachbarstaaten wünschten sich jedoch bei Assoziierung eine realistische Beitrittsperspektive. Enttäuschung über den langen Prozess und über die Beitrittsabsagen machten sich bei vielen potenziellen Beitrittskandidaten breit und populistische sowie russlandfreundliche Parteien begannen zu erstarken.

Nicht erst seit dem Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawiens fürchtete die EU ein Implodieren des russischen Nachfolgestaats. Vor dem Hintergrund der atomaren Waffenbestände der früheren Sowjetunion bestand an einer stabilen Russischen Föderation stets ein europäisches Sicherheitsinteresse (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2006:4). Deshalb war das Integrationsangebot zunächst auch an Russland gerichtet, doch Russland beobachtete die ENP zunehmend kritisch, vor allem seit der Orangenen Revolution im Jahr 2004, wurden die Farbrevolutionen in der unmittelbaren Umgebung zu Russland zunehmend als Gefahr wahrgenommen. Beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) am 9. Mai 2008 in Prag wurde die „Östliche Partnerschaft" beschlossen und zu einem geopolitischen Ziel der EU erklärt. Die EU hatte sich bereits in Art 8 EUV primärrechtlich zur Nachbarpolitik verpflichtet und ist seither angehalten: „…besondere Beziehungen zu den Ländern in ihrer Nachbarschaft (zu entwickeln), um einen Raum des Wohlstands und der guten Nachbarschaft zu schaffen, der auf den Werten der Union aufbaut

und sich durch enge, friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Zusammenarbeit auszeichnet.“ (Art 8 EUV)

Durch die ENP und den Abschluss von Assoziierungsabkommen mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Belarus sollten die Staaten im Westen und Süden Russlands näher an die EU geführt werden (Mangott 2023:13). Auch wenn Aserbaidschan und Belarus aufgrund der autoritären politischen Verfasstheit als Verhandlungspartner mit der EU von Beginn an nicht in Frage kamen, wurde der Kreml Zusehens skeptischer und forcierte bereits 2006 die Erweiterung der „Eurasischen Wirtschaftsunion“. Ursprünglich im Jahr 2010 als Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan gegründet, folgte 2012 die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, die folglich in eine Eurasische Politische Union institutionalisiert werden sollte, unter der Führung Russlands. Putin erklärte die Union zu einem neuen Pol im Weltgefüge, ein wichtiges und noch fehlendes Puzzlestück im Integrationsprojekt war die Ukraine. Im Jahr 2015 als Folge der Majdan Revolution and der Flucht Janukovyč nach Moskau scheiterte der Putin´sche Traum einer Eurasischen Union vorerst (Müller-Graff 2017:19).

Gleichzeitig mit Etablierung der ENP begann eine Diskussion über die weitere Entwicklung und Zukunft des PKA. 2004 stimmte Russland der Ausweitung des PKA auf die neuen MOE-EU-Mitgliedstaaten zu. 2005 kamen die EU und Russland auf einem Gipfeltreffen in St. Petersburg überein, eine engere strategische Partnerschaft zu bilden, die sich im Wesentlichen an vier gemeinsamen Räumen orientiert: Wirtschaft, äußere Sicherheit, innere Sicherheit sowie Bildung. Das Abkommen kam hinsichtlich der vorgeschlagenen Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums (*Roadmap*) ergänzend zum PKA hinzu. In der neu geschaffenen *Roadmap* für den gemeinsamen Wirtschaftsraum war das noch im PKA enthaltene Projekt einer Freihandelszone nicht mehr enthalten (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2006:9). Verhandlungen über ein neues Abkommen wurden offiziell auf dem EU-Russland-Gipfel im Juni 2008 eingeleitet.

Der ER beschloss am 1. September 2008 das erste Mal die Aussetzung der Verhandlungen wegen des Georgienkriegs – im November wurden die Gespräche schließlich wiederaufgenommen und im März 2014 als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krym und den Versuchen die Ukraine zu destabilisieren erneut ausgesetzt – die EU gab damals deutlich zu erkennen, dass weitere Verhandlungen vor Beendigung des Ukrainekonflikts

ausgeschlossen seien (Müller-Graff 2017:15). Aus russischer Sicht erfolgte die europäische Assoziierungspolitik als Expansion in exklusiver und aggressiver Absicht, mit der Befürchtung, Brüssel wolle in den ehemaligen Sowjetrepubliken Farbrevolutionen auslösen und einen Regimewechsel provozieren, der auch auf Russland übergreifen könnte. Die Differenzen und Asymmetrien in den Verhandlungen rund um das PKA konnten letztlich nicht überwunden werden.

Der Konflikt und die Integrationskonkurrenz um die postsowjetischen Staaten waren bereits in den Strategien aus dem Jahr 1999 erkennbar. Die EU-Strategie bemängelt die Lage der Menschenrechte, Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland, eine weitere Zusammenarbeit hätte eine ernsthafte Auseinandersetzung Russlands mit diesen Defiziten vorausgesetzt. Auf der anderen Seite wollte sich Russland nicht dem europäischen Wertekanon ein- oder unterordnen, sondern dezidiert die eigene Weltmachtstellung ausbauen. Die EU hat es lange verabsäumt die russischen Bestrebungen ernst zu nehmen und diese faktisch ignoriert. Dabei waren die Differenzen in Hinblick auf die gemeinsamen Nachbarn vorprogrammiert, schon auf Grund des unterschiedlichen Selbstverständnisses und der Zielsetzungen, welche die EU und Russland mit Abschluss des PKA jeweils verfolgten (Müller-Graff 2017:18). Doch nicht nur der Konflikt zwischen dem Ziel „Weltfrieden“ der EU-Nachbarpolitik und der Vorstellung Russlands einer Eurasischen Union sorgte für Instabilität und Krisenanfälligkeit der EU-Russland Beziehungen, hinzu kam die NATO-Osterweiterung.

1.2 EU- und NATO- Osterweiterung

Ein zentrales Problem für die Außen- und Sicherheitspolitik Europas wurde das zunehmende Auseinanderdriften von Russland und der NATO – in Bezug auf die Bereitschaft sicherheitsrelevante Probleme gemeinsam zu bearbeiten und eine sichere Zukunft für alle zu gestalten. Obwohl noch in Putins erster Amtszeit ein Beitritt Russlands zur NATO nicht ausgeschlossen schien, begegneten sich beide Pole immer wieder in teilweise offenen Konfrontationen und machten keinen Hehl aus der gegenseitigen Ablehnung. Mehrere Versuche stabile Kooperationsmechanismen oder Plattformen für den gemeinsamen Austausch zu etablieren scheiterten. Die OSZE blieb weitgehend ineffektiv, der Vorschlag zur Schaffung einer euro-atlantischen Sicherheitsgemeinschaft „von Vancouver bis nach Wladiwostok“ blieb eine Idee. Ähnlich wie zur EU wurden vorübergehende sämtliche Kooperationsvorhaben mit der NATO im Jahr 2008 im Zuge des Georgienkriegs unterbrochen. Seit diesem Zeitpunkt waren die Beziehungen zunehmend angespannt, trotz Kooperationsbemühungen blieb ein tiefes

Misstrauen bestehen. Tradierte Feindbildkonstruktionen und die russische Erfahrung enttäuschter Erwartungen aus den 1990er Jahren trugen zum Fortwirken antiwestlicher Feindbilder bei (Kottke 2017:105).

Boris Jelzin warnte bereits am 5. Dezember 1994 auf dem KSZE-Treffen in Budapest davor, dass eine NATO-Osterweiterung zu einem erneuten „Kalten Krieg“ führen würde (Bpb-Redaktion 2022). Doch ob es wie von Russland behauptet westliche Sicherheitsgarantien gegeben habe, das NATO-Territorium nicht weiter auszudehnen, wird mehrheitlich angezweifelt. Ebenso die Darstellung, dass die NATO-Osterweiterung einen Vertragsbruch darstellen würde, gar einen Grund für den Überfall Russlands auf die Ukraine wie die „Legende vom Wortbruch“ behauptet. Die NATO-Mitgliedschaft kann grundsätzlich nur auf Antrag erfolgen, es gilt die bündnispolitische Selbstbestimmung jedes Landes, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, würde es keinen vertretbaren Grund geben den Antragssteller abzulehnen. Die NATO-Mitgliedschaften der ehemaligen Mitglieder des Warschauer Pakts bzw. ehemaligen Sowjetstaaten erfolgten auf massiven Druck und ausdrücklichen Wunsch von Lettland, Litauen, Estland, Polen, Tschechien und Ungarn und nicht aufgrund des Drängens der NATO (Gehler 2018:505).

Diese Länder hatten im Nachhinein betrachtet, durchaus berechtigte Sicherheitsbedenken mit Blick auf Russland, der freie Westen hat eine historische Verantwortung ihnen Schutz zu bieten. Europäische Länder, die zu diesem Zeitpunkt Sicherheit vor Russland suchten, wählten bewusst und selbstbestimmt den Weg in die NATO, da eine erst im Entstehen begriffene gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur keinen Schutz bieten konnte (Sieg 2012:151). Es war der Freiheitswunsch hin zu einer parlamentarischen Demokratie, Schutz zu finden in einem Bündnis freier Nationen, die sich der marktwirtschaftlichen Ordnung verschreiben und die Chance auf freie Entfaltung boten würden. Eine Sichtweise auf diese Konstellation ist, dass die MOE-Staaten von sich aus nach Westen drängten und nicht die EU oder NATO nach Osten (Von Fritsch 2022:48). Ohne zu ausführlich auf den von Russland angeprangerten Vertragsbruch einzugehen kann festgehalten werden, dass Russland dies vor allem aufgrund einer Rede des damaligen deutschen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher am 31. Jänner 1990 behauptet, in der er sagte: „Eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten wird es nicht geben. Die Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr Verhalten bedeutsam“ (Gehler 2018:504).

Wie auch immer man die Tragkraft seiner Worte deuten mag, konnte Genscher als damaliger Außenminister allein keine verbindliche Erklärung abgeben. Die Intention der Rede und der Kontext, in dem sie gehalten wurde, war außerdem, eine Neuregelung für Deutschland zu schaffen und nicht für die MOE-Länder. Entgegen einem Versprechen von Sicherheitsgarantien kann argumentiert werden, dass der Warschauer Pakt und die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt noch bestanden haben. Die Aussage aus dem Jahr 1990 kann somit nicht ohne Weiteres auf den gegenwärtigen Kontext übertragen werden. Worte und Zitate wurden ähnlich der gegenwärtigen russischen Kommunikationsstrategie aus den historischen Zusammenhängen gerissen, um einen Wortbruch als Narrativ für einen nicht vertrauenswürdigen Westen zu schaffen, auf dessen Garantien man sich grundsätzlich nicht verlassen könne (Gehler 2018:505).

Das bedeutet natürlich nicht, dass die NATO-Osterweiterung keine Rolle gespielt hat, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bestätigte die Rolle der NATO vor dem EP indirekt: *„President Putin declared in the autumn of 2021, and actually sent a draft treaty that they wanted NATO to sign, to promise no more NATO enlargement […] That was what he sent us. And [that] was a pre-condition for not invade Ukraine. Of course, we didn´t sign that*" (Stoltenberg 2023). Im Nachhinein betrachtet war die NATO-Osterweiterung wohl eine richtige und wichtige sicherheitspolitische Entscheidung, wie wir an dem Wiedererwachen der klassischen Machtpolitik durch Okkupation und Annexion, Krieg und Gewalt seitens Russlands beobachten können. Eine Meinung im westlichen Diskurs argumentiert, dass sich zu jenem Zeitpunkt ein Gelegenheitsfenster geöffnet hat, die Osteuropäischen Staaten in das NATO-Militärbündnis unter Schutz zu stellen. Ein anhaltendes Konfliktpotenzial mit den MOE-Staaten und eine drohende Kriegsgefahr wären in Osteuropa vorprogrammiert gewesen (Mangott 2024:52).

Die Skepsis gegenüber Russland und vorbeugende Maßnahmen seitens der baltischen Staaten, waren im Nachhinein betrachtet nicht überschießend. Der Russisch-Georgische Krieg 2008, die Annexion der Krym 2014 und als Höhepunkt die russische Invasion 2022 haben klargemacht, dass Russland seinen traditionellen Expansionismus und seine militärischen Aggressionen kontinuierlich ausbaut. Nach einem zweiten Argumentationsstrang könnte die Kausalität auch umgekehrt gewesen sein. Durch die Erweiterung des NATO-Bündnisses und den Mitgliedschaftsversprechungen an die Ukraine und Georgien 2008 könnte die russische Führung angeheizt worden sein, sich militärisch gegen die weitere Ausdehnung der NATO

abzusichern (Mangott 2024:52). Fraglich bleibt, ob die NATO als Sicherheitsbündnis alternativlos war und ist. Auf ein positiveres Verhältnis Russland zur EU hätte man zu einem früheren Zeitpunkt noch bauen können, in der russischen Vorstellung einer multipolaren Weltordnung war die EU im Gegensatz zur NATO jedenfalls stets angeführt (Kottke 2017:106).

Andererseits wurde nach den EU-Erweiterungsrunden der 2000er Jahre (Estland, Litauen, Lettland, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Malta, Zypern, Rumänien, Bulgarien) und mit den neuen östlichen Mitgliedern der stabile Konsens zunehmend brüchig. Statt Annäherung propagierten die postsowjetischen Republiken eine Abgrenzung zu Russland aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Sowjetunion. Es bildete sich ein breites Spektrum unterschiedlicher außenpolitischer Positionen innerhalb der EU, die schwierige Bedingungen für eine gemeinsame Politik darstellten. Vor allem die baltischen Staaten gingen gestärkt durch Sicherheitsgarantien von NATO und EU auf Konfrontationskurs mit Russland. Die ursprüngliche Hoffnung, dass die EU-Beitritte der Postsowjetrepubliken zu einer Entspannung des Verhältnisses zu Russland führen würden, sollte sich als falsch herausstellen. Das subjektive Bedrohungsgefühl hat sich durch die neu entstandene Sicherheitsgarantien mit EU und NATO nicht maßgeblich verringert. Beispielsweise blockierte Polen im Jahr 2006 die EU-Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland (Kottke 2017:106).

Die historische Belastung der polnisch-russischen Beziehungen reicht tief in die Geschichte zurück und beeinflusst das polnische Verhalten gegenüber Russland bis heute. Innerhalb der letzten drei Jahrhunderte wurde Polen etliche Male von Russland besetzt und beherrscht. Diese Besetzungen führten zu massiven Verlusten an Menschenleben und waren geprägt von geopolitischen Veränderungen, Teilungen und Kriegen: Hunderttausende Polen wurden ermordet, deportiert oder in Gulags gebracht. Die Teilungen Polens von 1772-1795 führte zur vollständigen Aufteilung Polens zwischen Russland, Preußen und Österreich (Heyde 2006:43f). Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Polen 1815 als sogenanntes Königreich Polen oder „Kongresspolen“ teilweise wiederhergestellt, stand aber unter der Herrschaft des russischen Zaren bis ins Jahr 1915 (Heyde 2006:88). Im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919-1920 kam es wiederrum zu einer relativen kurzen Periode der Besetzung. Polen behielt seine Unabhängigkeit nach dem Frieden von Riga 1921 (Heyde 2006:91). Auf Grundlage des Hitler-Stalin-Pakts (1939) und erneut nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde Polen von der Sowjetunion besetzt. Diese faktische sowjetische Herrschaft dauerte bis 1989, als der Kommunismus in Polen durch friedliche Revolutionen gestürzt wurde (Heyde 2006:111f).

Diese Perioden markieren eine Zeit tiefgreifender geopolitischer Umwälzungen, die Polen immer wieder unter russische Herrschaft stellten. Besonders während des 19. und 20. Jahrhunderts wurde Polen wiederholt zum Opfer der russischen Expansionspolitik. Diese schmerzhaften Erfahrungen haben die polnische Gesellschaft nachhaltig geprägt und tragen zu einem tiefen Misstrauen gegenüber Russland bei. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Traumas ist auch der Stalinismus, unter dem Polen besonders gelitten hat. Obwohl unter Boris Jelzin Ansätze zur Versöhnung unternommen wurden und auch unter Wladimir Putin der Stalinismus in Ansätzen verurteilt wurde, fehlte es an einer konsequenten und nachhaltigen Aufarbeitung. Zwar gab es Gesten der Entschuldigung, aber ein grundlegender Wandel in der russischen politischen Kultur blieb aus. Besonders problematisch ist, dass nach Stalins Tod die Eliten, die sogenannten "Tschekisten", weiterhin ihre Machtpositionen beibehielten. Auch nach dem Zerfall der Sowjetunion setzten die Tschekisten und ihre Nachkommen, ihre Karriere in der russischen Politik und im Sicherheitsapparat fort. Ein echter Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit fand somit nicht statt (Heyde 2006:122ff).

Die zerrütteten Beziehungen zwischen Russland und Polen gehen jedoch weit über den Stalinismus hinaus. Polen hat nicht nur während der stalinistischen Repressionen gelitten, sondern wurde wie bereits angesprochen auch in den vorangegangenen Jahrhunderten von Russland unterdrückt. Das historische Gedächtnis an die wiederholten Invasionen, die systematische Unterdrückung und die mangelnde Auseinandersetzung Russlands mit seiner imperialen Vergangenheit prägen Polens Haltung innerhalb der EU und darüber hinaus. Das tief verwurzelte Misstrauen gegenüber Russland und die Furcht vor einer erneuten Bedrohung erklären Polens hartnäckigen Widerstand gegen engere Beziehungen zwischen der EU und Russland, besonders in sicherheits- und geopolitischen Fragen.

Im Gegensatz zu Deutschland, das sich nach einer verzögerten Aufarbeitung der Gräuel der NS-Zeit wieder mit seinen Nachbarn versöhnte und gemeinschaftliche Werte ableiten konnten, hat Russland die stalinistischen Gräueltaten niemals offiziell verurteilt. Ein Bekenntnis zur eigenen Schuld, also eine Entschuldigung, blieb aus. Aus dem Verhalten Russlands kann keine Garantie abgeleitet werden, dass die gewaltsame Unterwerfung durch ein autoritäres Regime nicht erneut zur Realität wird. Russland steht jeglicher Interpretation einer negativen Rolle der Sowjetunion im 20. Jahrhundert mit vehementer Ablehnung entgegen – für die Hoffnung zukünftiger Kooperation, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht, wird Russland nicht umhinkommen die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten, insbesondere die

Unterdrückungsverhältnisse und Gräueltaten unter stalinistischer Herrschaft. Das belastete historische Verhältnis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken bleibt ein wesentlicher Störfaktor in den EU-Russland Beziehungen (Kottke 2017:108).

Die NATO-Erweiterung hat des Weiteren eine verschärfte Grenze zwischen „Dazugehörigen und nicht Dazugehörigen“ in Europa gezogen. Eine Grenze zwischen Ost und West existierte bereits zuvor, und zwar durch den Eisernen Vorhang, der von der Sowjetunion selbst gezogen wurde. Während die westlichen Staaten ein „*One-World“*-Konzept verfolgten, das auf Kooperation und Integration abzielte, hielt die Sowjetunion an einer rigiden Teilung Europas fest. Der Westen versuchte eine offene Sicherheitsarchitektur zu fördern, während die sowjetische Blockpolitik auf Abgrenzung setzte. Diese historische Grenzziehung ist der eigentliche Vorläufer der heutigen Spaltung, die durch die NATO-Erweiterung lediglich neu definiert wurde. Finnland und Schweden sind mittlerweile aufgrund genannter Bedenken gegenüber der russischen Expansionspolitik offiziell der NATO beigetreten. Es hätte wohl eine europäische Lösung gebraucht, die eine effektive und stabile Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russland anvisiert. Die meisten globalen wie auch regionalen Sicherheitsherausforderungen waren und sind nicht ohne Russland bewältigbar: konventionelle und nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle sowie die Profilerationsproblematik im Allgemeinen; in Bezug auf Nordkorea und Iran im Besonderen; Stabilisierung Afghanistans und Syriens; ethnoterritoriale Konflikte am Balkan, Kaukasus (Aserbaidschan und Armenien) sowie Transnistrien (Moldau) (Kottke 2017:104).

Festgehalten werden kann, dass sich die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland signifikant seit der Orangenen Revolution im Jahr 2004 und des Georgienkriegs 2008 verschlechtert haben. Durch die Verstärkung des Konkurrenzverhältnisses im postsowjetischen Raum ist ein zusätzlicher qualitativer Wandel in den Beziehungen feststellbar. Die demokratischen Kräfte der MOE-Staaten haben sich vermehrt der EU zugewandt, der Kreml hat sich dazu entschieden die autoritären Kräfte zu unterstützen – das verstärkt das Dilemma der normativen Differenzen. Russland erklärte seit 1996 das Normative Konzept der Multipolarität zur Leitlinie seiner Außenpolitik, die US-amerikanische Dominanz und somit jene der NATO sollte eingedämmt werden. Aus russischer Perspektive geht es um die Schaffung eines Internationalen Systems gleichberechtigter Großmächte (Kottke 2017:111).

Aus der Sicht Russlands soll das multipolare Großmächtesystem aus der EU, Russland, USA, Indien, Japan und China bestehen, die NATO ist explizit nicht darunter (Kottke 2017:112). Existentieller Grundpfeiler dieses System ist die Autonomie und Souveränität von Staaten. Russland hat allerdings ein sehr traditionalistisches Souveränitätsverständnis, das inkompatibel mit dem EU-Integrationsmodell ist. Eine Beteiligung an integrativen Strukturen durch eine Großmacht wie Russland, in denen die eigenen Interessen durch andere Staaten majorisiert werden können, wäre undenkbar. Jedwede Einmischung oder Belehrung von außen wird abgelehnt – das stößt sich natürlich an der stark werteorientierten Außenpolitik der EU. Für die EU ist die Vergemeinschaftung von Souveränität ein wirksamer Weg Sicherheit zu garantieren, sie stellt damit ökonomische, humanitäre, innerstaatliche Dimension in den Vordergrund. Die Wertedifferenz, eine unterschiedliche innere Verfasstheit und außenpolitische Orientierung stellten bisher die größten Barrieren für gemeinsame Kooperation im Bereich Sicherheit dar.

Was die Schaffung einer stabilen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands betrifft, gab es zahlreiche Foren in denen Russland bereits integriert war und kooperieren hätte können. Die UN, die OSZE, der NATO-Russland-Rat (NRR) und die Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) boten Plattformen für Dialog und Zusammenarbeit. Trotz dieser Möglichkeiten scheiterten die Bemühungen, Russland in die westliche Sicherheitsarchitektur zu integrieren; auch die Schaffung einer weiteren inklusiven Organisation war nicht realistisch. Die russische Führung hat bestehende Kooperationsangebote häufig misstrauisch betrachtet oder unterlaufen, etwa in der KSZE die ursprünglich darauf abzielte die gesamteuropäische Sicherheit zu fördern. Daher ist es nachvollziehbar, dass der Westen – und insbesondere die NATO – nicht bereit waren, sich in einem Umfeld wachsender Unsicherheit und einer immer aggressiveren russischen Außenpolitik selbst zu schwächen, indem sie die eigene Allianz auflösten oder ihre Erweiterung stoppten. Solange keine stabilen und effektiven sicherheitspolitischen Integrationsstrukturen im euro-atlantischen Raum bestanden, blieb die Lage zwischen Annäherungstendenz und Rivalität angespannt.

Es wäre notwendig gewesen, ein Gerüst an Kooperationsformen und Regulierungsmechanismen durch Wiederbelebung von Rüstungskontrollregimen und den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO in strategisch bedeutsamen Bereichen der harten Sicherheit, den Ausbau der praktischen Kooperation und *good will*

voranzutreiben, um Beweise der gegenseitigen Verlässlichkeit zu schaffen. Dies wäre durch die Identifizierung gemeinsamer Sicherheitsinteressen, wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus; den Kampf gegen organisierte Kriminalität; Verhinderung von Profileration; ethnokulturelle Konflikte am Balkan beziehungsweise im postsowjetischen Raum; den Aufbau gemeinsamer sicherheitspolitischer Projekte; Bewältigung regionaler Instabilität (die Stabilität in Afghanistan wäre in beidseitigem Interesse) möglich gewesen. Auch der Aufbau eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems stand 2012 noch zur Diskussion. Ganz allgemein werden Streitfragen, durch die Zusammenarbeit in heiklen sicherheitspolitischen Bereichen leichter geklärt und es kommt zur Identifizierung gemeinsamer Sicherheitsrisiken, die einen ersten Schritt hin zum Ausbau der Partnerschaft und der Entstehung einer gemeinsamen Agenda sein könnten (Kottke 2017:117). Nach dem Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine mit 24. Februar 2022 erscheinen diese Überlegungen in weite Ferne gerückt zu sein, vor dieser Eskalationsstufe waren sie durchaus noch realistisch.

1.3 Majdan Revolution, Annexion der Krym und die russische Invasion in den ukrainischen Oblast Donezk und Luhansk

Bereits im Sommer 2013 kam es seitens Russlands zu wirtschaftlichen Druckmaßnahmen gegen die Ukraine, da sich die ukrainische Regierung damals entschloss ein Assoziierungsabkommen sowie ein Freihandelsabkommen (DCFTA – *Deep and Comprehensive Free Trade Agreement*) mit der EU zu schließen. Noch im August 2013 erklärte Janukovyč, er beabsichtige alle Bedingungen zu erfüllen, damit es zu einem Abschluss beider Abkommen kommt. Die Unterzeichnung sollte am 29. November 2013 in Vilnius erfolgen, Russland hatte als Reaktion bereits Sanktionen eingeleitet und den Druck auf die Ukraine erhöht. Am 9. November stattete Janukovyč dem russischen Präsidenten Putin einen Besuch in Moskau ab, um am darauffolgenden 21. November bekannt zu geben die Verhandlungen mit der EU aussetzen zu wollen. In der Nacht vom 21. auf den 22. November 2013 fand auf dem Kyjiwer Platz der Unabhängigkeit (*Majdan Nezaleznosti*) die erste große Protestaktion statt, am 24. November begaben sich zehntausende Demonstrant*innen erneut auf den Majdan (Portnov 2014b:8). Am Gipfeltreffen der EU-Regierungschef*innen vom 29. November 2013 in Vilnius unterzeichnete Janukovyč das Assoziierungsabkommen mit der EU schließlich nicht, im Gegensatz zu den Republiken Georgien und Moldau (vgl. Geissbühler 2014).

Unter dem Vorwand auf dem Majdan müsse ein Weihnachtsbaum aufgestellt werden, räumten die sogenannten Berkut-Aufstandsbekämpfungspolizisten in der Nacht vom 30. November die friedlichen Proteste gewaltsam. Am 8. Dezember 2013 kam es schließlich zum sogenannten „Marsch der Millionen“, der von EU-Politiker*innen als die größte pro-europäische Demonstration in der Geschichte Europas bezeichnet wurde, 500.000-1.000.000 Menschen demonstrieren zu dieser Zeit auf dem Majdan. Tatsächlich war der sogenannte „Euro-Majdan“ der größte zivilgesellschaftliche Massenprotest in Europa seit den Revolutionen von 1989. Währenddessen wurden in Kyjiw bereits Straßenbarrikaden errichtet, Gebäude der Stadtverwaltung besetzt und es kam zur Zerstörung des letzten verbleibenden Lenindenkmals. (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:104) In den darauffolgenden Wochen entstanden Zeltlager, zehntausende Demonstrant*innen harrten bei 20 Grad minus auf dem Majdan aus. Am 17. Dezember 2013 unterzeichnet Janukovyč mit Putin eine Vereinbarung über 15 Mrd. US-Dollar (10,9 Mrd. Euro) an Krediten für die marode Wirtschaft der Ukraine und einen Vertrag über vergünstigte Gaspreise (Portnov 2014b:14).

Mit Beginn des Jahres 2014 sind alle bisherigen Versuche, die Verhandlungsgespräche zwischen Opposition und Janukovyč in eine fruchtbare Richtung zu lenken, gescheitert. Die Demonstrant*innen errichteten auf dem Majdan eine Art eigenen „Planeten“ und wurden zum „lebendigen und funktionierenden Modell einer künftigen, fast schon idealen Gesellschaft. Aber mit dem Endziel der absoluten Neuformatierung und Reformierung“ (Andruchowytsch 2013:29). Am 16. Januar 2024 beschloss die Regierung neue Gesetze zur Einschränkung des Demonstrationsrechts, am 24. Januar kommt es auf dem Majdan zu ersten Todesopfern. Mittlerweile verbreitete sich der Protest auf das gesamte Land, Demonstrant*innen besetzten nun auch Verwaltungsgebäude in der Westukraine. Daraufhin stimmte die Regierung am 27. Januar 2014 den Forderungen der Opposition zu, den Demonstrant*innen Amnestie zu erteilen und die repressiven Gesetze wieder aufzuheben. Danach kam die „Ruhe vor dem Sturm“, der Majdan löste sich trotz dieser Zugeständnisse nicht auf. Das Assoziierungsabkommen mit der EU war zwar der Anlass der Revolution, den Demonstrant*innen ging es allerdings um mehr: neben der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse und Bekämpfung der Korruption forderten sie die Wiedereinführung der Verfassung von 2004/06, der sogenannten „Orangenen Verfassung“, die das Parlament gegenüber der Janukovyč-Regierung stärken und die präsidiale Macht beschränken sollte (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:75).

Zahlreiche EU-Politiker*innen besuchten daraufhin den Platz des Protestes, um ihre Solidarität kundzutun, u.a. die damalige Außenbeauftragte der EU Catherine Ashton (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:143). Mit 18. Februar 2014 eskalierte die Situation schließlich. Nachdem Demonstrant*innen das Hauptquartier der regierenden Janukovyč „*Partei der Regionen*" zerstörten, stürmten Sicherheitskräfte den Majdan, bis es zwei Tage darauf zum Höhepunkt der Gewalteskalation kam. Der Inlandsgeheimdienst SBU und das Innenministerium starteten „Antiterroristische Aktivitäten" und eröffneten das Feuer auf die Demonstrant*innen. In weniger als einer Stunde wurden fast 80 Personen auf der Institutska-Straße durch Schüsse getötet und hunderte schwer verletzt. Am 22. Februar 2014 flohen Janukovyč und hochrangige Regierungsmitglieder der „Partei der Regionen" aus Kyjiw nach Moskau. Mit der brutalen Erschießung über hundert Demonstrant*innen im Herzen der Ukraine, hatte Janukovyč die Sphäre von Legitimität und Recht endgültig verlassen. Nach nur vier Monaten gewaltsamer Auseinandersetzung und hartnäckigen Protests danke Janukovyč ab. Bereits am 21. März unterzeichnete die Übergangsregierung das Assoziierungsabkommen mit der EU. Die zentrale Forderung des Protests war damit erfüllt worden. (Akryshora 2017:13)

Nach den chronologisch dargestellten, wichtigsten Phasen und Ereignissen der Revolution, die sich über knapp vier Monate zog, möchte ich auf gewisse Aspekte näher eingehen und sie im Lichte der heutigen Lage analysieren. Die symbolische Dimension bezieht sich einerseits auf den Freiheitskampf der Ukrainer*innen von der Sowjetrepublik, ein möglicher Grund warum *Kyjiws Majdan Nesaleschnosti* der „Unabhängigkeitsplatz" als symbolischer Ort für diesen Kampf auserkoren wurde. Durch den Abbau der Lenin-Denkmäler hat sich der Prozess der Lossagung und Abkapselung auf andere Weise artikuliert. Der „dichte Leninfall" der durch den Sturz des Denkmals am *Bessarabischen Markt* bereits im November 2013 einsetzte, dehnte sich auf östliche Regionen der Ukraine aus, die bisher in puncto Neuausrichtung eher als zurückhaltend galten (Portnov 2014b:22). Andererseits spielt die symbolische Dimension Kyjiw für den russischen Nationalismus und die russische Identität eine bedeutende Rolle, auch wenn die Stadt geopolitisch an der Peripherie des russischen Imperiums gelegen ist. Mit dem Michaelskloster und der Sophienkathedrale gilt die Stadt als Wiege der „Kiewer Rus", dem mittelalterlichen Vorläufer des Russischen Reichs (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:71).

Der Prachtboulevard des Majdan, der vor 1991 noch als *Chreschntschatyk-Ploschad* – Platz der Oktoberrevolution bezeichnet wurde, bildete das kulturelle und städtebauliche Zentrum des modernen Kyjiw mit der Duma, dem Stadtparlament, als Symbol der demokratischen

Repräsentation. Zehn Jahre nach der Unabhängigkeit im Jahr 2001 wurde das Denkmal der Oktoberrevolution abgerissen und stattdessen ein neues Nationaldenkmal am Majdan eingeweiht: ein Unabhängigkeitsdenkmal, auf dem eine Frau thront, die eine allegorische Darstellung der freien und unabhängigen Ukraine in den Händen hält: den *Kalynazweig*. Mit den Mitteln der Architektur, der Präsenz einer „Freiheitsstatue" mitten auf dem Majdan, vollzog sich ein symbolischer Umwidmungs- und Reinigungsakt, um sich der verbleibenden Spuren des Sowjetischen Systems zu entledigen. Nur vier Jahre später, im November 2004, formierten sich am Majdan die ersten großen Massenproteste, die zur „Orangenen Revolution" führten. (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:73)

Der Platz trägt seinen Namen erst als die Ukraine sich 1991 von der Sowjetunion lossagte und ein eigenständiger Staat wurde. Bewusst wählten die Ukrainer*innen auch ein anderes Wort für Platz als das Russische *„Plocha"* um eine Zäsur, in der lange Zeit fremdbestimmten und russisch institutionalisierten Geschichte der Ukraine, zu vollziehen. Das persische Wort „Maidan" steht für die Spuren und Geschichte der griechischen Agora, die einen Bruch mit der slawischen- und gleichzeitig eine Kontaktaufnahme mit der westlichen Welt repräsentieren soll (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:73). Warum gerade ein persischer Begriff gewählt wurde, ist bis heute unklar, möglicherweise mit Bezugnahme auf die persischen Völker Kasachstans und Tadschikistans, die im selben Jahr wie die Ukraine 1991 die Eigenständigkeit erlangten, sich von der Sowjetunion lossagten und deren Sprachen zur persischen / indogermanische Sprachfamilie gehören.

Aber nicht nur durch seine Geschichte wurde der Majdan zu einem Symbol der Revolution und Neudefinition. Das Leben auf dem Platz entwickelte sich zu einer Art eigenen „Planeten" (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:84), an dem sich die Revolte des Alltags, ebenso wie eine Verdichtung der Gemeinschaft vollzog. Omas häkelten warme Socken für die Gemeinschaft und verteilten sie, es gab Gemeinschaftsküchen und Lesekreise, die Menschen wurden auf familiäre Weise zusammengebracht. Als im kalten Winter 2013/14 Zehntausende auf dem Majdan in Zelten ausharrten, wurden sie von der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, heißem Tee, Brennmaterial und Medikamenten versorgt. (Akryshora 2017:12) Das Gemeinschaftsgefühl musste allerdings täglich neu hervorgebracht werden, denn Interessenskonflikte und Spannungen waren ebenso Teil dieser spezifischen Zusammenkunft. Neue Identitäten wurden entworfen, ausprobiert und entweder angenommen oder wieder

verworfen, der Majdan war ein prozesshaftes Gebilde, das nicht immer nur Positives oder Unbedenkliches hervorgebracht hat (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:76).

Einige rechte, nationalistische Gruppierungen beteiligten sich an den Gewalteskalationen und wurden danach zu Helden und Beschützern stilisiert. Bei der Gewalteskalation im Februar 2014 wurden über 100 Demonstrant*innen auf dem Majdan getötet, damit einher ging der Mythos der „Himmlischen Hundert", die bis heute, als Märtyrer der Revolution verehrt werden (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:77). Nationalistische „Bandera-Parolen" wie „*Ruhm der Ukraine – Ruhm der Helden*" fanden Eingang in den Sprachgebrach des Platzes (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:79). Im gegenwärtigen Verteidigungskampf der Ukraine gegen Russland hat der Spruch „*Slava Ukraini*" durch Präsident Volodymyr Zelens′kyj einen Bedeutungswandel erfahren, er verwendet ihn praktisch in all seinen Ansprachen als Schlussformel. Der Slogan verbreitete sich bei internationalen Protesten als Symbol des Widerstandes. Am Majdan setzte der Prozess ein, stark historisch geprägte Begriffe einer Umdeutung, im Sinne einer neuen Utopie zu unterziehen. Auch Flaggen wie das schwarz-rote Banner des nationalistischen Untergrunds während des Zweiten Weltkriegs, wurden auf dem Majdan faktisch als Symbole des proeuropäischen Widerstands legitimiert (Portnov 2014b:16). Jede Umdeutung ist bis heute mit einem hohen ideologischen Risiko verbunden und muss jedenfalls auch mit dem Wissen um die historische „Kontamination" verstanden werden.

Unmittelbar nach der Majdan Revolution wurde der Platz Namensgeber für zahlreiche neue Initiativen, die eines gemeinsam hatten: den umfassenden Anspruch auf Neubegründung der ukrainischen Gesellschaft. Als Beispiele können die Majdan-Bibliothek oder die Majdan-Universität genannt werden, beides symbolische Orte einer freien, demokratischen Gesellschaft, die sich an westlichen Werten orientiert. Die Majdan-Bibliothek stand nun symbolisch für die Poesie und Literatur die den „Planeten Majdan" entschieden mitgeprägt hat, sie wurde Ende Januar 2014 im „Haus der Ukraine" am Europaplatz eingerichtet. Während der Wintermonate nutzten die Demonstrant*innen die Bibliothek für gemeinsamen Austausch, Lesungen, Diskussionen und Vorträge. Im Zuge der Proteste wurden über 40.000 Bücher an die Bibliothek gespendet und mit Ende der Revolution wanderte die Bücher in Form von Leihgaben in andere Bibliotheken des Landes, um die Erfolge der Revolution langfristig zu festigen. (Wertheimer, Holz, Rogge 2017:87)

Die banalste Lehre, die sich aus Janukovyč jähem Ende ziehen lässt, ist wohl jene, dass es für das Töten unschuldiger Menschen niemals eine Rechtfertigung geben kann und dass auch Macht und Geld diese aberkannte Legitimität nicht wiederherstellen können (Portnov 2014b:21). Der Ausgangspunkt der Proteste auf dem Majdan war die Annäherung der Ukraine an die EU und der Anspruch der Ukrainer*innen auf eine grundlegende Neuausrichtung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Gleich wie man dieses Vorgehen bewerten möchte, die Ukraine hat den Versuch einer Annäherung an die EU mit Blut bezahlt. Die Übergangsregierung unterzeichnete kurz nachdem Janukovyč die Ukraine verlassen hatte das Assoziierungsabkommen mit der EU, fraglich war zu dem Zeitpunkt, ob „die Revolution der Würde“ damit zu einem erfolgreichen Ende gekommen war und was nach der Revolution kommen würde. „Am 23. Februar 2014 begann in der Ukraine die postrevolutionäre Zeit voller Unsicherheiten und Risiken: Ist diese zweite ukrainische Revolution erfolgreicher und nachhaltiger als diejenige von 2004?“ fragt sich der Schweizer Historiker und Politikwissenschaftler Simon Geissbühler im Jahr 2014 noch vor Annexion der Krym (Geissbühler 2014:170).

Nur sechs Tage nachdem Janukovyč nach Russland geflohen ist, am 27. Februar 2014, drangen russische Militärflugzeuge unangekündigt in den ukrainischen Luftraum ein und besetzten den Luftwaffenstützpunkt auf der Krym. Am selben Tag besetzten grün gekleidete Personen das Regionalparlament auf der Krym und hissten die russische Flagge. Wie sich später herausgestellt hatte, handelte es sich dabei um Elitesoldaten des russischen Militärgeheimdienstes GRU (Dobbert 2022:157). Am 16. März 2014 fand ein illegitimes Referendum auf der Krym statt, das zur Annexion an Russland führte. Im März 2014 marschierten russische Truppen in die Ostukraine ein und bereits am 11. Mai hielten prorussische Separatisten ein Referendum über die staatliche Autonomie des Donbass in der Oblast Luhansk und Donezk ab (Dobbert 2022:163).

Nach Einschätzungen von OSZE-Beobachter*innen war dieses Referendum, wie jenes auf der Krym, nicht verfassungskonform. Die Referenden auf der Krym und im Donbass, die Meinungsbildung rund um die Annexion der Krym und die Majdan Revolution wurden von Beginn an durch russische Desinformationskampagnen beeinflusst. Der Kreml verbreitet seine Propaganda über ein Medienimperium, in- und auch außerhalb Russlands, an ein Milliardenpublikum über soziale Medien, Blogger*innen, TV-Kanäle und scheinbar unabhängige journalistische Zeitungen. Eine typisch russische Desinformation während der

Majdan Revolution war die Behauptung, dass sich die Ukraine seit der Unabhängigkeit 1991 in einem Bürgerkrieg befinde, dass es sich im Grunde um ein geteiltes Land und einen gescheiterten Staat handle (Dobbert 2022:163). Bereits im Dezember 2013 spielte die Janukovyč-Regierung die Karten der in Ost- und Süd geteilten Ukraine aus. Damit sollte das Narrativ verbreitet werden, dass sich nicht das Volk gegen die Regierung auflehnt, sondern ein Teil der Ukraine gegen den anderen. Als gäbe es eine soziokulturell und politisch gespaltene Ukraine, von der der eine Teil durch eine proeuropäische Einstellung mit einem nationalistisch-faschistischen Kult verbunden werden würde und der andere Teil die Eingliederung in das Russische Großreich anstrebe (Portnov 2014a:34).

Die Majdan Revolution wurde vom Kreml als Inszenierung der USA, der EU und des Westens abgetan und nicht als eigenständige ukrainische Bürger*innenbewegung anerkannt. Ländern wie der Ukraine und seinen Bürger*innen wird die Fähigkeit zur Selbstbehauptung von Russland schlicht abgesprochen. Eine Nation, die eigenständig weder eine vernünftige Politik, solide Wirtschaft noch eine akzeptable Revolution hervorbringen könne. Die „Pseudorevolution“ kann nur von „außen“ gesteuert worden sein, denn allein würde das ukrainische Volk dies nicht hervorbringen können. Der „Westen“ habe die Demonstrant*innen finanziert und gesteuert, die vom Kreml als Faschisten, Neonazis, Antisemiten und Rechtsradikale degradiert wurden (Prochasko 2014:125). Bereits Anfang Dezember 2013 behauptete Putin, der Majdan Aufstand wäre ein Pogrom (Dobbert 2022:164). Im Zuge der Ereignisse rund um die Annexion der Krym und dem Einmarsch in die Ostukraine verbreitete die russische Propaganda das Narrativ, die Sicherheit ethnischer Russen in der Ukraine wäre seit dem Sturz Janukovyč durch Neonazis und Faschisten bedroht. Ja die Ukraine plane sogar einen Völkermord gegen die russische Bevölkerung im Donbas (Prochasko 2014:127).

Mit dieser Desinformationskampagne wollte der Kreml seine „präventiven“ militärischen Operationen gegen die Ukraine legitimieren. Nach Steffen Dobbert können fünf Desinformationsmethoden ausgemacht werden, die einen Großteil der von Russland verbreiteten Propaganda kennzeichnen: der Einsatz von Lügen, die Verbreitung von Paranoia, das Verschweigen von Tatsachen, die Unterlegung von Behauptungen durch manipulierte Expert*innenmeinungen und die Geschichtsverfälschung (Dobbert 2022:166ff). Der Kreml versuchte bereits während der Majdan Revolution durch Desinformation die ukrainische und russische Bevölkerung zu beeinflussen, indem zahlreiche Falschmeldungen und Widersprüche erzeugt wurden. Die Adressat*innen dieser Falschmeldungen wurden dabei in eine passive,

abgelenkte und paranoide Position gedrängt. Mit dem Prinzip des Verschweigens wurden Ereignisse wie der Einmarsch russischer Soldaten auf der Krym schlicht geleugnet und Journalist*innen sowie Oppositionelle, die anderes behaupten zum Schweigen gebracht bedroht oder öffentlich diffamiert (wie bereits in der Vergangenheit die Ermordung von Journalist*innen wie Anna Politkowskaja und Georgij Gongadse oder von Politikern wie Boris Nemzow zeigen).

Eine andere Taktik ist Falschinformationen – wie „die Ukraine verbiete den Gebrauch der russischen Sprache“ oder „die Ukraine werde Russland beitreten“ – über Expert*innenmeinungen scheinbar zu unterlegen. Eine Form dieser Manipulation bezieht sich auf die Schädigung ausländischer Politiker*innen und von Medienleuten. Andere Personen des öffentlichen Lebens wurden dazu angehalten, sich öffentlich im Sinne der russischen Propaganda zu äußern (wie die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl oder der deutsche Journalist und Autor Hubert Seipel). Die Taktik der Geschichtsverfälschung ist unter Putin eine der herausragendsten Methoden. Kyjiw sei das wahre Zentrum von Russland, die Krym gehöre zu Russland, die Ukraine werde von Neonazis und Faschisten beherrscht, die vom Westen finanziert und gesteuert werden, und viele weitere Erzählungen (Prochasko 2014:127). Neu sind diese Methoden nicht, viele andere Autokraten und Diktatoren nutzen vor allem die Geschichtsverfälschung seit Jahrhunderten zur Verfestigung der eigenen Macht. Im Ukraine-Krieg haben die Auswüchse von Desinformation, Falschinformation und Propaganda dennoch ein enormes Ausmaß erreicht, nicht zuletzt aufgrund neuer digitaler Möglichkeiten durch KI gesteuerte Inhalte und die rasche Verbreitung über Soziale Medien.

Mit dem Ende der Majdan Revolution und noch intensiver seit dem 24. Februar 2022 ist Desinformation ein fester Bestandteil der hybriden Kriegsführung Russlands geworden, wie wir in Kapitel 2.4 noch ausführlicher sehen werden. Im Kontext der dargelegten Ereignisse bleibt fraglich, ob von einer „vollendeten“, „erfolgreichen“ Revolution gesprochen werden kann. Revolutionen stellen wohl vielmehr einen Prozess dar, der keineswegs mit einem bestimmten Datum als beendet erklärt werden kann. Im Falle der Majdan Revolution setzte ein langwieriger Prozess ein: der Befreiungs- und Verteidigungskampf gegen das Putin´sche Russland. Dieser Kampf wurde vom Janukovyč-Regime stellvertretend für den Kreml geführt und ist bis dato nicht beendet. Heute kämpfen die Ukrainer*innen auf dem Schlachtfeld um ihre Freiheit und Eigenständigkeit, vor zehn Jahren taten sie dies auf dem Majdan. Was in der Ukraine bereits früh als Revolution erkannt und auch so benannt wurde, galt in Europa lange

als „Ukraine-Krise“ und hat alles auf einen Schlag verändert, die vorrevolutionäre Konstellation gibt es nicht mehr, nicht mehr in der Ukraine, in Russland und nicht für Europa.

Im Zuge der Recherche zur Majdan Revolution konnte ich Momentaufnahmen der postrevolutionären Phase erhaschen. Die meisten Werke zur Majdan Revolution wurden kurz nach ihrem Ende und der darauf erfolgten Annexion der Krym und dem russischen Einmarsch in die Ostukraine verfasst und bildeten die Realität jener Zeit ab: die Ereignisse überschlugen sich, aber keiner erwartete, dass es zehn Jahre später zu jenem vernichtenden Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine kommen würde, in dem wir uns heute befinden. Claudia Dathe und Andreas Rostek schrieben etwa im Jahr 2014: „Zu dem Zeitpunkt, da dieses Buch in den Druck geht, ist das Janukovyč-Regime am Ende, Frieden hat das Land aber noch nicht gefunden. Europa wird erst noch zeigen müssen, dass es dem Freiheitskampf des Majdan auch auf längere Sicht helfen will“ (Dathe; Rostek 2014:13). Dieser Satz lässt mich die Majdan Revolution in einem anderen Licht betrachten: alles begann scheinbar mit dem Freiheitskampf auf dem Majdan, vielleicht hat dieser „Miniaturkriegsschauplatz“ bereits die ersten Funken des hartnäckigen Abwehrkampfes entfacht, den die Ukrainer*innen heute – zehn Jahre später – führen.

Die Majdan Revolution könnte zum Auslöser einer kleinen Europäischen Revolution geworden sein, die Erfahrungen daraus gemeinsam zu denken, als Summe geteilter Erkenntnisse, dass es eben nicht mehr ausreicht, sich auf vermeintlichen Gewissheiten wie der Beständigkeit des „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auszuruhen – oder die Demokratie als selbstverständlich erachten zu können. „Die ukrainische Revolution hat die Dimension der europäischen Gefährdung gnadenlos klargemacht“ (Prochasko 2014:121). Bereits über ein Jahr vor der Majdan Revolution und der Annexion der Krym, im Februar 2013, schrieb der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte Waleri Gerassimow in einem Essay für die Wochenzeitung *Woenno-Promyschlennyi Kur'er* („Militärisch-Industrieller Kurier“): „Kriege werden nicht mehr erklärt, und wenn sie einmal begonnen haben, verlaufen sie nach einem ungewohnten Muster.“ Nach Gerassimow seien nicht-militärische Mittel wie die Kommunikation bedeutender denn je, Kriege gewinne nicht mehr wer mehr Waffen besitzt, sondern wer die Kommunikation steuert (Beuth ed al 2017).

Es scheint, als hätte der Krieg bereits mit jenem Zeitpunkt begonnen, als die Majdan Revolution zu einem erfolgreichen Ende gelangt war, als wäre der wahre Grund für die militärische

Invasion durch Russland gewesen, eine fruchtbare Revolution zu verhindern, sie zu verunmöglichen und damit den Ukrainer*innen und den Russ*innen gleichermaßen für immer den Gedanken auszutreiben, dass es jemals erfolgreich sein könnte, sich gegen die „russische Ordnung“ aufzulehnen. In Wirklichkeit geht es wohl darum, einen Präzedenzfall in unmittelbarer Nähe zu Russland zu verhindern und zu negieren, dass auch die russische Zivilgesellschaft jene Reife besitzen würde, ohne autoritären Paternalismus unter Putin auszukommen (Prochasko 2014:130). Die Revolution hat jedenfalls ein Aufwachen bewirkt, das Europa womöglich schon länger gebraucht hat. Ein Aufwachen jenes Europas, das sich und seine bisher verfolgten Grundsätze, wie das friedliche Miteinanderauskommen der Staaten plötzlich in Frage stellen muss, eines Europas, von dem die Ukrainer*innen nun auch ein Teil geworden sind, unter den teuer bezahlten Bedingungen des Kriegs (Prochasko 2014:118).

Putin glaubte im Jahr 2013 einen geopolitischen Sieg über die EU in Vilnius erreicht zu haben und die Ukraine in die Einflusssphäre Russland zurückgeholt zu haben. Der anschließende Erfolg der Majdanbewegung und die Flucht Janukovyč bedeuteten eine schwere geopolitische Niederlage und ein vorläufiges Ende seines Lebenswerks, der Vorstellung einer „Eurasischen Union“ unter russischer Herrschaft. Mit der faktischen Wiedereingliederung der Krym in die Russische Föderation erreichte Putin ein erstes Etappenziel hin zu seinem eurasischen Konstrukt, die Krym war ex post nicht das eigentliche Ziel, sondern nur ein Nebenschauplatz. Doch zunächst musste er diesen Weg ohne die Ukraine gehen: mit 1. Januar 2015 wurde aus der „Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft“ die „Eurasische Wirtschaftsunion“, vorerst trilateral mit Russland, Kasachstan und Belarus, zählen heute auch Armenien und Kirgistan zu ihren Mitgliedern. Ohne die Ukraine blieb die Union jedoch nur ein Torso, Putin reagierte mit Aggressivität und Propagandakampagnen auf diesen Umstand und machte den Westen für das Scheitern seines Vorhabens mitverantwortlich (Schneider-Deters 2014:2).

Kurz vor dem Referendum auf der Krym versuchten die Regierungen Vereinigtes Königreich, Deutschland und Frankreich sowie die USA mit Russland auf höchster Stufe der Krisendiplomatie den Dialog mit der Ukraine wiederherzustellen und einen russischen Truppenabzug von der Krym zu erwirken. Es gab Verhandlungen im sogenannten Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Ukraine, Russland) und bereits im September 2014 entstand das sogenannte Minsker Protokoll, die darin vereinbarte Waffenruhe wurde allerdings nie eingehalten. Das darauffolgende Minsker Abkommen (Minsk II) von 15. Februar 2015 stellte die weitere Verhandlungsgrundlage für den Konflikt dar, doch ein dauerhafter Waffenstillstand

ist nie erreicht worden. Aus russischer Sicht konnte der Minsker Prozess in Form der Zurückdrängung des eigenen Einflusses in der Ukraine wohl nicht erfolgreich weitergeführt werden (Mangott 2022:35f).

Für den Kreml und Putin war es nach den Propagandakampagnen gegen die ukrainische Interimsregierung und den Westen unmöglich geworden, ein weiteres Mal an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Der eigenen Bevölkerung und den Konsument*innen der russischen Propagandamedien konnte kaum klargemacht werden, dass man nun bereit wäre mit der Regierung, deren Mitglieder gerade noch als „Antisemiten", „Mörder", „Terroristen" und „Faschisten" bezeichnet wurden, Gespräche zu führen. Die verbreitete Desinformation in der Berichterstattung der offiziellen russländischen Medien war während der Majdan-Revolution in erster Linie für die eigene Bevölkerung bestimmt. Im öffentlichen Leben der Ukraine gab es zu dieser Zeit keine populären russischen Persönlichkeiten, die russische politische Führung saß mehr oder weniger in der Falle ihrer eignen Propaganda (Portnov 2014b:14).

Die russische Seite spielte das diplomatische Spiel mit, ohne einen Zentimeter von ihrer Position abzuweichen. Was folgte, war eine Reihe von Verurteilungen der russischen Aggression und Verletzung der ukrainischen Souveränität durch Beschlüsse des EP und des ER. Der Rat der EU reagierte mit einer Aussetzung der Vorbereitungen des geplanten G-8-Gipfels in Sotschi und der Suspendierung bilateraler Verhandlungen zu Visaerleichterungen für russische Staatsbürger*innen. Am Gipfel des ER von 20. bis zum 21. März 2014 setzte die EU die politischen Beziehungen zu Russland schließlich vollständig aus, ein geplantes Gipfeltreffen wurde abgesagt und Sanktionen gegen Personen mit ukrainischer und russischer Staatsbürgerschaft verhängt, die Handlungen gesetzt hatten, welche die „territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen." Neben den individuellen Freiheiten restringierten die Sanktionen auch den Zugang zum Kapitalmarkt, den Export von Ölausrüstung und *Dual-Use*-Gütern. Der russische Präsident Putin stand allerdings nicht auf der Sanktionsliste, was der Glaubwürdigkeit der Beschlüsse schadete (Libman 2017:30).

Die EU verhängte erstmals im Juli 2014 als Reaktion auf die Annexion der Krym Wirtschaftssanktionen gegen Russland, doch innerhalb der Union herrschte damals Uneinigkeit. Die Sanktionen wurden nicht einheitlich eingehalten und belasteten neben der Krym auch die europäische, insbesondere die deutsche Exportwirtschaft. Im März 2015 machte

der Europäische Rat die Aufrechterhaltung der Sanktionen von der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängig (Gehler 2018:730f). Die Sanktionen der EU gegen Russland seit 2014 markieren insgesamt eine entscheidende Wende in der europäischen Sicherheitspolitik. Sie entwickelten sich von einem zunächst uneinheitlichen und eher zurückhaltenden Instrument zu einem umfassenden und koordinierten Maßnahmenpaket, das insbesondere nach dem 24. Februar 2022 – dem Beginn des groß angelegten Angriffs Russlands auf die Ukraine – drastisch verschärft wurde. Vor dem 24. Februar 2022 gab es jedoch keine breite Unterstützung innerhalb der EU für striktere Maßnahmen gegen Russland, da wirtschafts- und energiepolitische Interessen, vor allem in Westeuropa, Vorrang hatten. Besonders baltische und osteuropäische Staaten forderten ein härteres Vorgehen gegen Russland, doch realpolitischer Pragmatismus dominierte (Feichtinger 2017:30).

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markierte eine Wende in der Sanktionspolitik der EU. Im Vergleich zu 2014 traten nun umfassendere und schärfere Sanktionen in Kraft, die darauf abzielten, die russische Führung zur Verantwortung zu ziehen, die Finanzierung des Kriegs zu erschweren und Russlands Zugang zu westlichen Technologien und Produkten zu blockieren (Von Fritsch 2022:122). Anders als 2014 fand sich nun auch Wladimir Putin persönlich auf der Sanktionsliste wieder (Von Fritsch 2022:123). Die Sanktionen trafen Russland härter als erwartet, besonders da die fallenden Ölpreise die wirtschaftlichen Einnahmen des Landes stark reduzierten, was eine deutliche Verschärfung der Lage gegenüber 2014 darstellte (Von Fritsch 2022:125). Vor 2022 beschränkten sich die Sanktionen in erster Linie auf die Exportbeschränkungen von Militär- und Hochtechnologiegütern sowie einigen Luxusgütern, vor allem im Zusammenhang mit der Krym-Annexion (Götz 2022:198).

Besonders betroffen waren Güter mit doppeltem Verwendungszweck, sogenannte *Dual-Use*-Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Diese Maßnahmen betrafen insbesondere die Hochtechnologie- und Ölsektoren. Obwohl diese Sanktionen einen ersten Schritt darstellten, blieben sie relativ begrenzt, und es gab zahlreiche Ausnahmen, vor allem im Bereich der Energieimporte. Selbst der Handel mit Konsumgütern aus Russland blieb weitgehend unberührt. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 änderte sich die Situation grundlegend. Die EU verhängte in kürzester Zeit eine weitreichende Sanktionswelle, die über die bisherigen Maßnahmen hinausging. Insbesondere die Ausweitung der Einfuhrverbote – angefangen mit russischen Rohstoffen wie Kohle, Eisen, Stahl und Holz

– verdeutlicht den neuen sicherheitspolitischen Ansatz der EU. Zusätzlich schlossen sich westliche Nationen wie die USA und Kanada diesen Sanktionen an und verhängten weitere Importverbote, etwa auf russisches Erdöl und Gasprodukte (Götz 2022:198f).

Auch der wichtige Meistbegünstigungsstatus Russlands in der Welthandelsorganisation (WTO) wurde entzogen, was Russland weiter isolierte und den Druck auf seine Wirtschaft erhöhte. Neben den wirtschaftlichen Sanktionen setzte die EU auch verstärkt auf Visa-Beschränkungen und Einreiseverbote für russische Regierungsvertreter*innen, Geschäftsleute und Unternehmensdelegationen. So wurde der Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt und Medien wie *Russia Today* und *Sputnik* verloren ihre Rundfunklizenzen in der EU. Auch die Inbetriebnahme der Pipeline *Nord Stream 2* wurde gestoppt, was die Abkehr Europas von der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen symbolisieren sollte. Ein zentrales Element der neuen Sanktionspolitik war zudem der Ausschluss wichtiger russischer Banken vom internationalen Finanzdienstleistungssystem SWIFT (Götz 2022:201f). Dies machte es für russische Unternehmen erheblich schwieriger, internationale Zahlungen abzuwickeln und setzte sie weiter unter Druck. Obwohl einige Institute wie die *Sberbank* und *Gazprombank* ausgenommen blieben, um die Zahlung für russische Öl- und Gaslieferungen zu ermöglichen, verdeutlichten diese Finanzsanktionen die Bereitschaft der EU, auch tiefe wirtschaftliche Einschnitte in Kauf zu nehmen, um Russland zu isolieren (Götz 2022:203).

Da rund 75 % der in Russland eingesetzten Verkehrsflugzeuge in der EU, den USA und Kanada hergestellt wurden, kann ihr Flugbetrieb nicht mehr gemäß internationalen Standards aufrechterhalten werden, da die Wartung durch die Herstellerfirmen nicht mehr gewährleistet ist. Ab dem 5. März 2022 wurden in Russland ausgestellte Mastercard- und Visa-Kreditkarten für Transaktionen im Ausland gesperrt. Zudem haben internationale Sportverbände und kulturelle Einrichtungen ihre Teilnahme an geplanten Events in Russland abgesagt (Götz 2022:205). Diese Verschärfung verdeutlicht, dass die EU zunehmend bereit ist, ihre wirtschaftliche Macht als sicherheitspolitisches Instrument einzusetzen. Trotz Putins strikter Kontrolle und einer massiven Propagandamaschinerie, die das Regime stützt, zeigen sich erste Anzeichen von Unmut in der russischen Bevölkerung. Die Lage erinnert immer stärker an den Afghanistan-Krieg der Sowjetunion. Der Westen wird die Ukraine weiterhin unterstützen, und während der Krieg für Russland nicht existenziell ist, könnte die zunehmende wirtschaftliche Schwäche das Regime langfristig destabilisieren (Schmid 2023:17).

Die Verabsäumungen der EU betreffend Aufbau einer eigenständigen, europäischen Sicherheitsarchitektur betrafen aber nicht nur die zunächst zögerliche und schwache Sanktionspolitik gegenüber Russland vor dem 24. Februar 2022. Viel zu lange ignorierte die EU den Umstand, dass ihre Erweiterungspolitik durch das Instrument der Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit den ehemaligen Sowjetrepubliken Putins Vorstellung einer „Eurasischen Union" in die Quere kam. Das Versagen und die Unfähigkeit, den grundsätzlich leicht vorhersehbaren Konflikt mit Russland zu erkennen ist auf das Denken in unterschiedlichen „Systemen" und Kategorien zurückzuführen. Aus der Sicht Russland bedeutet die „Eurasische Union" eine Integrationskonkurrenz mit der EU, beides kann nicht nebeneinander bestehen. Russland denkt in Kategorien sich voneinander ausschließender Einflusssphären, während die EU bei ihrer Einflussnahme auf die östlichen Partnerländer nicht in derartigen Kategorien dachte (Von Gall 2017:20).

Eine weitere Verabsäumung der EU, war die „paneuropäischen" Initiativen Russland zu lange verkannt zu haben beziehungsweise aufgrund des Missfallens Washingtons nicht weiter verfolgt zu haben. Russland schlug mehrfach die Etablierung einer gemeinsamen „paneuropäischen Sicherheitsarchitektur" durch einen „europäischen Sicherheitsvertrag" vor. Die bedeutendste derartige Initiative betrifft das im Juni 2010 entworfene und unter Merkel und Medwedew ausgehandelte „*Meseberger Memorandum*". Der einschlägigste Inhalt war ein gemeinsames Außenpolitik- und Sicherheitskomitee (ERPSC – *EU-Russia Committee on Security and Foreign Policy*), das auf Ministerebene unter der Leitung der damaligen Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton und dem russischen Außenminister Lawrow gebildet werden sollte (Schneider-Deters 2014:8).

Auf wirtschaftlicher Ebene kam auf Initiative Putins ein Vorschlag für ein gemeinsames Freihandelsabkommen „von Lissabon bis Wladiwostok", das wie auch die anderen Initiativen und Vorschläge im Sand verlief. Die EU überließ es schließlich der privaten Initiative einzelnen Firmen und Unternehmen, ob sie das Partnerschaftskonzept mit Russland weiterfolgen wollen oder nicht. Ein ernst gemeinter „*good will*" hin zu einer „Modernisierungspartnerschaft" mit Russland war auf politischer Ebene auf beiden Seiten nicht erkennbar. Russland reagierte mit einer Abkehr von Europa und der verstärkten Eigeninitiative hin zu einem eigenen Eurasischem Projekt, das letztlich in eine „Eurasische Union" unter russischer Führung münden sollte (Schneider-Deters 2014:8).

2. Kapitel - Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit 24. Februar 2022

2.1 Der strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung

Der Kompass ist politisches Strategiedokument und Aktionsplan zugleich und ist ein klares Bekenntnis der EU zur Stärkung ihrer Rolle als *security provider.* Er schließt an der EU-Globalstrategie (EUGS) an und liefert eine Art Konkretisierung zur Umsetzung des 2016 festgelegten Ambitionsniveaus im Bereich Sicherheit und Verteidigung mit den drei Zielen: a) Bewältigung externer Konflikte und Krisen, b) Verstärkung der Kooperation mit Partnern und c) Schutz der Union und ihrer Bürger*innen. Der Erstentwurf des Kompasses basierte auf umfassenden Beiträgen der Mitgliedsstaaten, 50 Workshops und 30 Non-Papers (Strategischer Kompass Erstentwurf November 2021). Das finale Dokument umfasst neben dem Einleitungskapitel zum strategischen Umfeld vier handlungsorientierte Kapitel zu den Aspekten Krisenmanagement, Fähigkeiten, Resilienz und Partnerschaften. Mit über 50 konkreten Auftragserteilungen (*taskings*) macht der Kompass klare Vorgaben für die kommenden 5-10 Jahre. Als Grundlagendokument hat er das Ziel, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis zum Jahr 2030 wesentlich zu stärken:

Erstens durch die Identifizierung und Benennung von Herausforderungen sowie Bedrohungen, mit denen sich die EU konfrontiert sieht. Zweitens mit der Frage nach der bestmöglichen Ressourcenbündelung und drittens mit der Aufgabe, den Einfluss der EU als regionaler sowie globaler Akteur zu stärken. Im Gegensatz zur EUGS 2016 dokumentiert der Kompass einen deutlichen Wandel der europäischen, sicherheitspolitischen Sicht auf die Welt. Während in der EUGS noch die Rolle der EU als *soft power* hervorgehoben und die damit verbundenen Instrumente (wie der Diplomatie, EZA sowie von Handels- und Wirtschaftssanktionen) als ausreichend und wirksam bezeichnet wurden, ist die „Rückkehr der Machtpolitik“ das wesentliche Phänomen, das der Kompass ins Zentrum der sicherheitspolitischen Debatte unserer Zeit stellt. Auf Basis einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse aller EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2020, fanden vertiefende Diskussionen in den vier Themengebieten – Krisenmanagement, Resilienz, Fähigkeiten-Entwicklung und Partnerschaften – statt. Der Strategische Kompass legt fest, dass die „*Threat Analysis*“ alle drei Jahre vorgelegt werden muss. Der Bericht ist erstmals 2020 als Hintergrund für den Strategischen Kompass verfasst worden. Bei der Analyse handelt es sich um einen Ausblick (2023-2028); im Gegensatz zur *Hybrid Trend Analysis,* welche ein Jahr in die Vergangenheit und ein Jahr in die Zukunft blickt.

In der Bedrohungsanalyse des Kompasses 2022 wird veranschaulicht, wie sich die Rückkehr der Machtpolitik nicht nur traditioneller militärischer Mittel bedient, sondern zunehmend neue Bedrohungsformen als zentrale Mittel der modernen Kriegsführung eingesetzt werden, sogenannte hybride Bedrohungen (Strategischer Kompass 2022:7). Der aktuelle Bericht („*Threat Analysis* 2023-2028“) ist der zweite Bericht seit Verabschiedung des Kompasses. Als aktivster staatlicher hybrider Bedrohungsakteur konnte aktuell Russland identifiziert werden, gefolgt von China. Im Vergleich zu den Ergebnissen des Berichts aus dem Jahr 2020 hat der Krieg in der Ukraine großen Einfluss auf die Aktivitäten Russlands. Die klassische Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden werde immer komplexer, das Spektrum an Bedrohungen vielfältiger und unvorhersehbarer. Die Rückkehr zur Machtpolitik würde auch bedeuten, dass sich Großmächte wie Russland nicht mehr an international vereinbarte Normen halten, sondern durch die Anwendung von Gewalt und Zwangsmitteln territoriale Ansprüche auf vergangene Einflusszonen geltend machen (Strategischer Kompass 2022:7).

Obwohl der Kompass eine Weiterentwicklung der GSVP darstellen sollte, bleibt er in weiten Teilen in dieser verhaftet. Krisen in der Peripherie Europas sollen durch forcierte militärische und technologische Fähigkeit kontrollierbarer gemacht werden. Die Stärkung der EU als *security provider* ist als wesentliche Zielsetzung des EU-Engagements im Bereich Sicherheit und Verteidigung im Kompass verankert. Die öffentlich am stärksten wahrgenommene Maßnahme des Kompasses befindet sich im Kapitel Krisenmanagement – die schnelle Eingreiftruppe von 5.000 Personen (*EU Rapid Deployment Capacity*). Die Truppe soll aufbauend auf den Strukturen der *EU Battlegroups* für das breite Spektrum der Petersberg-Aufgaben mit Fokus auf Krisenreaktion in schwierigem Umfeld zum Einsatz kommen (Strategischer Kompass 2022:14). Im Kern geht es um eine raschere Verfügbarkeit von militärischen Kräften in höherer Zahl, die auf Land-, See- und Luftfähigkeiten sowie *strategic enabler* der EU-Mitgliedsstaaten je nach Bedarf zurückgreifen sollen. Die Vielzahl an neuen Projekten und das ambitionierte Vorhaben, die *Rapid Deployment Capacity* in den Jahren 2022-25 einsatzfähig zu machen, kann auch den Eindruck einer erneuten Zerfaserung der GSVP wecken.

Entscheidungen sollen flexibler und schneller getroffen werden können und hinsichtlich der Finanzierung mehr Solidarität hergestellt werden. Das Eingeständnis, dass diese Solidarität in der GSVP bisher nicht ausreichend ausgebaut wurde (Strategischer Kompass 2022:5), stellt zweifelsfrei eine Stärke des Kompasses dar. Der Kompass enthält zahlreiche Vorschläge zur

Stärkung der Resilienz und der Analyse- und Reaktionsfähigkeit der EU und EU-Mitgliedsstaaten bei Cyberangriffen, Wahleinmischung, Desinformation, hybriden Bedrohungen und ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme (*Foreign Information Manipulation and Interference* - FIMI). Die Arbeiten an einer *Hybriden Toolbox* der EU in Anlehnung an die *Cyber Diplomacy Toolbox* wurden 2022 und 2023 finalisiert. Damit erweitert der Kompass die denkbaren Bedrohungsszenarien im Vergleich zur EUGS 2016 um ein Vielfaches.

Der Ausbau der Cyberresilienz von Partnern der EU und deren Unterstützung bei Cyberkrisen werden im Kompass als Investitionen in die gemeinsame europäische Sicherheit hervorgehoben (Strategischer Kompass 2022:22). Der erste Umsetzungsbericht des EAD vom 27. Februar 2023 konnte Fortschritte in allen vier Handlungsbereichen (Krisenmanagement, Resilienz, Fähigkeiten, Partnerschaften) feststellen. Unter anderem wurden erst Schritte zur Entwicklung gemeinsamer Reaktionen auf Hybride Bedrohungen und Kampagnen (*Hybride Toolbox, FIMI Toolbox*) gesetzt. Die Stärkung der Resilienz in allen strategischen Domänen, auch gegenüber hybriden Bedrohungen insbesondere Desinformation, sind zentral. Essenziell für die erfolgreiche Bekämpfung ist die Erstellung eines gemeinsamen Lagebilds und die Analyse von Bedrohungen. Dazu sind bereits Verbesserungen im ersten Umsetzungsbericht erkennbar, ebenfalls durch die Einrichtung der Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT.

Weitere wichtige Handlungsaufträge wurden im Bereich der Stärkung der zivilen Dimension des Krisenmanagements gesetzt, als Umsetzung dieses Auftrags wurde im Jahr 2023 ein neuer Pakt für die zivile GSVP beschlossen. Der Handlungsauftrag zur Erstellung einer EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung ist ebenfalls im Jahr 2023 umgesetzt worden (Strategischer Kompass 2022:23). Zum Thema Klimawandel und Sicherheit ist die Terminologie des *European Green Deal* in den Kompass aufgenommen worden (Strategischer Kompass 2022:26). Präzisierungen fanden zu Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Erosion der Rüstungskontrollarchitektur in Europa statt. Zu Abrüstung, Non-Proliferation und Rüstungskontrolle ist ein umfassender Arbeitsauftrag verankert, der das gesamte EU-*Commitment* in diesem Bereich generisch abbildet. Sogar das Ziel einer atomwaffenfreien Welt findet sich im Kompass (Strategischer Kompass 2022:25); was allerdings mit aktuellen Debatten rund um eine verstärkte europäische Abschreckungsfähigkeit durch den Aufbau eines eigenen Atomwaffenarsenals in Widerspruch steht.

Im Prozess der Erarbeitung des Kompasses konnten die EU-Mitgliedsstaaten ihre ambivalenten Positionen im Verhältnis zwischen der GSVP und der NATO allerdings nicht abschließend überwinden. Einerseits zeigt sich der Kompass sichtlich bemüht die positive Zusammenarbeit mit der NATO hervorzuheben. Die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO soll durch gemeinsame Übungen sowie den Austausch von Informationen ausgebaut werden (Strategischer Kompass 2022:39). Andererseits plädiert der Kompass wenige Seiten zuvor für die Verringerung strategischer Abhängigkeiten, die Erhöhung technologischer Souveränität sowie ein zur NATO komplementäres Handeln der EU (Strategischer Kompass 2022:35). Um die Rangfolge der für die EU prioritären Internationalen Organisationen wurde zwischen den Mitgliedsstaaten bis zuletzt gerungen. Vor allem Österreich, Irland, Malta (neutrale Länder) und Portugal haben sich für den Vorrang der UN vor der NATO stark gemacht. Die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten forderten durchgehend eine Priorisierung der NATO.

Eine Einigung erfolgte dahingehend, dass das Bekenntnis der EU zu einer auf Regeln basierenden Weltordnung sowie zum Multilateralismus mit den UN im Zentrum in der abschließenden Verhandlungsrunde noch prominenter in den Kompass aufgenommen wurde. Das breite *Tasking* zur Erstellung einer gemeinsamen EU-OSZE *Roadmap* zu Konfliktprävention und Krisenmanagement (Strategischer Kompass 2022:40) ist jedenfalls positiv zu bewerten. Bis dato hat sich vor allem im Bereich der Verteidigungsinvestitionen einiges getan. Der Kompass enthält ein klares Bekenntnis zu Erhöhung der Verteidigungsausgaben unter Wahrung der nationalen Zuständigkeiten. Am anschaulichsten ist dies anhand der seitens der EK erst kürzlich (Februar 2024) vorgelegten ersten Verteidigungsindustriestrategie der EU sowie des dazugehörenden konkreten Rechtsakts (Europäisches Verteidigungsindustrie Programm (EDIP)) darzulegen. Sie stellen die Fortsetzung der Bemühungen der EK dar, die europäische verteidigungsindustrielle Basis zu stärken und gemeinsame Beschaffung zu fördern, was zu einer Stärkung der strategischen Autonomie im EU-Verteidigungsbereich beitragen soll.

Nachdem der Rechtsakt EDIP 2024 erst nach Verhandlungen in Rat und EP in zwei Jahren in Kraft treten kann wird in der Strategie festgehalten, dass die derzeitigen Vorgängerinstrumente EDIRPA (*European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act*) und ASAP (*Act in Support of Ammunition Production*) sowie die im Rahmen des EDF (*European Defence Fund*) gesetzten Maßnahmen inzwischen fortgesetzt und ausgeweitet werden. Ziel ist

es, vom derzeitigen „Notfallmodus“ (EDIRPA und ASAP laufen 2025 aus, der EDF 2027) zu strukturierten Langzeitmaßnahmen überzugehen. Das neue Verteidigungspaket soll die Industrie dabei unterstützen, die Produktion kritischer Güter für den Verteidigungsbereich zu steigern und einen besseren Zugang der Verteidigungsindustrie zu Finanzmitteln zu ermöglichen. Außerdem soll sie den Ausbau und die bessere Verwertung von Verteidigungsforschung (derzeit in der Rolle des EDF) und die Harmonisierung von Fähigkeitsanforderungen vorantreiben. Gemeinsam sollen Verteidigungsprojekte identifiziert werden, die bis 2035 realisierbar sind, insbesondere in den Bereichen Luftverteidigung, Weltraum, *Cyber* und maritime Verteidigung.

Unter anderem soll dies zu einer Stärkung der Interoperabilität (auch mit der NATO) führen; darüber hinaus soll der EU-Pfeiler der NATO und die strategische Autonomie der EU davon profitieren. Die Strategie schlägt quantitative Mindestziele bis 2030 vor: 1.) Gemeinsame Beschaffung von 40 % der Verteidigungsgüter (derzeit: Zielmarke 35 %, de facto nur 18 %); 2.) EU-interner Verteidigungshandel soll 35 % des Gesamtwertes des EU-Verteidigungsmarkts ausmachen. 3.) 50% der Ausgaben für die Beschaffung von Verteidigungsgütern sollen innerhalb der EU (EDTIB) getätigt werden, dies soll zu einer Steigerung auf 60% bis 2035 (derzeit – seit dem 24. Februar 2022 bis Februar 2024: 78 % durch außereuropäische Beschaffung) führen (Verteidigungsindustriestrategie 2024:4). Der Strategische Kompass ist in puncto Zielsetzung und Zeitplan durchaus ambitioniert. Auch wenn im Bereich der Verteidigungsinvestitionen einiges vorangebracht werden konnte, die hohen Erwartungen, die in dieses EU-Leitdokument insbesondere von den Proponenten Frankreich und Deutschland gesetzt wurden, konnten letztlich nicht vollständig erfüllt werden.

Der Kompass geht auf eines der Hauptprobleme der EU-Sicherheitspolitik nur rudimentär ein: die Vielzahl an Institutionen, die neu geschaffen werden müssten, um das hohe Ambitionsniveau zu erreichen sowie den sichtlichen Mangel an militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten. Die intergouvernementale Ausrichtung der EU-Außenpolitik spielt im Kompass kaum eine Rolle. Aufbauend auf einer eingehenden politischen sowie analytischen Darstellung der Ausgangslage hätte der Kompass die Bedeutung des notwendigen politischen Willens für das gemeinsame Handeln hervorheben können. Eine Würdigung der bisherigen Beiträge der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie der Kooperation im Rahmen der GSVP hätten den sicherheitspolitischen Mehrwert besser

hervorheben können (Strategischer Kompass 2022:3). Das Verhalten Russlands ab dem Spätsommer 2021 hat die Notwendigkeit einer substanziellen Stärkung der EU-Rolle als *security provider* zusätzlich unterstrichen und weiters zu einer erheblichen Anpassung der Umfeldanalyse und der Aussagen zum Umgang mit Russland geführt.

Auf Betreiben von Frankreich sowie insbesondere der osteuropäischen EU-Partner hat sich das Ambitionsniveau des Kompasses, vor allem im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der NATO in der finalen Phase deutlich erhöht. Die Ambition musste auf Drängen von EU-Mitgliedsstaaten laufend mit der *Ownership* der EU-27 für den Kompass ausbalanciert werden. Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Vielfalt der EU (mit Stand Februar 2022: 21 NATO-Alliierte, die drei neutralen Länder Österreich, Irland und Malta, die bündnisfreien Finnland und Schweden sowie Zypern), ist die Einigung auf ein ehrgeiziges sicherheits- und verteidigungspolitisches Leitdokument als einer der wichtigsten Schritte in der Entwicklung der GSVP seit Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit 2017 (PESCO) zu werten. Der Kompass sieht vor, dass HV in Abstimmung mit der EK und der EDA jedes Jahr einen Bericht über die erzielten Fortschritte vorlegt. In jährlichen Treffen des HV mit den Verteidigungsminister*innen der EU-Mitgliedsstaaten wird der Stand der Umsetzungsfortschritte bewertet. Im Zuge der Umsetzung der Maßnahmen stehen beständig weitere Diskussionen in den zuständigen EU-Gremien an.

Die Ausführungen zum geostrategischen Umfeld mussten im Lichte der aktuellen Entwicklungen kurzfristig mehrfach und weitreichend überarbeitet werden. Innerhalb der mitteleuropäischen Krisenherde liegt der Fokus auf Sicherheit und Stabilität am Westbalkan und die Notwendigkeit der EU-Unterstützung bei der Stärkung der Resilienz der Staaten dieser Region (zunehmende ausländische Einmischung, einschließlich Kampagnen zur Informationsmanipulation). Unter den Schwerpunktregionen, mit denen die EU verstärkt im Bereich Sicherheit und Verteidigung kooperieren will, war der Westbalkan zunächst an erster Stelle genannt. Aufgrund der geopolitischen Konjunktur wurden die östlichen Partner vorgereiht (Strategischer Kompass 2022:9). Die militärische Aggression Russlands und ihre Begleiterscheinungen (russische Präsenz in Libyen, Syrien und Afrika inklusive Desinformationskampagnen und Söldnereinsätze) sind nun als „langfristige und direkte Bedrohung für die europäische Sicherheit“ ausgeschildert (Strategischer Kompass 2022:7).

Im Erstentwurf des Kompasses vom 9. November 2022 hieß es zu Russland unter anderem noch: „Die Europäische Union und Russland verbinden in der Tat viele gemeinsame Interessen und eine geteilte Kultur“ (Strategischer Kompass Erstentwurf 2021:7). Im Strategischen Kompass der EU wird zwar ausführlich festgehalten, dass die EU und ihre Nachbarschaft einer gefährlichen Kombination aus bewaffneten Aggressionen, illegalen Annexionen, fragilen Staaten, wiederaufkommender Machtpolitik durch autoritäre Regime gegenübersteht. Der Kompass definiert allerdings zu wenige Mittel und Ziele (im Sinne einer Strategie) und bleibt letztlich ein Leitfaden, der den Weg von einem Punkt zum anderen deutet. Er lässt im Unklaren, ob er lediglich eine Ableitung der EUGS aus 2016 ist, im politikspezifischen Sinne ein Arbeitsprogramm für die Institutionen der EU bis zum Jahr 2030 darstellt oder vielmehr ein Signal an Russland und den Rest der Welt sendet, dass die EU ihre sicherheitspolitischen Ziele erreichen wird.

2.2 Geostrategische Aspekte

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat tiefgreifende geopolitische und strategische Auswirkungen auf Europa und darüber hinaus. In diesem Kapitel möchte ich die wichtigsten geopolitischen Schauplätze um und innerhalb Europas umreißen und gegenwärtige Herausforderungen darstellen. Beginnend mit der Türkei, der Sahelzone und abschließend mit der Entstehung eines neuen Ortsschilds durch die NATO-Osterweiterung. Die Türkei wird in dem geopolitischen Gefüge um die EU voraussichtlich der stabilste Nachbar bleiben. Sie spielt geopolitisch eine besondere Rolle im Schwarzmeerraum und als möglicher Vermittler zwischen dem Westen und Russland. Die Türkei ist im Konflikt bisher als Moderator aufgetreten, zuletzt am 1. August 2024 als bei dem größten Gefangenenaustausch zwischen den USA und Russland seit Ende des Kalten Krieges der türkische Geheimdienst MIT (*Millî İstihbarat Teşkilâtı* - Nationaler Aufklärungsdienst) eine wesentliche Vermittlerrolle eingenommen hat und als Koordinator des Austausches in Ankara aufgetreten ist.

Durch Erdogans Großmachtpolitik hat sich die Türkei allerdings zunehmend aus dem Zentrum des NATO-Verbands entfernt. Erdogan hat klargemacht, dass die Hauptinteressen der Türkei nicht im westlichen Verbund liegen, sondern in der Schaffung eines eigenen regionalen Großmachtbereichs (Balkan, Kaukasus, Zentralasien, Naher Osten sowie Nordafrika). Dabei handelt es sich überwiegend um Gebiete, die auch das geostrategische Hauptinteresse Russlands bilden. Derzeit kann die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Russland noch

als gut bezeichnet werden, langfristig besteht in der gemeinsamen Region die Gefahr einer nicht zu unterschätzenden Rivalität. In Zukunft könnte die Türkei eine bedeutende Rolle in Zentralasien übernehmen, insbesondere auch in Hinblick auf die russischen Wagner-Truppen am afrikanischen Kontinent. Gegenwärtig lässt sich eine Abkehr Afrikanischer Staaten von Europa und den USA beobachten, die sich mit bemerkenswerter Geschwindigkeit und Intensität vollzieht. Um ihre Präsenz im Sahel zu wahren haben westliche Mächte politische Abkommen geschlossen, problematische Regimes teilweise finanziell unterstützt, Militärmissionen gestartet und Truppen stationiert.

Menschenrechtsverletzungen wurden dabei oft ignoriert. Die westlichen Partnerschaften mit den Ländern der Sahelzone konnte bis vor wenigen Jahren aufrechterhalten werden, doch seit 2021 kam es zu einer Serie von Militärputschen im Sahel. Besonders betroffen sind die ehemals französisch dominierten Länder der Sahelzone wie Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad, genau in diesen Staaten wird die russische Söldnertruppe Wagner, die nun als „Afrikakorps“ bezeichnet wird, immer präsenter (Hainzl 2024:33f). Der Sahel, ein strategisch bedeutender Landstrich, der sich entlang des südlichen Randes der Sahara vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt, ist von besonderer Relevanz für mehrere globale Akteure. Diese Region ist nicht nur wesentlich von Migrationsbewegungen Richtung Norden betroffen und somit ein wichtiger Faktor für die Asylpolitik der EU, sondern auch ein Rückzugsgebiet für radikalislamistische Terrorgruppen, die im Nahen Osten keinen Platz mehr finden. Zudem verfügt der Sahel über bedeutende Rohstoffvorkommen, insbesondere Uran im Niger, das für die französische Energieversorgung von großer Bedeutung ist (Hainzl 2024:33f).

Externe Akteure zeigen Interesse an verschiedenen afrikanischen Ressourcen und vorrangig an den Bereichen Wirtschaft, Handel, Investitionen und Märkte (Staudinger 2024:20). Die Herangehensweisen der externen Akteure variieren erheblich. Im wirtschaftlichen Bereich führt China deutlich, wie die Zahlen von 2021 zeigen: Der Handel zwischen China und afrikanischen Ländern erreichte fast 200 Mrd. US-Dollar und lag damit weit vor allen anderen Handelspartnern. Russland dominiert im selben Jahr im Bereich der Waffenindustrie. In Bezug auf Sicherheit steht Terrorismus und Konfliktlösung im Fokus (Hainzl 2024:34). Aus europäischer Perspektive hat die Kontrolle von Migrationsbewegungen hohe Priorität. Die jüngsten politischen Umwälzungen, besonders in Mali und Niger haben die europäischen Sorgen hinsichtlich Terrorismus und Migration verstärkt. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen wie stark Afrika im Fokus geopolitischer Interessen steht und wie vielfältig die

externen Akteure ihre Strategien anpassen müssen. Manche afrikanischen Staaten betrachten diese Entwicklung als antikolonial und emanzipatorisch und sehen darin einen Befreiungsakt: Internationale Partner können mittlerweile aus einer Vielzahl globaler Akteure ausgewählt werden. Dies gewinnt insofern an Bedeutung, da afrikanische Ressourcen aufgrund des Klimawandels eine zentrale Rolle bei der sogenannten Energiewende spielen werden (Hainzl 2024:33f).

Das Putin-Regime sah in diesen Entwicklungen eine strategische Gelegenheit. Die neuen Eliten in Mali, Niger und Burkina Faso haben ihre antifranzösische Haltung deutlich gezeigt. Die Entscheidung sich von Europa abzuwenden, reflektierte ihre Frustration über den Anstieg terroristischer Aktivitäten in den letzten zehn Jahren und Russland bietet ein hartes Vorgehen gegen islamistische Gruppierungen an. Die neuen Machthaber im Sahel zeigen eine zunehmend feindliche Haltung gegenüber dem Westen, dies manifestierte sich zuletzt in der Auflösung der G5 Sahel-Gruppe. Putin nutzte diese Offenheit und empfing die neuen Sahel-Herrscher persönlich, um sie für russische Interessen zu gewinnen. Die Präsenz der Afrikakorps, die nun direkt dem russischen Verteidigungsministerium unterstellt sind, verstärkte den Einfluss Russlands in der Region (Hainzl 2024:33f).

Infolge dieser geopolitischen Verschiebungen wurden französische und andere westliche Truppen aus mehreren Sahel-Ländern vertrieben. Russische Einheiten, darunter auch ehemalige Wagner-Söldner, besetzten nun die verlassenen Militärbasen. Im Niger richteten sich kürzlich 130 russische Soldat*innen auf einer Luftwaffenbasis ein, die zuvor von US-Spezialeinheiten genutzt wurde. Der Niger, der seit dem Jahr 2015 mehrere Mrd. Euro von der EU erhalten hat, um Migrant*innen auf dem Weg nach Norden aufzuhalten, kündigte nun diesen Deal und öffnete die Sahara-Route. Zugleich verhandelt das nigrische Militärregime mit neuen Abnehmern für sein Uran, darunter dem Iran, der mehrere hundert Tonnen davon kaufen möchte (Staudinger 2024:20). Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, ob durch eine Abwendung von westlichen Akteuren eine Befreiung von Postkolonialen Strukturen herbeigeführt werden kann, die viele in der Region herbeisehnen.

Sicher ist jedoch, dass Russland durch seine stille Invasion im Sahel eines seiner strategischen Ziele im Krieg gegen den „kollektiven Westen“ erreicht: Es schafft sich eine Einflusszone, aus der es Europa auf vielfältige Weise unter Druck setzen kann. Diese Situation stellt die EU vor erhebliche Herausforderungen, da eine Fluchtroute durch Afrika unter russischer Kontrolle

droht. Zusätzlich zu ihrer Präsenz im Sahel sind russische Soldat*innen auch in Libyen und im Sudan stationiert. In der Zentralafrikanischen Republik, wo die Gruppe Wagner bereits in der Ausbeutung von Bodenschätzen aktiv war, plant der Kreml eine Basis für 10.000 Mann des „Afrikakorps“ (Staudinger 2024:20). Die umfassende russische Afrika-Strategie zielt darauf ab, den Einfluss des Westens zurückzudrängen und eine neue geopolitische Realität zu schaffen. Auch die Präsidentin der EK Ursula von der Leyen hat erkannt, dass die Sahelzone geostrategisch immer wichtiger wird und die Serie von Militärputschen die Region auf Jahre destabilisiert hat.

In ihrer Rede zur Lage der Union am 13. September 2023 rief Präsidentin der EK Ursula von der Leyen die „Geburt einer geopolitischen Union“ aus. Den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bezeichnet sie darin als „historische Zäsur“ (von der Leyen 2023:11). Russland würde aus dem Chaos in der Sahelzone Kapital schlagen und hätte die geostrategisch bedeutende Lage längst erkannt, nicht zuletzt aufgrund wertvoller Bodenschätze, der Migrationsroute, die durch die Region führt und den zahlreichen islamistischen Terrororganisationen, die zusätzlich instrumentalisiert werden könnten. Ursula von der Leyen appellierte in ihrer Rede an die EU-Mitgliedsstaaten, Afrika gegenüber ebenso an einem Strang zu ziehen, wie es bei der Ukraine erfolgt ist. Die Zusammenarbeit mit rechtmäßigen Regierungen und regionalen Organisationen müsse gestärkt und auf Partnerschaften gesetzt werden, die für beide Seiten vorteilhaft seien.

Die Präsidentin der EK Ursula von der Leyen reagiert also indirekt auf den Vorwurf des Postkolonialismus, allerdings ist es zu wenig, auf Partnerschaften zu setzen, die nun gleichwertig gestaltet sein sollen. Am EU-AU-Gipfel 2024 wurde seitens des HV Josep Borrell ein neues Strategiekonzept für Afrika vorgelegt. Das allein kann den Vertrauensverlust und die zerrüttete Partnerschaft allerdings nicht reparieren. Europa müsste sich intensiver bemühen das Vertrauen der Bevölkerung und legitimer Regierungen zurückzugewinnen und verhindern, dass sich diese zunehmend Russland zuwenden. Gleichzeitig wächst in Afrika der politische und wirtschaftliche Widerstand gegen den reinen Abbau und Export von Bodenschätzen. Die Forderungen nach mehr Wertschöpfung innerhalb der eigenen Einflussgebiete werden immer lauter und sichtbarer.

Die Entwicklung, dass afrikanische Staaten mit neuem Selbstbewusstsein ihre Partner auf politischer und wirtschaftlicher Ebene aus einer Vielzahl externer Akteure auswählen können,

wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Das Bewusstsein über die Bedeutung strategischer Ressourcen aus Afrika für zukünftige Innovationen im Bereich der Energiewende verstärkt diesen Prozess zusätzlich (Hainzl 2024:34). Mitzudenken ist jedenfalls, dass bei der selbstbewussten Auswahl von Partnern Kolonialismuserfahrungen eine Rolle spielen werden, was gegenwärtig an der Abwendung zahlreicher afrikanischer Staaten von Frankreich zu beobachten ist. Russland werden derartige Unterdrückungs- und Ausbeutungserfahrungen in Afrika (noch) nicht in diesem Ausmaß zugeschrieben. Das schließt an die russische Erzählung einer „multipolaren Welt“ an, die als Strategie dient, den globalen Süden scheinbar zu eigenständigem Handeln zu ermächtigen, und gegen den Westen aufzubringen.

In Wahrheit geht es Russland allerdings nicht um gleichberechtigte Partner, sondern um multipolare Player unter der Großmacht Russland. Eine Beteiligung an integrativen Strukturen durch eine Großmacht wie Russland, in denen die eigenen Interessen durch andere Staaten majorisiert werden könnten, ist für den Kreml weiterhin undenkbar (Kottke 2017:109). Vor diesem Hintergrund und dem Krieg in der Ukraine gibt es ein verstärktes Zusammenrücken zwischen der EU und der USA einerseits und eine neue Partnerschaft zwischen Russland und China andererseits. Diese Partnerschaft wird die strategische Lage beeinflussen, da Russland und China viele der wichtigsten Rohstoffe für neue Produkte, unter anderem auch in Afrika, kontrollieren (Hainzl 2024:33f). Deshalb sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, ihre Strategien und Politiken an diese Entwicklungen anzupassen. Daraus lässt sich schließen, dass die Zeiten, in denen die Weltgeschichte überwiegend als eine Erweiterung der europäischen Geschichte betrachtet wurde vorbei sind.

Ein strategischer Fehler der EU im Umgang mit Russland war, dass Moskau gegenüber nie klar gemacht wurde, isoliert zu werden, wenn es sich entschloss im eigenen Land einen Autoritarismus zu etablieren und gegenüber Moldau, der Ukraine, Georgien und Tschetschenien neo-imperialistische Taktiken anzuwenden. Stattdessen wurde Russland als neue Demokratie umschmeichelt und Putin persönlich umworben. Am 25. April 2005 sagte Wladimir Putin in seiner jährlichen Ansprache an die Nation, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ sei. Er betonte, dass diese Ereignisse nicht nur zu erheblichen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen führen, sondern auch das Leben von Mio. Menschen beeinträchtigen würden, indem sie außerhalb der russischen Grenzen leben und soziale Instabilität erleiden müssten (Putin 2005).

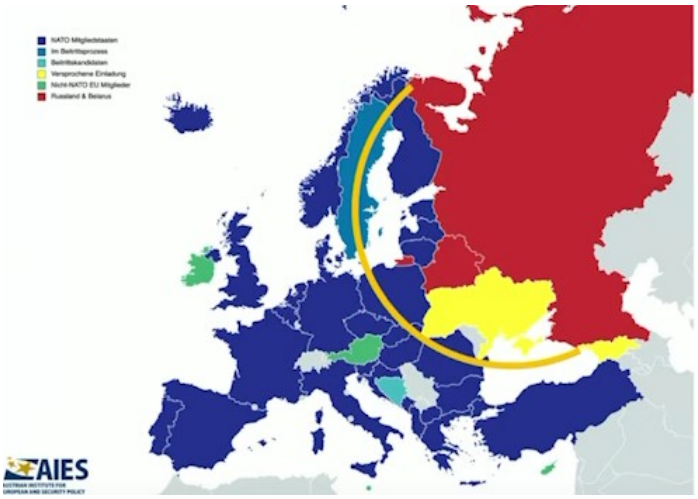
Spätestens nach dieser Putin´schen Feststellung hätten die sicherheitspolitischen Akteure Europas handeln müssen.

Brzezinski sah die NATO- und EU-Osterweiterung im Jahr 2008 noch als Chance, eine gemeinsame Perspektive mit Russland zu schaffen, die gezielter hätte genutzt werden können, um einen transatlantischen Entscheidungsfindungsprozess zu schaffen, der sich auf Friedenssicherung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen konzentriert (Brzezinski 2008:186). Eine bewusstere und engagiertere Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU hätte sich auch auf andere strategische Bereiche auswirken können. Die Bemühungen Russland in eine engere Beziehung zur atlantischen Gemeinschaft zu bringen wären vielleicht erfolgreicher gewesen, wenn die USA und die EU sich gemeinsam darum bemüht hätten, Russland einzubinden und ihm gleichzeitig jegliche imperiale Nostalgie in Bezug auf die neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion auszutreiben. In beiden Punkten war die Position des Westens widersprüchlich. Einerseits war offensichtlich, dass Russland nicht bereit war, eine tatsächliche Mitgliedschaft in der EU oder der NATO in Erwägung zu ziehen. Andererseits wurde Russland nie das Gefühl vermittelt, dass es tatsächlich in eine Assoziation mit den westlichen Institutionen aufgenommen werden könnte (Brzezinski 2008:187).

Georgien, Finnland und Schweden sind mittlerweile NATO-Mitglieder und sowohl die Ukraine als auch Serbien sind Kandidaten. Bosnien und Herzegowina hat ebenfalls enge Beziehungen zur NATO. Diese Entwicklungen führten zur Bildung eines neuen europäischen Ostschirms, bestehend aus der Ukraine, Polen, Schweden, Finnland und den baltischen Staaten. Diese Länder könnten im Notfall bis zu einer Mio. Soldat*innen mobilisieren (Landsbergis 2022). Die Ostsee wird durch diese Entwicklungen zunehmend zu einem NATO-Binnenmeer, wodurch Russland nur noch zwei schmale Zugänge zur Ostsee hat: St. Petersburg und das Oblast Kaliningrad. Finnland verfügt über die stärkste Reservearmee Europas und hat eine insgesamt 1.300 km lange Grenze zu Russland. Im Norden der Grenze befindet sich in Murmansk der wichtigste eisfreie Hafen Russlands. Die Kola-Halbinsel, auf der sich Murmansk befindet, beherbergt die arktische sowie die U-Boot-Flotte Russlands und ist von großer strategischer Bedeutung. Sie stellt den wichtigsten Standort der russischen Nuklearkapazitäten dar, 2/3 der nuklearen Zweitschlagfähigkeit Russlands erfolgt von See, also von U-Booten aus. (Feichtinger 2017:25).

Seit dem finnischen NATO-Beitritt bestehen für die NATO erstmals faktische Zugangs- und Durchbrechungsmöglichkeiten der russischen U-Boot-Flotte, ausgehend vom finnischen Territorium. Die neuen geopolitischen Entwicklungen machen die russischen Flotten zunehmend immobil und führen auch zu frappanten Änderungen der geopolitischen Situation auf dem Nuklearsektor. Die bisher stärkste und mobilste russische Flotte befand sich auf der Krym. Durch die Eroberung der Krym konnte Russland militärstrategisch wichtige Erfolge erzielen und über 70% seiner Schwarzmeerflotte hier stationieren (Feichtinger 2017:25). Diese Erfolge werden durch ukrainische Drohnenangriffe, die seit September 2023 erheblichen Druck auf die russische Schwarzmeerflotte ausüben, zunehmend zunichte gemacht. Mitte September 2023 wurde ein Großbrand auf dem Landungsschiff „Minsk“ durch einen Angriff von elf ukrainischen Drohnen des Typs „Bober“ ausgelöst. Die „Minsk“ ist das vierte Landungsschiff, das seit Februar 2022 nach Sevastopol verlegt wurde, der baltischen Flotte der russländischen Marine angehört und schwere Schäden erlitten hat. (Feichtinger 2017:105f).

Genau diese Schiffe benötigt die russische Armee allerdings für den Fall, dass es zu einer ernsthaften Beschädigung der Krymbrücke kommen sollte. Mit systematischen Angriffen hat die Ukraine, Russland mittlerweile gezwungen, einen erheblichen Teil der Schwarzmeer-Flotte aus Sevastopol abzuziehen. Die größte Bedrohung schafft die Ukraine mittlerweile für die Krym und die russische Schwarzmeer-Flotte, wo mittlerweile im Wochenrhythmus Schwärme von über 20 Drohnen gesteuert werden und Schiffe schwer beschädigen. Die Entwicklungen seit September 2023 deuten darauf hin, dass die Ukraine gute Chancen hat, die gesamte russische Schwarzmeer-Flotte im Kriegsjahr 2024 zu versenken, es sei denn, diese würde sich von der Krym zurückziehen (Feichtinger 2017:105f). Mit 25. Juli 2024 hat Russland alle Schiffe aus dem Asowschen Meer abgezogen. Die ukrainische Marine führt den Rückzug auf erfolgreiche Angriffe auf russische Ziele auf der Krym und im Schwarzen Meer zurück. Diese Angriffe hätten Russland gezwungen, seine Schiffe an andere Orte zu verlegen (ORF 25. Juli 2024).



[1] Durch die Entstehung des europäischen Ostschirms hat sich die Gefahr durch Russland auf vier NATO-Länder des Ostschirms konzentriert: Polen, Finnland, Rumänien und Schweden. Warschau rückt zunehmend ins Zentrum des geostrategischen Geschehens. Donald Tusk will seit seinem Amtsantritt als neuer Regierungschef Polens wieder näher an die EU heranführen und die Beziehungen zu Brüssel verbessern. Polen werde ein starker Teil der NATO und Verbündeter der USA sein sowie eine Führungsposition in Europa erreichen, sagte Tusk am 12. Dezember 2023 im Abgeordnetenhaus Sejm (PolskyR 2023). Nicht zuletzt aufgrund seiner Lage und massiven Aufrüstung will Polen in den nächsten Jahrzehnten die größte Armee Europas mit ca. 300.000 Soldat*innen aufbauen und investiert bis dato bereits 5% des BIP in die eigene Verteidigungsfähigkeit. Kurz vor dem NATO-Gipfel in Washington, am 08. Juli 2024, haben die Ukraine und Polen außerdem ein ambitioniertes bilaterales Sicherheitsabkommen geschlossen (Karnitschnig; Kosc 2024). Auch Dänemark wird in Zukunft als neuer Player an der EU-Verteidigung partizipieren. Dies stellen neue Herausforderung für Europa dar, insbesondere für die bisher dominierenden Mächte Berlin und Paris.

Deutschland verliert erstmals de facto seine geostrategische Zentralität und wird zum Hinterland, trotz Schaffung eines Sondervermögens, um die Bundeswehr angemessen auszustatten, was nachhaltige politische Konsequenzen haben wird. Washington wird sich wahrscheinlich verstärkt an Warschau wenden und dort eine neue Partnerschaft aufbauen. Dies könnte eine Chance für eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik bieten. Denn Europa sieht sich in seinen Nachbarschaftsbereichen (Balkan, Nordafrika, Zentralasien, Naher Osten) zunehmend mit Instabilität konfrontiert. Berlin und Paris sollten sich vermehrt auf diese Regionen konzentrieren, um einen echten Schulterschluss zu bilden. Das strategische und konsequent geeinte Handeln in den instabilen Nachbarregionen stellt gegenwärtig eine der bedeutendsten Aufgaben der europäischen Sicherheitspolitik dar, dann hätte Europa auch die Chance eine sicherheitspolitische Rolle zu spielen. Diese Herausforderung wird sich schwierig gestalten, da auf der einen Seite eine Postkolonialmacht (Frankreich) steht und auf der anderen

[1] AIES 2023 [Anmerkung: auch Schweden ist seit 7. März 2024 vollwertiges Mitglied der NATO]

ein Land, das sich zunehmend als sicherheitsrelevanter Player zurückgezogen hat (Deutschland).

Der Schluss, der aus geopolitischer Sicht daraus zu ziehen ist: die Zeitenwende hat nicht erst 2022 stattgefunden, sondern hat sich schleichend seit den 2000er Jahren ereignet. Deutschland und Frankreich verlieren im Zuge der NATO-Beitritte von Schweden und Finnland und der aufstrebenden militärstrategischen Rolle Warschaus erstmals de facto ihre geostrategische Zentralität. Dies kann als Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik aus geostrategischer Sicht bezeichnet werden. Das geopolitische Denken und die Prinzipien des politischen Realismus haben bei allen internationalen Akteuren wieder an Bedeutung gewonnen. Es ist zu erwarten, dass werteorientierte Positionen in der Zukunft an Bedeutung verlieren werden (Feichtinger 2017:31). Pragmatische Realpolitik, nationale Interessen und geopolitische Überlegungen rücken in der EU wieder in den Vordergrund. Diese neue Unordnung in den Internationalen Beziehungen könnte dominieren, wobei militärische Macht und die normative Kraft des Faktischen erneut relevant werden. Neue Phänomene der Internationalen Beziehungen sind die Schwächung von Internationalen Organisationen (UN und OSZE), die Rückkehr der Machtpolitik in der Geopolitik und der Machtzuwachs autoritärer Regime – Ereignisse, die durch den Ukraine-Krieg verstärkt wurden.

Die EU, die sich bisher als „*soft power*“ und Wertegemeinschaft verstand, könnte von diesem Wandel besonders stark betroffen sein. Es wird entscheidend sein, ob die EU ein eigenständiges Profil entwickeln und konkrete europäische Positionen und Interessen definieren kann. Nur so kann langfristig ein neues Vertrauensverhältnis zu Russland aufgebaut und ein autonomer Akteursstatus gegenüber den USA entwickelt werden. Eine klare europäische Positionierung und Vorgehensweise sind wichtiger denn je. Eine Zersplitterung muss vermieden werden, um eine homogene außenpolitische Ausrichtung zu erreichen. Andernfalls bleibt die EU nur ein Akteur mit Potenzial, aber ohne tatsächliche Macht. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird voraussichtlich ein regionales Problem bleiben, auf den europäischen und asiatischen Kontinent beschränkt, mit immer weniger substanzieller Unterstützung der Ukraine durch die USA. Daher liegt die primäre Verantwortung bei der EU, zweckmäßig europäische Interessen und Positionen festzulegen und auf dieser Grundlage zu handeln. All diese Entwicklungen zeigen weitreichende geopolitische Veränderungen und Herausforderungen auf und die EU muss sich in der geopolitischen Landschaft neu verorten.

2.3 Krise der Internationalen Beziehungen

In diesem Kapitel werde ich der Universalität des Völkerrechts die These der Multipolarität gegenüberstellen. Die Erzählung einer multipolaren Weltordnung hat in den Bereich des Völkerrechts Einzug gefunden. Grundsätzlich sollten universell verbindliche, völkerrechtliche Normen das friedliche Zusammenleben souveräner Staaten garantieren. Fraglich ist, ob das Internationale Recht seit dem russischen Angriff auf die Ukraine noch als international angesehen werden kann. Denn Russland wendet sich seit diesem Zeitpunkt zunehmend von dem Universalitätsprinzip ab und versucht in Argumentation einer multipolaren Weltordnung ein eigenes, regionales Völkerrecht zu etablieren (Jedlaucnik 2024:35). Als „historische Großmacht" reklamiert Russland die absolute Souveränität des Staates und die damit verbundene Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als oberstes Prinzip, noch vor der normativen Bindung an Menschenrechte (Mälksoo; Nußberger 2023:204).

Im Vordergrund der Analyse regionaler Völkerrechtsregime steht die Frage, ob die These der „Multipolarität" von Russland unter anderem dazu genutzt wird, Normen – mit Blick auf das geltende Völkerrecht – selektiv zu akzeptieren und andere wiederrum auszuschließen. Oder ob sich im Zuge dieser Entwicklungen regionale Blöcke mit eigenen Völkerrechtsregimen, unter dem Vorzeichen der „Russischen Welt" oder „Eurasischen Union" herausbilden könnten (Mälksoo; Nußberger 2023:204). Die Frage wie „international" das Internationale Recht tatsächlich ist, sorgt seit langem für rege Diskussionen. In einer Studie belegte Anthea Roberts, dass die Gestaltung völkerrechtlicher Normen von der englischsprachigen Welt dominiert wird. Während gelegentlich Stimmen aus nicht-anglophonen europäischen Ländern Gehör finden, werden andere Regionen der Welt weitgehend ignoriert. Beispielsweise werden Entscheidungen russischer Gerichte zum Fallrecht (*case-law*) deutlich seltener rezipiert und Publikationen aus russischen Lehrbüchern zum Völkerrecht weniger häufig zitiert.

Roberts stellte fest, dass spezifische „Muster der Differenz und Dominanz" das internationale Rechtsgebiet bisher geprägt haben. Während der Erstellung ihrer Studie, also nach Russlands Annexion der Krym und vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, merkte sie jedoch an, dass dieser Trend sich ändern könnte. Zur Zeit des Kalten Krieges war die Lage noch eine andere. Aufgrund ideologischer Unterschiede wich die sowjetische Sichtweise auf das Völkerrecht vom traditionellen universalistischen Ansatz ab. Politische Gründe sorgten dafür, dass der sowjetischen Position bei der Entwicklung völkerrechtlicher Konzepte zunächst eine große Bedeutung zukam, der sowjetische Einfluss war jedoch nicht von Dauer. So

diskutierten auch westliche Völkerrechtler*innen darüber, ob der von der Sowjetunion, China und Indien vorgeschlagene Grundsatz der friedlichen Koexistenz einen ernstzunehmenden rechtlichen Kern habe. (Roberts 2017:322).

Ab den 1990er Jahren entwickelte die Russische Föderation auf der Basis des sowjetischen Erbes neue Positionen im Bereich des Völkerrechts. Die Eigenständigkeit behielt sie unter anderem in der staatlichen Immunität oder der Streitbeilegung; in Menschenrechtsfragen schloss sie sich hingegen dem Mainstream an und versuchte sich umfassend in die internationale Gemeinschaft zu integrieren (Mälksoo 2018:350f). Festzumachen ist dieser Wille in der Verfassung aus dem Jahr 1993, die gegenüber den sowjetischen Verfassungstexten klar völkerrechtsoffener gestaltet ist: „Die allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts und die internationalen Verträge der Russischen Föderation sind Bestandteil ihres Rechtssystems. Wenn durch einen internationalen Vertrag der Russischen Föderation anderen Regelungen als die vom Gesetz vorgesehenen getroffen sind, werden die Regelungen des internationalen Vertrags angewendet.“ (Art 15 Abs. 4 der Verfassung der Russischen Föderation) Eine weitere wichtige Regelung findet sich in Art 17 Abs. 1: „In der Russischen Föderation werden die Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers gemäß den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts und in Übereinstimmung mit der vorliegenden Verfassung anerkannt und garantiert.“

Mit der russischen Verfassungsreform im Jahr 2020 wurde hingegen der russischen Verfassung Vorrang gegenüber dem Völkerrecht erteilt. Die Verfassungsreform in Russland im Jahr 2020 führte eine wichtige Änderung in Bezug auf das Verhältnis zwischen russischem Recht und dem Völkerrecht ein. Eine Ergänzung in Art 79 der Verfassung besagt, dass internationale Vereinbarungen oder Entscheidungen internationaler Organe, die im Widerspruch zur russischen Verfassung stehen, in Russland nicht mehr umgesetzt werden dürfen. Dies bedeutet, dass die russische Verfassung über dem Völkerrecht steht, falls ein Konflikt zwischen diesen beiden Rechtsordnungen auftritt (Shulzhenko 2022:5ff). Ursprünglich hatte die russische Verfassung in Art 15 Abs. 4 festgelegt, dass internationale Verträge Teil der russischen Rechtsordnung sind und über nationalem Recht stehen. Durch die 2020 eingeführten Änderungen wird jedoch klargestellt, dass die Verfassung in Fällen von Widersprüchen Vorrang hat (Verfassung der Russischen Föderation 2020)

Anhand des Antrags auf Aufnahme in den Europarat am 6. Mai 1992 und die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) am 30. März 1998, könnte angenommen werden, dass sich Russland als der europäischen Wertegemeinschaft zugehörig definiert. Russland hat zwar offiziell im Zuge der Ratifikation der EMRK sowie der entsprechenden Zusatzprotokolle die Todesstrafe abgeschafft, faktisch hat sich Russland allerdings nie an die Bedingungen gehalten. Putin machte durch zahlreiche öffentliche Äußerungen deutlich, dass er ein anderes Verständnis von Staat und internationaler Ordnung hat, als noch sein Vorgänger Boris Jelzin, der in den 1990er Jahren die Annäherung an die Universalität der Völkerrechtsordnung anstrebte und somit eine „universalistische Epoche“ einläutete. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 propagierte Putin das Konzept der „multipolaren Weltordnung“ im Gegensatz zu der von den USA dominierten „unipolaren Völkerrechtsordnung“. „Was ist eine unipolare Welt? (...) Das ist eine Welt, in der es nur einen Herrn, einen Souverän gibt. Und letztlich ist das für das heutige internationale Umfeld nicht nur inakzeptabel, sondern auch unmöglich. (...) Aus meiner Sicht ist das unipolare Modell nicht nur unannehmbar für die heutige Welt, sondern auch unmöglich.“ (Putin 2007).

Diesen Kurs hat Putin konsequent fortgesetzt, um ein eigenständiges russisches Völkerrecht zu etablieren. Grundprobleme dieser Völkerrechtsordnung lassen sich an der Neufassung der außenpolitischen Doktrin vom 31. März 2023, sowie an Stellungnahmen unterschiedlicher Entscheidungsträger*innen festmachen. Einerseits findet sich bereits in Punkt 2 des „Konzepts der Außenpolitik der Russischen Föderation“ ein Anerkenntnis der „allgemein anerkannten Grundsätze und Normen des Völkerrechts sowie internationaler Verträge“. Unter Punkt 19 Abs. 3 bekennt sich Russland umfangreich zur UN-Charta und dem Ziel der „…Wiederherstellung der Rolle der Vereinten Nationen als zentraler Koordinierungsmechanismus bei der Koordinierung der Interessen der UN-Mitgliedstaaten und ihrer Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der UN-Charta.“ Andererseits will Russland die Kriterien nur unter einer Bedingung erfüllen, dazu „…muss das System der internationalen Beziehungen multipolar sein“ (Konzepts der Außenpolitik der Russischen Föderation, Punkt 19).

Aus dem „Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation“ lässt sich außerdem eine unterschiedliche Gewichtung und Zuerkennung völkerrechtlicher Normen entnehmen. Während Russland der absoluten staatlichen Souveränität und dem Recht auf Nichteinmischung – allerdings nur in die eigenen inneren Angelegenheiten – Vorrang erteilt; wird dieser Anspruch anderen Staaten, allen voran, wenn es um „unfreundliche Mächte“ geht,

nicht zugestanden. Der Bedeutung von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit für das Völkerrecht wird unter Punkt 20 ein gesamtes Kapitel gewidmet. Anderen normativen Bindungen, wie im Bereich der Menschenrechte oder des humanitären Völkerrechts, wird hinsichtlich des Anspruchs auf Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Nachrang erteilt. Das in Art 2 Abs. 4 UN-Charta genannte Gewaltverbot und der Grundsatz der territorialen Integrität werden als „Grundprinzipien einer gerechten und nachhaltigen Weltordnung“ im gesamten Konzept nicht genannt. Der Punkt „Schaffung einer gerechten und nachhaltigen Weltordnung” zeichnet hingegen ein dezidiert multipolares System vor, das auf den Grundsätzen der souveränen Gleichheit (Art 2 Abs. 1 UN-Charta) und Nicht-Intervention in innere Angelegenheiten (Art 2 Abs. 7 UN-Charta) basieren soll.

Neben der beständigen Betonung, das eigene Handeln entspreche dem Recht, das auf der Multipolarität der Staaten beruhe (woraus nicht konkret geschlossen werden kann, welche völkerrechtlichen Normen in welchen Konstellationen verbindlich sein sollen), zieht sich der Vorwurf, dass der Westen Doppelstandards vorweise. In seiner Ansprache zur Rechtfertigung des Kriegs gegen die Ukraine spricht Putin von Doppel- bzw. Dreifachstandards, ebenso in seiner Rede anlässlich des Vertrags über die Aufnahme der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk und der Gebiete Zaporoz und Cherson in die Russische Föderation am 30. September 2022: „Wir hören von allen Seiten: Der Westen verteidigt die regelbasierte Ordnung. Was für Regeln? Wer hat sie je gesehen? Wer hat sie festgelegt? Hören Sie: Das ist alles Geschwätz, reinster Betrug, doppelte, ja sogar dreifache Standards! Für Idioten gemacht! Russland ist eine Großmacht mit tausendjähriger Tradition, eine eigene Zivilisation, und solchen untergeschobenen Lügenregeln wird es sich nicht beugen“ (Putin 2022). Des Weiteren kritisierte Putin in seiner Rede, dass eine kleine Gruppe von Staaten versuche, das Internationale Rechtssystem durch ein auferlegtes Regelwerk und das Konzept einer „regelbasierten Weltordnung“ zu ersetzen. Dieses von ihm bezeichnete „Nebenrecht“ würde kontinuierlich das „echte“ Völkerrecht verdrängen und ersetzen wollen (Putin 2022).

Damit bezieht sich Putin und andere russische Diplomaten auf Punkt 9 des Konzepts der Außenpolitik der Russischen Föderation, das vor der Gefahr eines im Entstehen begriffenen „Nebenrechts der regelbasierten Weltordnung“ warnt; und damit auf einen Kanon von Rechtsregeln verweist, die nicht Teil des Internationalen Völkerrechts sein sollen und die UN-Charta unterminieren würden. Welche Rechte genau damit gemeint sind oder wodurch sich das „Nebenrecht der regelbasierten Weltordnung“ vom System der UN-Charta unterscheiden soll,

lässt der Kreml allerdings offen. Im Sicherheitsrat der UN erklärt der russische Außenminister Sergei Lawrow am 24. April 2023: „Unser System mit der UN im Zentrum, befindet sich heute in einer tiefen Krise. Der Hauptgrund dafür ist das Bestreben einiger UN-Mitglieder, das Völkerrecht und die UN-Charta durch eine gewisse „regelbasierte“ Ordnung zu ersetzen. Niemand hat diese Regeln je gesehen. Sie sind in nicht transparenten internationalen Gesprächen diskutiert worden. Sie werden erfunden und benutzt, um den natürlichen Prozess der Bildung neuer unabhängiger Entwicklungszentren zu verhindern, die objektiv den Multilateralismus verkörpern“ (Lawrow 2023). Diese Idee findet sich auch im Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation unter Punkt 9 wieder, hier heißt es: „Das internationale Rechtssystem steht auf dem Prüfstand: Eine kleine Gruppe von Staaten versucht, es durch das Konzept einer regelbasierten Weltordnung zu ersetzen“ (Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation, Punkt 9).

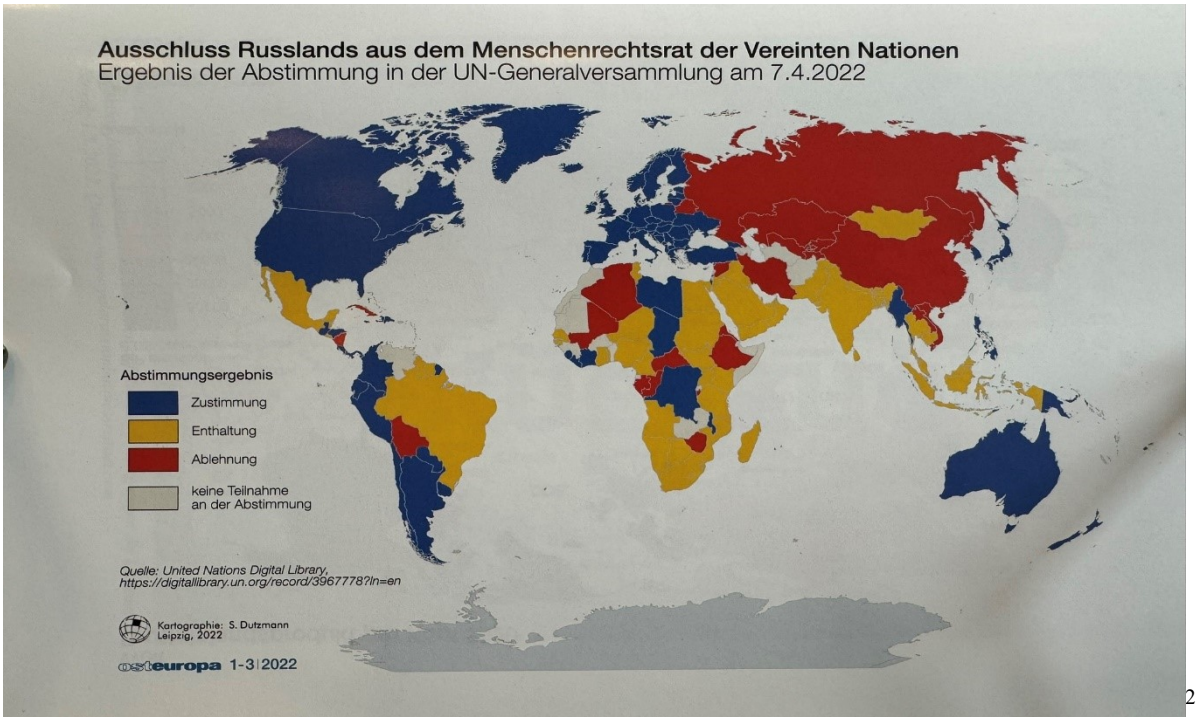
In Hinblick auf Internationale Organisationen wird durch russische Diplomaten und Politiker ganz offen geäußert, dass sie die Kooperation im Falle einer „feindlichen Haltung gegenüber Russland“ einstellen werden. Gegenwärtig ist eine Abwendung von der OSZE erkennbar, da diese unter anderem dazu ermächtigt wurde Berichte über den „Moskauer Mechanismus“ zu erstellen, die Russland regelmäßig mit der Verletzung von Menschenrechten konfrontiert. Der russische Botschafter bei der OSZE Alexandr Volgarev erklärte in Hinblick auf einen im September 2022 veröffentlichten Bericht, dass Russland den Moskauer Mechanismus nicht mehr anerkennen würde, weil er seine Nützlichkeit verloren habe (Volgarev 2022). In diesem Bericht ist die OSZE zu dem Schluss gekommen, dass Russland „gesetzliche und administrative Praktiken im Licht seiner Verpflichtungen zur humanitären Dimension der OSZE“ verletze und die russische Administration die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft massiv einschränke (OSCE 2022). Die Beendigung völkerrechtlicher Bindungen erfolgt daher auch de facto, einerseits durch die Verweigerung der Einreise von OSZE-Berichterstatter*innen und andererseits durch Ausschluss und Kündigung von Verträgen, direkt nach Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Als Beispiel können genannt werden: das Strafrechtsübereinkommen des Europarats zur Korruptionsbekämpfung; der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa; das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung von Terrorismus; die Europäische Sozialcharta und zahlreiche weitere Verträge des Europarats und der EMRK. Am 7. April 2022 wurde Russland zudem aus dem UN-Menschenrechtsrat ausgeschlossen und am 16. März 2022 aus

dem Europarat. Es ist fraglich, ob die neue Völkerrechtskonzeption Russlands als eine „Regionalisierung des Völkerrechts in einem multipolaren System“ erfolgreich sein kann. Das immer wiederkehrende Postulat russischer Führungspersonen, eine neue multipolare Weltordnung schaffen zu wollen, die dem Konzept der „regelbasierten Ordnung“ entgegenstehen soll, könnte eine Regionalisierung befördern. Das Abstimmungsverhalten der ehemaligen Sowjetrepubliken in internationalen Gremien wie der UN-Generalversammlung zeichnet ein anderes Bild. In beiden Resolutionen zum Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich gezeigt, dass keine gemeinsame völkerrechtliche Position gefunden werden konnte.

Vielmehr hat nur Belarus die Annexion von Teilen des ukrainischen Territoriums für völkerrechtskonform bewertet, formell und de jure hat Belarus die Annexion bis heute allerdings nicht anerkannt. Andere ehemalige Sowjetrepubliken, wie Aserbaidschan, Turkmenistan, Tadschikistan oder Kirgistan, sind der Abstimmung ausgewichen, indem sie sich enthalten haben oder nicht erschienen sind. Moldau, die Ukraine und Georgien haben explizit dagegen gestimmt (UN-Resolution der GV 2022). Am 7. April 2022 beschloss die UN-Generalversammlung, Russland aus dem Menschenrechtsrat der UN auszuschließen. Der Menschenrechtsrat wurde im Juni 2006 als Nachfolger der UN-Menschenrechtskommission ins Leben gerufen und besteht aus 47 Mitgliedsstaaten, die entsprechend ihren Weltregionen durch die Generalversammlung gewählt werden. Aus der Region "Osteuropa" – das heißt Ostmitteleuropa, Südosteuropa und der postsowjetische Raum ohne Zentralasien – kommen sechs Mitglieder. Russland gehörte dem Menschenrechtsrat bereits von 2013 bis 2016 an, doch eine erneute Wahl im Oktober 2016 scheiterte aufgrund des russischen Militäreinsatzes in Syrien (Rustamova 2022:223).

Im Jahr 2020 wurde Russland erneut in den Rat gewählt. Weitere Mitglieder der Region sind seit 2019 Armenien und Polen, seit 2020 die Ukraine sowie seit 2021 Litauen und Montenegro. Auf Antrag der USA fand am 7. April 2022 während der elften Dringlichkeitssitzung der Generalversammlung eine Abstimmung über die Suspendierung Russlands statt (Abb. 2). Dabei stimmten 93 Staaten für den Ausschluss, 24 dagegen, während sich 58 der Stimme enthielten. Da Enthaltungen nicht gezählt wurden, konnte die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Ausschluss erreicht werden. Vor diesem Vorfall war es seit der Gründung des Rats nur einmal, im Jahr 2011, zu einer Suspendierung gekommen – damals betraf es Libyen. Am 10. Mai 2022 wählte die Generalversammlung schließlich Tschechien als Nachfolger für Russland in den Menschenrechtsrat (Rustamova 2022:223).



[2]

Bei dem Entwurf eines neuen russischen Völkerrechts geht es Russland um keine Regionalisierung in dem Sinne, dass bei einzelnen Normen, die das Verhältnis zwischen Staat und Individuum regeln sollen, auf gewisse Besonderheiten regional etablierter Sonderregime Rücksicht genommen wird. In multilateralen Verträgen enthaltene regionale Normen haben die Aufgabe universelle Normen des geltenden Völkerrechts zu präzisieren und stehen grundsätzlich nicht in Widerspruch zu ihnen. Russland hingegen möchte das Internationale Rechtssystem nicht durch regionale Normen weiterentwickeln, sondern für polarisierte Blöcke in einem multipolaren System unterschiedliche Normenregime schaffen (Mälksoo; Nußberger 2023:203). Die wirtschaftlich erstarkenden Staaten des globalen Südens (Indien, Brasilien, China und Nordkorea) werden als weitere Pole einer multipolaren Weltordnung unter der Führung Russland angesehen.

Ob sich Russland im Rahmen des multipolaren Systems als Führungsmacht behaupten kann, wie aus Punkt 5 des Konzepts der Außenpolitik der Russischen Föderation explizit hervorgeht, ist allerdings zweifelhaft. Hier heißt es, dass die eurasischen Kulturen in Hinblick auf Geschichte, Kultur und Werten vereint wären und Russland diesbezüglich eine besondere Stellung einnehmen würde: …“als unverwechselbare Staatszivilisation, als eurasische und europazifische Großmacht, die das russische Volk und andere Völker vereint und die kulturelle und zivilisatorische Gemeinschaft des *russkij mir* ausmacht.“ Die kulturelle und zivilisatorische

[2] Zeitschrift Osteuropa 1-3 I 2022

Gemeinschaft der eurasischen Völker soll als Staatengruppe unter die Klammer des Konstrukts des *russkij mir* vereint werden und letztlich dasselbe russisch geprägte Völkerrecht anerkennen. Aus historischer Sicht soll der Block des *russkij mir* (also der russischen Welt) auf den Block der Sowjetunion folgen, da er im Wesentlichen auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion umfasst.

Obwohl der Differenz des heutigen westlichen Völkerrechts und jenem das Russland versucht zu etablieren, im Vergleich zu den Differenzen im Ost-West-Konflikt, keine grundlegenden sozialsystemischen oder ordnungspolitischen Konflikte zugrunde liegen, können die heutigen Unterschiede dennoch als „ideologisch" bezeichnet werden. Die russische Vorstellung von staatlicher Souveränität ist absolut und das Konzepts der Außenpolitik der Russischen Föderation verlangt, dass geografische Sonderrechte von historischen Großmächten anerkannt werden. Dagegen bedeutet es für den westlichen Souveränitätsbegriff, dass auch Pflichten gegenüber der Bevölkerung bestehen. Das westliche Konzept des R2P zeigt anschaulich, dass staatliche Souveränität begrenzt sein muss und nur „absolut" bestehen kann, soweit sie im Einklang mit der Einhaltung von grundlegenden Menschenrechten ausgeübt wird (Mälksoo; Nußberger 2023:197).

2.4 Hybride Bedrohungen unter besonderer Berücksichtigung von Desinformation

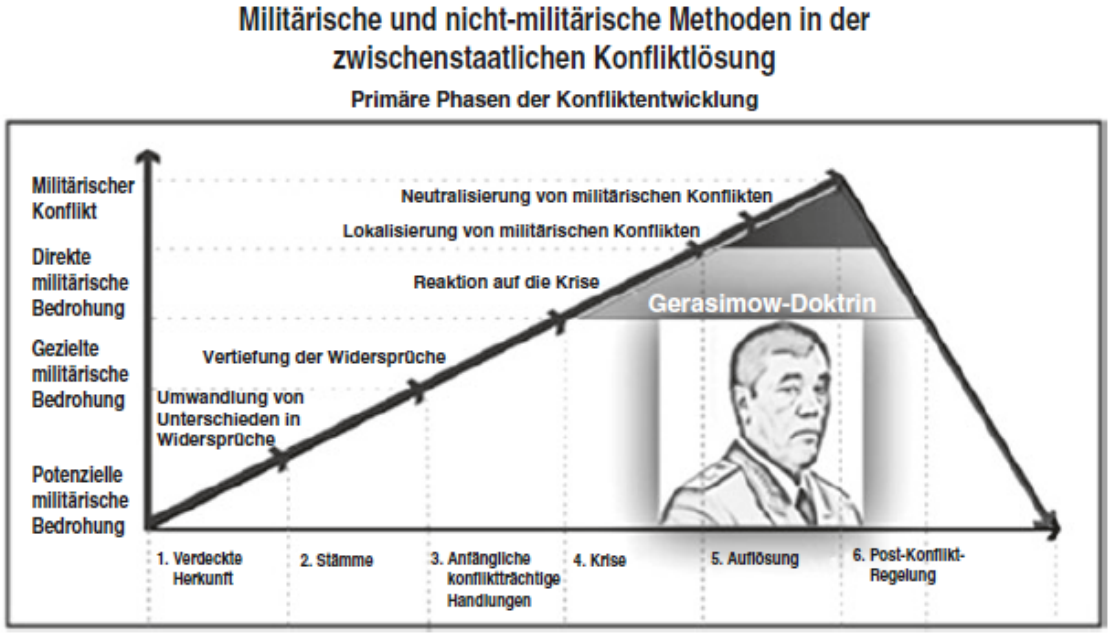
Im Kontext eines intensiven globalen Wettbewerbs um Sicherheits-, Handels- und Investitionsregime sowie um die technologische Vorherrschaft gewinnen hybride Szenarien, die unterhalb der Kriegsschwelle bleiben, zunehmend an Bedeutung. Der Begriff „hybride Kriegsführung" wurde nach der illegalen Annexion der Krym durch Russland immer populärer. Hybride Aktivitäten zielen darauf ab, liberale Gesellschaften zu unterwandern, zu beeinflussen und zu destabilisieren. Jan Joel Andersson und Thierry Tardy merkten in einem 2015 veröffentlichten *Paper* für das *European Union Institute for Strategic Studies* an, dass auch westliche Staaten schon lange ähnliche Methoden nutzten, ohne diese als „hybrid" zu bezeichnen (Andersson; Thierry 2015).

Hybride Bedrohungen haben sich für vor allem für autokratisch geführte Regime zu einem effektiven und scheinbar risikoarmen Instrument der Machtausübung entwickelt. Staaten wie Russland oder China, aber auch nichtstaatliche Akteure wie Terrororganisationen nutzen geschickt kostengünstige, kommerziell verfügbare neue Technologien, um ihre eigenen Ambitionen und Machtziele voranzutreiben. Diese Akteure integrieren zivilen und

militärischen Wettbewerb auf allen Ebenen, einschließlich in die Entwicklung ihres internationalen Handels, ihrer Investitionen, ihrer nationalen Technologiebasis sowie ihrer politischen und diplomatischen Aktivitäten. Die Herausforderungen betreffen nicht nur Großmächte, sondern alle – größere und kleinere Staaten, Unternehmen, Gesellschaften und Bürger*innen (Thiele 2023:13).

Im Wettbewerb der Großmächte hat Putin hybride Strategien stets dazu genutzt, den russischen Einflussbereich zu erweitern. In Russland lenkt der Präsident die Außenpolitik und sorgt dafür, dass die staatlichen Institutionen effektiv zusammenarbeiten (Seidt 2020:1f). Der russische Präsident steht an der Spitze des außen- und sicherheitspolitischen Machtzentrums des Staates, dem russischen Sicherheitsrat. Der Generalstabschef der russischen Streitkräfte ist Mitglied dieses Rates, seit November 2012 bekleidet Waleri Gerassimow diese Position. Er war unter anderem für die operative Planung der Annexion der Krym im Jahr 2014 verantwortlich. Seine jährliche Grundsatzrede vor der Generalversammlung der Akademie der Militärwissenschaften ist für die militärische Führung ähnlich bedeutsam wie die politische Ansprache des Präsidenten zur Lage der Nation (Seidt 2020:4).

Der russische Generalstabschef Valery Gerasimov gilt als geistiger Vater des Konzepts der hybriden Kriegsführung. Bereits 2013 betonte er, dass Aufstände und interne Konflikte als Initialzündungen für hybride Kriege dienen können. Im Januar 2013, kurz nach seiner Ernennung durch Präsident Putin, hielt Gerassimow eine erste wichtige Grundsatzrede vor der Generalversammlung der Akademie der Militärwissenschaften. Er sprach zu Vertreter*innen der Regierung und der Militärführung und erläuterte seine Sicht auf die Majdan-Revolution in der Ukraine. Gerassimow beschrieb den Krieg im 21. Jahrhundert als einen multidimensionalen Konflikt, bei dem es darauf ankomme, den Gegner und die internationale Gemeinschaft durch Verschleierung der eigenen Fähigkeiten und Ziele zu täuschen (Abb.3). Gerassimow skizzierte die Bedrohungen, denen Russland aus Sicht der politischen Führung ausgesetzt sei. Er beschrieb eine komplexe Form der Kriegsführung, bei der ein Gegner seine verfügbaren Konfliktmethoden schnell eskalieren lassen kann.



[3]

Laut Gerassimow sei die Wirksamkeit hybrider Kriegsführung jener der bewaffneten Gewalt weit überlegen. Der Schwerpunkt der in der Konfrontation eingesetzten Methoden würde sich hin zu einem weit aufgestellten Einsatz politischer, wirtschaftlicher, medialer, humanitärer und anderer nichtmilitärischer Maßnahmen verlagern, die das Protestpotenzial und die Manipulierbarkeit der Bevölkerung ausnutzen würden. All diese Elemente könnten durch verdeckte militärische Maßnahmen einschließlich Aktionen von Spezialkräften ergänzt werden. Die offene Anwendung von Gewalt unter dem Deckmantel der Friedenssicherung und des Krisenmanagements sei nur ein Schritt in diesem Prozess, wenn dies für den Erfolg des Konflikts erforderlich sei (Gerassimow 2013).

Hybride Kriegsführung zeichnet sich durch ein breites Spektrum an militärischen, paramilitärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sowie durch den offensiven Einsatz von Informationstechnologie aus. Gerassimows konzeptionelle Überlegungen sind als „Gerassimow-Doktrin“ bekannt geworden. Die Anwendung dieser Doktrin ist in den Konflikten in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in der Ukraine zu beobachten. Aufgrund der enormen Fortschritte in der Informationstechnologie hat sich der Schwerpunkt der hybriden Kriegsführung in den letzten Jahren auf den Einsatz von Desinformationskampagnen und Cyberangriffen verlagert (Seidt 2020:5). Es gibt keine einheitliche Definition für hybride Kriegsführung, stattdessen existiert eine Vielzahl von

[3] Thiele 2023:40; Abb. 3.1

Begriffen, die ähnliche Phänomene beschreiben, wie „*Grey/Gray-Zone*“, „irreguläre Kriegsführung“ oder „*ambiguous warfare*“ (Berghofer 2023:107).

Die Bewertung von Bedrohungen muss im Lichte neuer Entwicklungen stetig überprüft werden, da erst die Kombination verschiedener Bedrohungsszenarien, die oftmals nicht gleich als solche identifiziert werden können, den hybriden Charakter ausmacht. Im Allgemeinen sind hybride Bedrohungen gekennzeichnet durch die Kombination von konventionellen und nicht-konventionellen, militärischen und nicht-militärischen, offenen und verdeckten Aktionen. In erster Linie soll Unklarheit über die Natur oder den Ursprung der Bedrohung geschaffen werden, um die Schwachstellen der Ziele zu identifizieren und auszunutzen sowie das Niveau des Angriffs unter der „Schwelle“ eines konventionellen Krieges zu halten (Andersson; Thardy 2015:2).

Das *European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats* (Hybrid CoE) in Helsinki, eine Internationale Organisation die eng mit der NATO und der EU kooperiert, betont einen weiteren wesentlichen Aspekt hybrider Bedrohungen: Hybride Aktionen sind durch ihre Mehrdeutigkeit (*ambiguity*) gekennzeichnet. Ein typisches Merkmal dieser Bedrohungen ist, dass sie oft unterhalb der Kriegsschwelle liegen und dabei die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischen. Nach der Definition des Hybrid CoE treten sie an der Schnittstelle zwischen Krieg und Frieden, interner und externer Sicherheit, lokaler und staatlicher Ebene sowie nationaler und internationaler Ebene auf. Die Unklarheit und Mehrdeutigkeit dieser Angriffe erschwert es zudem, die Verantwortlichen (sogenannte Attribution) zu identifizieren und angemessen zu reagieren (Berghofer 2023:109).

Die Nationale Militärstrategie der USA spricht erstmals in der Geschichte der US-amerikanischen Sicherheitsstrategien im Jahr 2015 von „hybriden Konflikten“. Diese können aus „Militärkräften bestehen, die eine nichtstaatliche Identität annehmen, wie Russland es auf der Krim getan hat … Hybride Konflikte können auch aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bestehen, die zusammen auf gemeinsame Ziele hinarbeiten und ein breites Spektrum von Waffen einsetzen, wie wir es in der Ostukraine erlebt haben. Hybride Konflikte dienen dazu, Mehrdeutigkeit zu erhöhen, die Entscheidungsfindung zu erschweren und die Koordinierung effektiver Reaktionen zu verlangsamen.“ Die UN sprechen von „asymmetrischen Bedrohungen“ (in Friedensoperationen), verwenden jedoch nicht den Begriff „hybrid“. Auch die Erklärung der NATO-Verteidigungsminister*innen vom 25. Juni 2015

spricht erstmals von „hybriden Bedrohungen“, für die „wir eine enge Koordination und Kohärenz mit den Bemühungen der EU auf diesem Gebiet anstreben werden“ (NATO 2015).

Laut der NATO-Website sind „Propaganda, Täuschung, Sabotage und andere nichtmilitärische Taktiken“ nicht erst in den letzten Jahrzehnten entstanden, doch die „Geschwindigkeit, das Ausmaß und die Intensität“ dieser Angriffe hätten zugenommen (NATO 2024). Die gezielte Beeinflussung staatlicher Interessen durch nicht-militärische Mittel verdeutlicht nicht nur eine neue Form der Machtausübung, sondern auch die Absicht von Staaten solche Methoden gezielt einzusetzen. Die NATO verwendete den Begriff „hybrid“ erstmals offiziell im Abschlussdokument des Gipfels in Wales im Jahr 2014, einem Treffen, das stark von der damaligen „Krise“ in der Ukraine geprägt war. Während die NATO in ihrem Strategischen Konzept von 2010 – zwei Jahre nach dem Georgienkrieg – noch eine „echte strategische Partnerschaft“ mit Russland betonte und die Gefahr eines konventionellen Angriffs auf NATO-Gebiet als gering einschätzte, änderte sich diese Wahrnehmung mit den russischen Aggressionen gegen die Ukraine. Seither sind hybride Bedrohungen ein zentraler Bestandteil der Bedrohungswahrnehmung der NATO und der europäischen Staaten.

Im NATO-Gipfeldokument von 2014 werden hybride Bedrohungen als „spezifische Herausforderungen“ beschrieben, die eine breite Palette offener und verdeckter militärischer, paramilitärischer und ziviler Mittel in einem hochgradig integrierten Ansatz umfassen (NATO 2014). Dies entspricht den von Hoffman beschriebenen Kriterium der Multidimensionalität (Hoffman 2009:1). Die NATO definiert hybride Strategien als komplexe und langfristige Vorgehensweisen, die durch die gleichzeitige und vernetzte Anwendung verschiedener Methoden und Aktivitäten die Destabilisierung des Gegners auf unterschiedlichen Ebenen zum Ziel haben. Die *Brussels Declaration on Transatlantic Security and Solidarity* (NATO) von 2018 konkretisiert, dass Russland die euro-atlantische Sicherheit und Stabilität durch hybride Aktivitäten bedroht, insbesondere durch versuchte Wahlbeeinflussung, umfangreiche Desinformationskampagnen und schädliche Cyber-Aktivitäten (NATO 2018).

Im neuen Strategischen Konzept von 2022 wird weiter ausgeführt, dass „autoritäre Akteure“ schädliche Aktivitäten im Cyberraum und Weltraum durchführen, Desinformationskampagnen verbreiten, Migration instrumentalisieren, die Energieversorgung manipulieren und wirtschaftlichen Druck aufbauen (NATO 2022). Diese Akteure würden sich laut dem strategischen Konzept bewusst bemühen, multilaterale Normen und Institutionen zu untergraben und ein autoritäres Regierungsmodell zu verbreiten. Zu berücksichtigen ist, dass

jede dieser Aktivitäten für sich genommen noch keine hybride Bedrohung darstellt, erst die Kombination aus unterschiedlichen Methoden und die synchrone Anwendung in einem Konflikt machen sie zum Bestandteil der hybriden Strategie. In der *Brussels Declaration on Transatlantic Security and Solidarity* 2018 (NATO) zählen auch Migration und Energieversorgung zu den Bereichen, in denen hybride Mittel eingesetzt werden können. Die Beschreibung der Bandbreite hybrider Aktivitäten konzentrierte sich im Jahr 2014 noch auf Methoden des Informationskriegs, diplomatischer Instrumente oder dem Erstellen falscher Websites (Berghofer 2023:109). Dadurch wird deutlich, dass sich das Repertoire an hybriden Aktivitäten seit 2014 stetig erweitert hat.

Wie bereits in Kapitel 2.1 erwähnt, legt der Strategische Kompass 2022 einen Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU bis 2030 fest. Einer der bedeutendsten Aspekte der EU-Sicherheitspolitik – nicht zuletzt, weil Desinformation die Stabilität der europäischen Demokratien gefährdet – ist die Entwicklung eines Werkzeugs zur Bekämpfung von Manipulation und Einmischung durch ausländische Informationen (*Foreign Information Manipulation and Interference* – FIMI). Die EU ergänzt die Liste der Aktivitäten, die als hybride Bedrohungen gelten, außerdem um den Begriff „*Lawfare*“. Dieser Begriff setzt sich aus den englischen Wörtern „*law/legal*“ und „*warfare*“ zusammen und bezeichnet die „Instrumentalisierung des Rechts zur Verfolgung politischer Interessen, auch unter Einsatz militärischer Mittel“. Im Zusammenhang mit Russland, ist „*Lawfare*“ ein weiteres Instrument im hybriden Arsenal des Kremls, das insbesondere in den ukrainischen Regionen Donbas und Krym sowie in eingefrorenen Konflikten in Transnistrien, Südossetien und Bergkarabach eingesetzt wird (Berghofer 2023:109).

Innerhalb der EU werden hybride Akteure allerdings immer noch unterschiedlich bewertet. Während sich einige Sicherheitsstrategien, wie jene von Tschechien und die Nationale Sicherheitsstrategie von Kroatien eher bedeckt halten, was die explizite Benennung der Urheber hybrider Bedrohungen betrifft, sind die öffentlich zugänglichen Jahresberichte der baltischen Sicherheitsbehörden deutlich offener. Diese Berichte fokussieren sich nicht nur auf russische Aktivitäten, sondern erwähnen auch die hybriden Taktiken der belarussischen Regierung und deren Zusammenarbeit mit Russland. Besonders hervorzuheben ist dabei die Nutzung irregulärer Migrant*innen an der polnisch-belarussischen Grenze durch das Lukaschenko-Regime. Der estnische Auslandsnachrichtendienst warnt vor „Lukaschenkos hybridem Krieg gegen den Westen“ (Berghofer 2023:111).

Der lettische Nachrichtendienst VDD stellte fest: „Seit Ende letzten Jahres [Ende 2021] sieht sich der Westen, einschließlich Lettland, verstärkt hybriden Aktivitäten aus Russland gegenüber. Diese umfassen eine wachsende Bedrohung durch Geheimdienst- und Sicherheitsbehörden sowie andere nichtmilitärische Einflussnahmen, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung zugunsten Russlands imperialistischer Ziele zu beeinflussen.“ In Bezug auf Belarus führt der VDD-Bericht weiter aus: „Lettland, Litauen und Polen sahen sich mit einer beispiellosen hybriden Attacke konfrontiert, die vom belarussischen Territorium ausging.“ Zudem kritisiert die nationale Bedrohungsanalyse der litauischen Geheimdienste Russland Strategie der „*legal warfare*“ gegen drei litauische Richter, deren Verurteilung in Abwesenheit als ein Mittel des Kremls betrachtet wird, um historische Narrative zu seinen Gunsten zu beeinflussen (zit. aus Berghofer 2023:111).

Das breite Spektrum an hybriden Taktiken moderner Kriegsführung sowie hybrider Bedrohungen kann in dieser Arbeit nicht abgedeckt werden, deshalb werde ich den Bereich von Desinformation im Kontext des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine darstellen. Anhand der Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT sowie konkreter Beispiele der Manipulation und Einmischung durch ausländische Informationen (FIMI), werde ich die Bedeutung dieser Form der hybriden Bedrohung für die Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik erläutern. Die Bedeutung des Begriffs „Propaganda“ hat sich im Laufe der Zeit stark verändert. Auch ihre Formen wandeln sich, dies ist besonders gut am Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu beobachten. Ein Novum in der Geschichte der Propaganda ist der sogenannte Informationskrieg, der seit 2014 tobt. In Ausführung der Gerassimow-Doktrin wurde diese Taktiken bereits bei der Krym Eroberung angewandt.

Laut der New York Times handelt es sich dabei um den ersten „TikTok-Krieg“ der Geschichte (Frenkel 2022). Zum ersten Mal hat nicht das Fernsehen die Deutungshoheit, wie noch im Jugoslawien- oder Syrienkrieg, sondern die sozialen Medien sind die primäre Informationsquelle. Erst danach folgen die traditionellen Medien. Insgesamt hat *NewsGuard* festgestellt, dass es im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg etwa 400 Desinformationswebsites gibt, die gezielt Desinformation im Westen verbreiten. Desinformationen und *Fake News* unterscheiden sich von herkömmlicher Propaganda. Während Propaganda zu 90 % aus zutreffenden Fakten besteht, die mit falschen Informationen vermischt und durch das Weglassen bestimmter Fakten verzerrt werden, sind *Fake News* komplett erfunden (NewsGuard 2024).

Der Unterschied zwischen Desinformation und Missinformation besteht hingegen in dem überzeugten Glauben an irreführende oder falsche Informationen und der eigennützigen Absicht des Bedrohungsakteurs. Forscher*innen haben typischerweise täuschendes oder manipulierendes Verhalten (zum Beispiel in Form des Nachahmens bekannter Nachrichtenquellen) herangezogen, um zwischen Fällen von Desinformation und Missinformation zu unterscheiden. Die FIMI-Definition unterstreicht diese Forschungspraxis, indem sie aufzeigt, dass die absichtliche Manipulation der Informationsumgebung (Desinformation) und das Teilen von ernsthaft vertretenen, aber nachweislich falschen oder irreführenden Überzeugungen (Missinformation) zwei verschiedene Probleme darstellt, die unterschiedliche konzeptionelle und politische Antworten in Bezug auf Effektivität und Angemessenheit erfordern (EEAS 2023:25).

Die Einmischung durch ausländische Informationen (*Foreign Information Manipulation and Interference* – FIMI) überschneidet sich teilweise mit dem Begriff der Desinformation, ist aber gleichzeitig enger und weiter gefasst. FIMI ist enger gefasst, weil sich der Begriff nur auf Informationsmanipulationen durch Akteure bezieht, die aus der EU und ihren Mitgliedstaaten stammen und somit nicht auf inländische Quellen anwendbar ist. Er ist weiter gefasst, insofern er nicht erfordert, dass die von Bedrohungsakteuren verbreiteten Informationen nachweislich falsch oder irreführend sind. Der entscheidende Faktor dafür, ob etwas als FIMI betrachtet werden kann ist nicht der Inhalt, der falsch oder irreführend ist, sondern ein täuschendes oder manipulierendes Verhalten, was FIMI breiter macht als die klassische Definition von Desinformation (EEAS 2023:25).

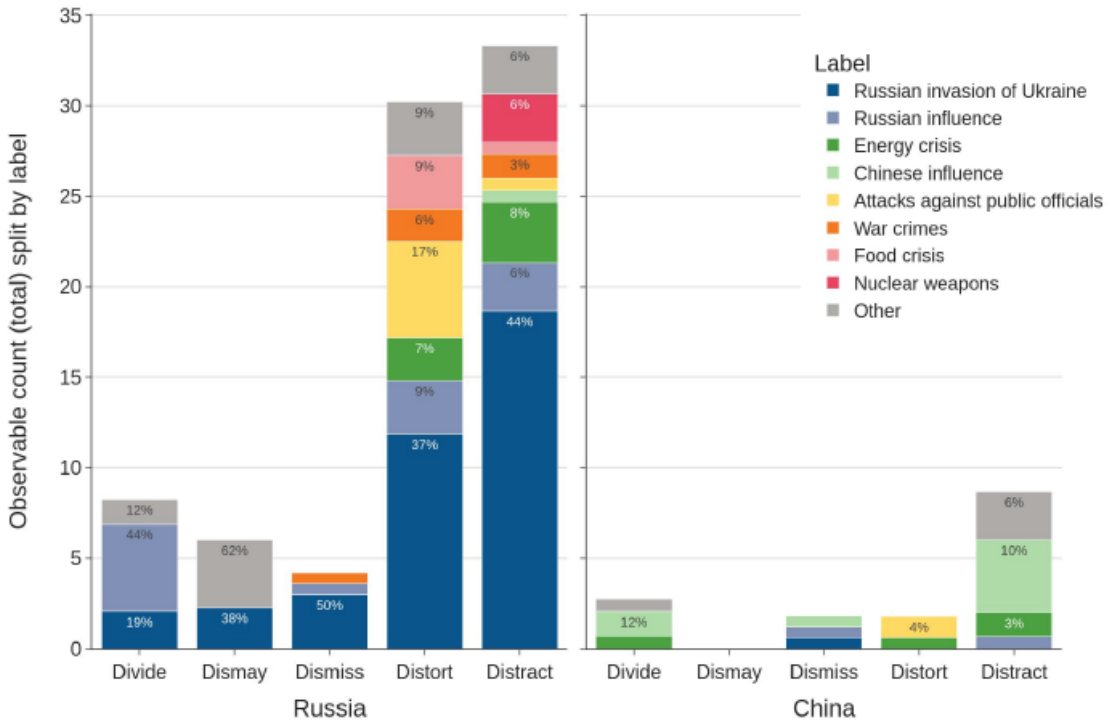
Manipulation und Einmischung durch ausländische Informationen beschreibt ein größtenteils legales Verhaltensmuster das demokratische und pluralistische Werte sowie politische Prozesse bedroht oder negativ beeinflussen kann. Solche Aktivitäten sind manipulativer Natur und werden absichtlich und koordiniert durchgeführt. Die Akteure solcher Aktivitäten können staatliche oder nichtstaatliche Akteure sein, einschließlich deren Ableger innerhalb und außerhalb des eigenen Territoriums (EEAS 2023:25). Am 3. Dezember 2020 hat die EK ihren Aktionsplan für Demokratie vorgestellt, der einerseits den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024 ergänzen sowie andererseits FIMI bekämpfen soll. Der Aktionsplan schlägt Maßnahmen vor, um freie und faire Wahlen zu fördern, die Medienfreiheit zu stärken und Desinformation zu bekämpfen.

In dem Aktionsplan wird ein „Gemeinsamer Rahmen und eine Methodik für die systematische Sammlung von Daten über FIMI-Vorfälle“ vorgeschlagen, der als Orientierung für die Umsetzung des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung 2022 dienen soll. Um das zu bewerkstelligen soll „ein geeigneter Mechanismus zur systematischen Erfassung von Daten über Vorfälle [der Manipulation und Störung durch ausländische Informationsbeeinflussung] geschaffen werden, der durch einen speziellen Datenraum unterstützt wird“. Ein solcher Datenraum soll „unsere Fähigkeit stärken, die Bedrohung zu erkennen, zu analysieren und darauf zu reagieren“ (EK 2020b:2). Zur Umsetzung dieses Vorhabens wurden 2022 und 2023 die ersten „*EEAS-Reports on Foreign Information Manipulation and Interference Threats*“ vorgestellt.

Die erste Ausgabe des Berichts über Bedrohungen durch FIMI wurde durch die Arbeit der *Stratcom*-Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) im Jahr 2022 erarbeitet. Es handelt sich um den ersten Bericht dieser Art, dabei wird ein neuartiger Rahmen angewendet, der vom EEAS auf der Grundlage von *Best Practices* der FIMI-Verteidigungsgemeinschaft entwickelt wurde. Die Analyse des Berichts bezieht sich auf eine erste Stichprobe von 100 FIMI-Vorfällen, die zwischen Oktober und Dezember 2022 entdeckt und analysiert wurden. Er soll keinen umfassenden Überblick über FIMI im Allgemeinen oder über einen bestimmten Akteur geben, sondern zeigen, wie bestehende Analyse durch neue Ansätze (im Folgenden anhand der 5D-Klassifikation) verbessert werden können. Der Bericht behandelt Russland und China als FIMI-Akteure und hat nur jene FIMI-Vorfälle einbezogen, bei denen zugeordnete digitale Medienkanäle eine bedeutende Rolle beim Verbreiten, Weiterleiten oder Verstärken von Inhalten spielten. Russland war in 88 Fällen beteiligt, während offizielle chinesische Kanäle in 17 Fällen aktiv waren (EEAS 2023:13).

Um herauszufinden, was ein Bedrohungsakteur mit seiner FIMI-Aktivität erreichen will und um mögliche Muster zu identifizieren, ordnet der Bericht jedem analysierten FIMI-Vorfall vermutete Ziele zu. Dies erfolgt, um zu beurteilen, ob und wie Bedrohungsakteure ihre Manipulationstechniken anpassen – je nachdem, was ihre Aktivitäten motiviert. Das vermutete Ziel basiert auf der Analyse der beobachtbaren Merkmale, der TTPs sowie des geförderten Inhalts. Dafür wurde die 5D-Klassifikation (*Dismiss, Distort, Distract, Dismay, Divide*) verwendet, die fünf vermutete Ziele definiert: *Dismiss* (Zurückweisung von Kritik, Leugnung von Anschuldigungen, Verunglimpfung der Quellen); *Distort* (Veränderung der Darstellung, Verdrehung der Erzählung); *Distract* (Verschiebung der Aufmerksamkeit auf einen anderen

Akteur oder eine andere Erzählung, Verschiebung der Schuld); *Dismay* (Bedrohung oder Einschüchterung der Gegner); *Divide* (Erzeugung von Konflikten und Spaltungen innerhalb oder zwischen Gemeinschaften und Gruppen) (EEAS 2023:9).



4

Die Grafik (Abb. 4) veranschaulicht die Gesamtanzahl der Vorfälle pro Akteur gemäß den vermuteten Zielen (5D) je Thema (Label) und zeigt deutlich, dass Russland weitaus mehr FIMI-Aktivitäten durchführt als China. Bei Vorfällen, die von Kanälen ausgeführt wurden, die mit Russland in Verbindung stehen, waren 42 % dazu bestimmt abzulenken. Die große Mehrheit der Vorfälle wurde im Kontext der russischen Invasion in der Ukraine verwendet, um die Aufmerksamkeit auf einen anderen Akteur- eine andere Erzählung zu lenken oder die Schuld zu verschieben (namentlich auf die Ukraine oder die EU). Weitere 35 % zielten darauf ab, die Erzählungen rund um die russische Invasion in der Ukraine zu verdrehen sowie Angriffe gegen die ukrainische Regierung und EU-Beamt*innen und -Institutionen (wie den HV Josep Borrell oder der Präsidentin der EK Ursula von der Leyen) durchzuführen. Alle Vorfälle im Zusammenhang mit der Energiekrise waren ebenfalls mit diesen beiden Zielen verknüpft. Russland nutzte das Ziel „*Divide*“ in Vorfällen, die die angebliche Russophobie des Westens hervorheben oder den weltweiten Einfluss Russland fördern sollen, um Konflikte zu erzeugen und Spaltungen innerhalb oder zwischen Gemeinschaften und Gruppen zu vertiefen. Die am

[4] EEAS 2023:13

stärksten angegriffenen Einheiten durch diese Vorfälle waren die Regierung des Kosovos (im Kontext der Spannungen mit Serbien) und Polen (EEAS 2023:13f).

Bezüglich der am häufigsten verwendeten TTPs legten Bedrohungsakteure besonderen Wert auf die Produktion und Herstellung von Inhalten. Die Entwicklung von bildbasierten und videobasierten Inhalten waren die beiden am häufigsten eingesetzten Techniken. Darüber hinaus war die Nutzung formeller diplomatischer Kanäle zur Verbreitung von Inhalten die am häufigsten verwendete Technik, um Inhalte an die Online-Zielgruppen zu richten. Um die Reichweite der Operationen zu maximieren, wurde die Verbreitung der Inhalte durch *Cross-Postings* über verschiedene Gruppen und Plattformen hinweg verstärkt. Gefälschte bild- und videobasierte Inhalte werden verwendet, um das Ansehen oder die Handlungsfähigkeit der Gegner zu schädigen und glaubwürdige Quellen zu diskreditieren. Formelle diplomatische Kanäle werden hingegen genutzt, um glaubwürdige Quellen zu diskreditieren; um bild- und textbasierte Inhalte zu verbreiten; um Fakten durch Umdeutung des Kontextes von Ereignissen zu verzerren und um Gegner zu schwächen. Im Fall von Russland könnte ein möglicher Grund für die verstärkte Nutzung diplomatischer *Accounts* eine Folge der Sanktionen gegen russische, staatlich kontrollierte Kanäle mit ehemals großer Reichweite in der EU sein (EEAS 2023:14).

Ein kurzer Blick auf jene Fälle, in denen sich russische Akteure als legitime, vertrauenswürdige Personen des öffentlichen Lebens oder Institutionen ausgeben, zeigt, dass niemand vor dem Missbrauch seiner Identität geschützt ist. Bedrohungsakteure nutzen Nachahmung, um ihren Nachrichten mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen und um Zielgruppen zu erreichen und zu beeinflussen, die den Nachgeahmten vertrauen. Alle sechs Vorfälle, die Fälle von Nachahmung dokumentieren, standen in Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine. Am häufigsten wurden Medienunternehmen nachgeahmt, europäische Institutionen und Politiker*innen waren die zweithäufigsten nachgeahmten Entitäten (zwei Vorfälle). Ein animiertes Video, das die angeblichen Nachteile eines NATO-Beitritts der Ukraine auflistete und mit einer KI-generierten Stimme erstellt worden ist, wurde als offizielles Video des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs präsentiert. Außerdem nutzte ein falsches Konto auf Facebook den Namen und die persönlichen Informationen des ehemaligen Vorsitzenden des Lubliner Stadtrats (Polen), um einen Beitrag über die Raketenexplosion in Przewodów zu veröffentlichen. Laut vorläufigen Untersuchungen schien ein Russland zugeschriebener Kanal der ursprüngliche Veröffentlicher des Videos zu sein, das *Euronews*

nachahmte. Die restlichen Fälle wurden von nicht zugeschriebenen Kanälen in der russischen FIMI-Infosphäre veröffentlicht (EEAS 2023:17f).

Der Inhalt wurde schnell von Kanälen aufgegriffen und verstärkt, die russischen staatlichen Strukturen zugeschrieben werden können, wie staatlich verknüpfte oder staatlich kontrollierte Medien. Die Analyse der in FIMI-Aktivitäten verbreiteten Inhalte ist ein wesentlicher Bestandteil der Untersuchung. Der Inhalt des Vorfalls liefert Details zu den verwendeten Erzählungen, dem soziopolitischen Kontext, in dem der Vorfall stattfindet, und den bevorzugten Inhaltsformaten. Eilmeldungen und Ereignisse von regionaler und globaler Bedeutung sind bevorzugte Ziele für FIMI. Solche Ereignisse ziehen die Aufmerksamkeit der Medien auf sich und sind oft von unklaren und unvollständigen Informationen umgeben, was es Bedrohungsakteuren erleichtert, ihre Botschaften einzuschleusen. Häufig initiieren Bedrohungsakteure FIMI-Vorfälle, um die Berichterstattung über solche Ereignisse zu beeinflussen oder sie für ihre eigenen Ziele zu nutzen. FIMI-Vorfälle können sowohl nach dem Eintreten eines Ereignisses auftreten als auch im Vorfeld, um die bevorstehenden Ereignisse zu beeinflussen (EEAS 2023:17).

Das häufigste Narrativ in den analysierten Vorfällen war die Behauptung, der Westen sei der Aggressor gegenüber Russland. Russland verteidige nur, was Russland rechtmäßig zustehe. Russland habe das Ziel bereits erreicht, nicht von der Ukraine und der NATO überfallen zu werden, denn die Ukraine sei ein westliches Protektorat und führe Anweisungen aus Washington aus. Dieses Narrativ stellt den Westen als antagonistisch gegenüber Russland dar, der die Ukraine bewusst in den Krieg treiben würde, damit die westlichen Eliten davon profitieren könnten. Der Westen würde den Krieg befürworten, Russland sei die einzige Alternative zur westlichen Hegemonie. Damit eng verbunden ist die völkische Erzählung von Alexander Dugins „Eurasiens“. Der russische Philosoph und Publizist Alexander Dugin verfolgt seit den frühen 1990er Jahren eine neo-eurasische Ideologie und hat damit eine faschistische Sicht auf die Eurasische Union entwickelt (Wiederkehr 2004:127). Dabei ist der klassische Eurasismus nur eine von vielen Quellen seiner vielseitigen Gedankenwelt.

Dugin kombiniert das kulturelle Konzept von Trubezkoi und Savitzki mit Elementen der modernen westlichen Geopolitik. Er bezieht sich unter anderem auf Vertreter der Neuen Rechten in Westeuropa wie Jean-François Thiriart und Alain de Benoist, die Traditionalisten René Guénon und Julius Evola sowie Vertreter*innen der konservativen Revolution wie Carl

Schmitt sowie den Geopolitiker Karl Haushofer und Mackinder (Wiederkehr 2004:127). Dugin spricht in seinen Werken von einem naturgegebenen, unausweichlichen Antagonismus zwischen dem Wertesystems des Westens (Meeres) und jenes Russland (Festland). Er unterstreicht damit Putins Weltbild: Weil sich der Westen von den traditionellen Werten abgewandt habe, seien Frieden und Stabilität in der Gesellschaft gefährdet (Quiring 2022:82).

Die Aufgabe Russlands sei es, in dieser Situation eine historische Verantwortung zu übernehmen und wieder Normalität in das Chaos zu bringen: durch Sittlichkeit und Moral, um das menschliche Zusammenleben in der Welt auf den Grundlagen traditioneller russischer Werte zu sichern (Quiring 2022:82). Nach dem erzwungenen Rückzug aus Kiew, Kherson und Kharkiv ist von russischer Seite verbreitet worden, dass die ukrainische Gegenoffensive 2023 insignifikant und erfolglos gewesen sei und die Ukraine bereits nahezu alle Streitkräfte verloren habe. Dieses Narrativ wurde in 17 Vorfällen beobachtet. Das Narrativ „Die Ukraine ist der Aggressor gegenüber Russland“ wurde in 15 Vorfällen beobachtet. Genanntes Narrativ stellt die Ukraine fälschlicherweise als Aggressor dar, der den Krieg provoziert und gewollt habe, Gräueltaten, Kriegsverbrechen und Völkermord begehe und chemische oder nukleare Angriffe durchführe oder plane (EEAS 2023:19f).

Das Narrativ „Die Sanktionen gegen Russland haben für den Westen negative Folgen“, das die angeblichen negativen Konsequenzen der Sanktionen für westliche und andere Länder hervorhebt, mit besonderem Fokus auf die Lebensmittel- und Energiekrise sowie die Inflation, tauchte in 15 Vorfällen auf. Diese Narrativgruppe beinhaltet auch Botschaften, die behaupten, dass die aktuellen Krisen durch die westlichen Länder und deren Sanktionen verursacht worden seien. Das vierthäufigste Narrativ „Der Westen ist heuchlerisch“ ist gleichzeitig auch in allen anderen Botschaften integriert. Die westlichen Eliten würden fundamentale Rechte missbrauchen, Urheber von Desinformationskampagnen sein sowie korrupt, kolonialistisch, russophob oder sinophob, wurde 14-mal beobachtet. Das fünfthäufigste Narrativ „Die Ukraine ist ein Nazi- und Terrorstaat“, das die falsche Behauptung enthält, die Ukraine wäre ein Nazi- und/oder Terrorstaat, erschien in 11 Vorfällen (EEAS 2023:20).

Die Akteure bestehen aus affiliierten Medien und „Militärbloggern“, letztere operieren außerhalb der offiziellen Staatsquellen. Ihre teilweise Kritik an militärischem Versagen werde toleriert, da die Haltung insgesamt klar für den Krieg ist. Für die Verbreitung der russischen Narrativen an ausländisches Publikum werden alternative Kanäle und Plattformen gewählt, da

zahlreiche russische Kanäle von westlichen Plattformen gebannt worden sind. Bedrohungsakteure, die offizielle oder staatlich kontrollierte Kommunikationskanäle nutzen, wählen die geeignetsten Plattformen aus, um maximale Reichweite ihrer FIMI-Operationen bei den gewünschten Zielgruppen zu generieren. Dabei bewerten sie die Benutzerfreundlichkeit und Eignung der Plattformen, einschließlich des Potenzials zur Ausnutzung von Algorithmen, der Praktiken zur Inhaltsmoderation und der Nutzungsbedingungen, um die passendste Infrastruktur für den Einsatz ihres Arsenals an Taktiken, Techniken und Verfahren (TTPs) auszuwählen (EEAS 2023:20).

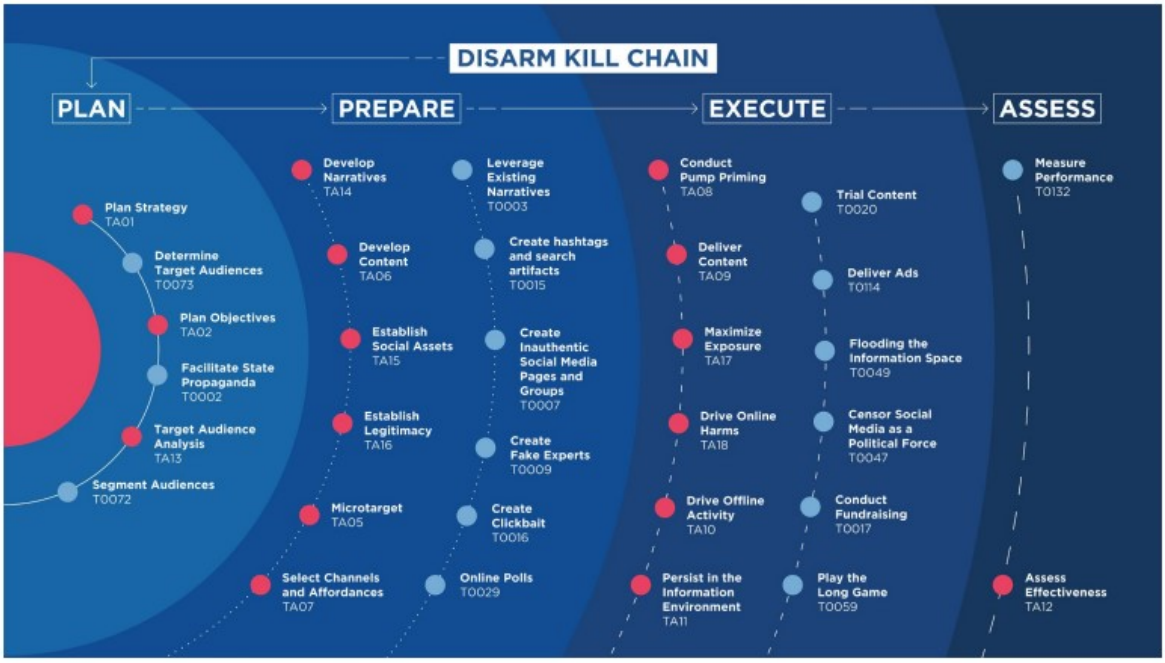
93 % der beobachteten Inhalte wurden auf *Social-Media*-Plattformen und *Websites* veröffentlicht. *Social-Media*-Plattformen wie *Telegram, Twitter* und *Facebook* sind die meistgenutzten Kanäle zur Verbreitung von Inhalten in den Stichproben des Berichts (63 %). 30 % der Vorfälle nutzten *Websites* (Nachrichtenseiten oder *Websites* öffentlicher Stellen). Der Rest der beobachteten Inhalte wurde auf *Video-Sharing*-Plattformen (wie *YouTube, Rutube, Douyin, Odysee, TikTok, Vimeo* und *Snapchat*), Diskussionsforen (*Reddit* und *Quora*), Blogging- und Veröffentlichungsplattformen (*WordPress, Medium, LiveJournal* und *Telegra.ph*), *Content*-Aggregatoren, *Foto-Sharing*-Plattformen (*Instagram*) und Archivierungsplattformen entdeckt. Die Leichtigkeit, mit der Inhalte über soziale Medien oder Netzwerke von (nicht authentischen) *Websites* repliziert werden können, ist besonders relevant angesichts der Feststellung, dass älteres Material (von beobachteten Inhalten) häufig in zukünftigen Vorfällen wiederverwendet wird (EEAS 2023:22).

5

[5] EEAS 2023:23

Für jeden Vorfall wurde auch das angegriffene Ziel erfasst, der Bericht unterscheidet zwischen Ländern, Einzelpersonen oder Organisationen. In einigen Fällen konnte keine Zielentität identifiziert werden, während in anderen Fällen mehrere Ziele verzeichnet wurden. Insgesamt wurden 77 Ziele, 185-mal ins Visier genommen. Unter den Zielen befanden sich sechs Länder, 23 Einzelpersonen und 48 Organisationen. Wie bereits unter den „vermuteten Zielen“ (5D) beschrieben, versuchen Bedrohungsakteure die Aufmerksamkeit auf andere Akteure zu lenken, ihre Feinde zu beschuldigen oder Kritik zurückzuweisen. Daher sind Organisationen, die von russischen und chinesischen Akteuren für den Konflikt in der Ukraine verantwortlich gemacht werden, eine der am stärksten von Vorfällen betroffenen Ziele (Abb. 5).

Die Ukraine war insgesamt 33-mal das Hauptziel direkter Einflussnahme. Die EU wurde 15-mal angegriffen (8 %), der HV der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und die USA jeweils 11-mal (6 %), während die Streitkräfte der Ukraine 10-mal (5 %) angegriffen wurden. Länder wurden als Ziele kodiert, wenn repräsentative Vertreter*innen oder Organisationen angegriffen wurden. Weitere identifizierte Ziele waren Internationale und zwischenstaatliche Organisationen, namentlich die NATO und die UN. Bei den Einzelpersonen gehören führende EU-Persönlichkeiten, wie der HV der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell, der Präsident des ER Charles Michel und die Präsidentin der EK Ursula Von der Leyen sowie Staatsoberhäupter wie der ukrainische Präsident Volodymyr Zelens′kyj und die moldauische Präsidentin Maia Sandu, zu den am häufigsten angegriffenen Zielen (EEAS 2023:24).



6

[6] EEAS 2023:29

Um gegen versuchte Einflussnahmen und verbreitete Narrative vorzugehen, hat die EU eigene Methoden und Instrumente entwickelt. Ein Akteur, der die Informationsumgebung manipulieren möchte, muss eine Reihe von Schritten befolgen, um seinen Angriff durchzuführen. Jeder Akteur kann aus einer Vielzahl verschiedener Techniken pro Taktik wählen, um den jeweiligen Planungsschritt abzuschließen (Abb. 6 *Plan*). Um bestimmte Behauptungen zu legitimieren, kompromittieren einige Akteure vertrauenswürdige, echte Konten; während andere die Nachahmung offizieller Informationsquellen bevorzugen. Dies sind zwei verschiedene Techniken, um das gleiche taktische Ziel der Erhöhung der Glaubwürdigkeit einer Behauptung zu erreichen. Sobald dieser Schritt abgeschlossen ist, würden Bedrohungsakteure zum nächsten übergehen: Inhalte durch andere Techniken zu verstärken (Abb. 6 *Prepare*).

Das Verfahren des hybriden Angriffs besteht aus der Kombination aller Techniken in einem Angriff. Das Verständnis das Verhaltens eines Bedrohungsakteurs als einen Prozess anzusehen, der von der Planung über die Vorbereitung und Ausführung bis hin zur Bewertung reicht, wird als „*Kill Chain*“-Ansatz für FIMI und Desinformation bezeichnet. Dieser Name leitet sich davon ab, dass das Verhindern der Finalisierung eines Schritts in diesem Prozess den Angriff „töten“ würde. Der Ansatz baut auf Erfahrungen in der Cybersicherheit auf, bei denen durch forensische Analysen des Verhaltens von Bedrohungsakteuren über die gesamte Zeitachse ihres Angriffsversuchs, hilfreiche Schlüsse gezogen werden konnten. Systemische Schwachstellen können durch den *Kill Chain*-Ansatz besser verstanden- und das Eindringen in Computersysteme vermieden werden (EEAS 2023:25f).

Actor	*What kinds of actors are involved? This question can help establish, for example, whether the case involves a foreign state actor.*
Behaviour	*What activities are exhibited? This inquiry can help establish, for instance, evidence of coordination and intent.*
Content	*What kinds of content are being created and distributed? This line of questioning can help establish, for example, whether the information being deployed is deceptive.*
Degree	*What is the distribution of the content? Which audiences were targeted and reached?*
Effect	*What is the overall impact of the case and whom does it affect? This question can help establish the actual harms and severity of the case.*

7

[7] EEAS 2023:27

Das ABCDE-*Framework* (Abb. 7) ist hilfreich, um die wesentlichen Elemente von FIMI-Vorfällen zu analysieren. Für die ABCDE-Unterkategorien und Richtlinien zur Operationalisierung der Datenerhebung wurden gemeinsame Taxonomien erstellt. Um allgemeine Erkenntnisse über FIMI abzuleiten, kann eine solch umfassende qualitative Analyse über mehrere Vorfälle hinweg wiederholt werden, um akteursübergreifende Muster zu erkennen. Das Framework dient sowohl Ermittler*innen als auch Leser*innen als hilfreiche Stütze, um zu überprüfen, ob eine Analyse alle wichtigen Aspekte eines FIMI-Vorfalls abdeckt. Zweitens gibt es das DISARM-*Framework*, das eine unabhängige, gemeinschaftsorientierte und *Open-Source*-Taxonomie von TTPs darstellt, die von der *MisinfoSec*-Arbeitsgruppe der *Credibility Coalition* erstellt wurde. Dieses Framework überträgt Prinzipien der Informationssicherheit (*Infosec*) auf Desinformation – stellt also einen vielversprechenden Ansatz zur Operationalisierung des Konzepts des Verhaltens im ABCDE-*Framework* dar. Durch die beiden *Frameworks* (DISARM und ABCDE) konnte eine erste Reihe von Bedrohungsindikatoren und ein Datenformat erstellt werden, das zur Standardisierung von Informationen über das Verhalten und die Infrastruktur von Bedrohungsakteuren beiträgt (inspiriert durch die *Structured Threat Information Expression* (STIX) der Cybersicherheit) (EEAS 2023:27f).

Laut dem DISARM-*Framework* können in jeder Phase des Prozesses Bedrohungsakteure zwischen mehreren TTPs wählen, um ihren Angriff zu koordinieren. Wenn bestimmte Kombinationen von TTPs bzw. Verfahren für einen Angreifer erfolgreich waren und ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis bieten, werden sie wahrscheinlich dieselben Kombinationen erneut verwenden, es sei denn, bestimmte TTPs werden kostspieliger oder nicht mehr durchführbar. Das Wiederverwenden von TTP-Kombinationen kann die Attribution von Angriffen erleichtern, indem es einen „verhaltensbezogenen Fingerabdruck“ des Bedrohungsakteurs kreiert. Das frühzeitige Erkennen und Unterbrechen von TTPs in der *Kill Chain* ist eines der Hauptziele der systematischen Analyse des Verhaltens über mehrere Vorfälle hinweg, um die verfügbaren Möglichkeiten zur Abwehr eines Angriffs zu erweitern (EEAS 2023:29f). Ein gemeinsames Datenformat für den Austausch von Bedrohungsinformationen ist daher grundlegend für eine vernetzte Zusammenarbeit in großem Maßstab.

Unter Berücksichtigung dieser Parameter begann der EAD, FIMI-Vorfälle im *Structured Threat Information Expression* (STIX)-Format zu codieren. STIX ist eine strukturierte Sprache zur Beschreibung von Cyber-Bedrohungsinformationen, damit diese auf konsistente Weise

geteilt, gespeichert und analysiert werden können. Es handelt sich um ein *Open-Source-Framework*, das von der *Non-Profit*-Standardisierungsorganisation OASIS verwaltet und betrieben wird. Obwohl es für Cybersicherheitsvorfälle entwickelt wurde, deckt STIX bereits viele Elemente ab, die im FIMI-Kontext relevant sind. Darüber hinaus würde die Angleichung der Datenstandards beider Bereiche von einer regelmäßigen Überlappung zwischen *Cybersecurity*- und FIMI-Vorfällen profitieren, was die bereichsübergreifende Zusammenarbeit sowohl bei der Analyse als auch bei der Reaktion auf Bedrohungsaktivitäten fördern würde (EEAS 2023:30). Durch die Nutzung eines gemeinsamen Datenformats wie STIX kann die Effizienz und Effektivität der Zusammenarbeit in der Analyse und Reaktion auf Bedrohungsaktivitäten erheblich gesteigert werden.

Der EAD arbeitet derzeit mit den oben beschriebenen STIX-Objekten. Jedes STIX-Objekt hat verschiedene Eigenschaften wie Name, Beschreibung, Typ und Datum, um zusätzliche Informationen hinzuzufügen. STIX-Objekte können über Beziehungen miteinander verbunden werden, um Verbindungen ähnlich der normalen Sprache auszudrücken. Zum Beispiel hat das STIX-Objekt „*Threat Actor*“ die Beziehung „*targets*“ zum STIX-Objekt „*Location*“ (EEAS 2023:31). Der Vorteil FIMI-Vorfälle in diese grundlegenden Bausteine zu zerlegen, besteht darin, dass selbst Teilinformationen das Situationsbewusstsein erhöhen können. FIMI-Akteure könnten durch ein neu entdecktes Narrativ oder eine neue Technik besser zugeordnet und als solche erkannt werden. Dies ermöglicht auch eine Spezialisierung innerhalb der FIMI-Verteidigungsgemeinschaft, bei der sich IT-Expert*innen darauf konzentrieren können, eine kontinuierlich aktualisierte Liste von Narrativen zu überwachen, um TTPs schneller zu erkennen.

Die Erfahrungen, die der EAD seit 2015 in der Analyse und im Austausch von Informationen über FIMI gesammelt hat, flossen in diesen ersten Bericht über *Foreign Information Manipulation and Interference* (FIMI) ein. Im Einklang mit der Priorität des EAD, FIMI mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu bekämpfen, plädiert der Bericht nachdrücklich für einen kollaborativen und gemeinschaftsorientierten Ansatz, der es jedem Mitglied der FIMI-Verteidigungsgemeinschaft ermöglicht, seine Fähigkeiten, Erfahrungen und Perspektiven einzubringen. Gemeinschaftsgetriebene Taxonomien und Standards wie DISARM für FIMI-TTPs oder STIX für die Speicherung und den Austausch von Bedrohungsinformationen stehen bereits zur Verfügung und werden das kollektive Lernen und Handeln der EU-Mitgliedsstaaten erleichtern. Der Aufbau auf etablierten *Open-Source-Tools (*MISP oder OpenCTI) ermöglicht

die Nutzung und Entwicklung bewährter Praktiken und wird den Weg für weitere Innovationen in diesem Bereich erleichtern.

Dies stellt auch sicher, dass der Ansatz unabhängig von der Größe oder finanziellen Situation einer Organisation genutzt werden kann, was eine breite Akzeptanz auch durch *Think Tanks, Fact-Checking*-Organisationen oder NGOs ermöglicht. Natürlich setzt die EU auch andere wichtige Instrumente und Werkzeuge ein, um FIMI zu bekämpfen. Dazu gehören restriktive Maßnahmen, einschließlich derer, die gegen Russland als Reaktion auf die Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 verhängt wurden. Die Analyse der FIMI-Akteure durch den EAD hat den Weg für viele bereits ergriffene Maßnahmen geebnet, die in Ratsarbeitsgruppen wie der HWP ERCHT von den EU-Mitgliedsstaaten ausgearbeitet und letztendlich vom Rat beschlossen werden.

2.4.1 Bekämpfung von Desinformation durch die Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten (RAB) vom Mai 2015 forderte „in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen der EK, der Europäischen Verteidigungsagentur und in Absprache mit den EU-Mitgliedsstaaten bis Ende 2015 einen gemeinsamen Rahmen mit Vorschlägen zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen zu schaffen, um die Resilienz der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie ihrer Partner zu stärken“ (Rat der EU 2015). Laut dem EAD ist der erste wichtige Schritt eine „Verbesserung des Bewusstseins“ darüber, welche Arten hybrider Bedrohungen existieren und wie man sie erkennen kann. Ein Schlüsselelement davon ist die klare Definition dessen, was genau bekämpft werden soll, das heißt, wie sie sich „hybride“ von „nicht-hybriden“ Bedrohungen unterscheiden. Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen im Mai 2016 darauf verwiesen, dass eine Bedrohung, um von „hybrider“ Natur zu sein, das Produkt mehrerer unterschiedlicher Szenarien sein muss (Rat der EU 2016). Es ist daher die Mischung aus verschiedenen Methoden, die simultan eingesetzt werden, um das beabsichtigte Ziel zu bedrohen oder anzugreifen – konventionellen und unkonventionellen, militärischen und nicht-militärischen – die eine Bedrohung zu einer hybriden macht.

Durch die Verabschiedung zahlreicher Mandate des Rats seit dem Jahr 2016, die einen klaren Auftrag zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen und Desinformation erteilen, kam die Geschlossenheit der Mitgliedsstaaten im Bereich Erhöhung der EU-Kapazitäten als Sicherheitsgarant klar zum Ausdruck. Am 7. April 2016 wurde erstmals vom Rat ein

Gemeinsamer Rahmen zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen veröffentlicht. Er enthält 22 umzusetzende Vorschläge, um die Resilienz der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich hybrider Bedrohungen zu erhöhen (Rat der EU 2016). Am 25. Juni 2018 betonte der Rat in seinen Schlussfolgerungen, dass bezüglich der 22 Vorschläge umfassende und langfristige Arbeiten notwendig seien. Am 5. Dezember 2018 legten die EK und der EAD schließlich einen gemeinsamen Aktionsplan gegen Desinformation vor, der aus 10 Maßnahmen besteht, die in vier Säulen organisiert sind: I. Verbesserung der Fähigkeiten der Unionseinrichtungen zur Erkennung, Analyse und Aufdeckung von Desinformation. II. Stärkung koordinierter und gemeinsamer Reaktionen auf Desinformation. III. Mobilisierung des Privatsektors zur Bekämpfung von Desinformation. IV. Sensibilisierung und Verbesserung der gesellschaftlichen Resilienz (EK; EAD 2018:6).

Die Strategische Agenda für 2019-2024, die am 20. Juni 2019 angenommen wurde, fordert den Schutz der europäischen Gemeinschaft vor Cyberaktivitäten, hybriden Bedrohungen und Desinformation durch staatliche sowie nichtstaatliche Akteure. Die Bewältigung solcher Bedrohungen erfordere einen umfassenden gesamtgesellschaftlichen Ansatz, Desinformation sei laut der strategischen Agenda eine der größten Herausforderung für europäische Demokratien. Die EU müsse dieser Herausforderung glaubwürdig und konsequent begegnen, während sie gleichzeitig den europäischen Werten und Freiheiten treu bleibe. Desinformation würde das Vertrauen der Bürger*innen in die demokratischen Institutionen untergraben, die demokratischen Entscheidungsprozesse beeinträchtigen und zur Polarisierung der öffentlichen Meinung beitragen (Rat der EU 2019).

Im Super-Wahljahr 2024 wurden noch nie so viele Menschen weltweit zur Wahlurne gebeten. Der *Democracy Report* des schwedischen V-Dem Instituts untersucht jährlich den weltweiten Zustand von Demokratien. Demnach ist die Demokratie als politisches System in den letzten Jahren ins Wanken geraten: während 2012 noch 46 % der Weltbevölkerung in Autokratien gelebt haben, waren es 2022 bereits 72 %. Diese Zahl umfasst sowohl geschlossene Autokratien als auch Wahlautokratien (Democracy Report 2024:11). Eine aktuelle Analyse zeigt, dass etwa 5,5 Mrd. Menschen in autokratischen Ländern leben, wobei Wahlautokratien den größten Anteil ausmachen. Russland, die Türkei und Venezuela gehören ebenso wie Indien seit 2019 zu diesen Wahlautokratien. Die Anzahl der geschlossenen Autokratien ist in den letzten 10 Jahren von 25 auf 30 Länder gestiegen. Auch die Zahl jener, die in Demokratien leben, die sich in Richtung eines autokratischen Systems entwickeln, hat sich fast verneunfacht (Our World

Data 2023). Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Je weniger Vertrauen in ein politisches System gelegt wird, desto größer ist das Vertrauen in *Fake News* und Verschwörungstheorien. Zumindest im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich die Haltung der Bevölkerung zur Demokratie und dem politischen System grundlegend geändert. Einige Forschungen haben gezeigt, dass die Verbreitung von Desinformation einen Einfluss auf das Brexit-Referendum sowie den Sturm auf das Kapitol in den USA gehabt hat. Es wurden falsche und irreführende Informationen verbreitet, um die Wähler*innen für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zu gewinnen. Netzwerke von *Social-Media-Bots* und gezielte Desinformationskampagnen haben maßgeblich zur Beeinflussung der Abstimmung beigetragen (Bader 2019:4). Desinformation ist ein Instrument der Autokratie (innenpolitisch, aber nun auch vermehrt außenpolitisch), durch das Bürger*innen instrumentalisiert werden und das Vertrauen in demokratische Behörden ausgehöhlt werden soll.

Desinformation hat in den letzten Jahren einen ausgeprägten externen Charakter erhalten. Da die Bedrohungsszenarien komplex sowie vielfältig geworden sind und sich stetig weiterentwickeln, sind sie schwer allein von den EU-Mitgliedsstaaten zu bewältigen. Daher kam der Rat im Jahr 2019 zu dem Schluss, dass ein starker Bedarf an einer koordinierten Vorgehensweise der Mitgliedsstaaten zusammen mit den Institutionen der EU besteht. Die Themen im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen, einschließlich Desinformation, und der Stärkung der staatlichen und gesellschaftlichen Resilienz berühren grundsätzlich die Kompetenzbereiche mehrerer Ratsarbeitsgruppen und Ausschüsse. Bis 2019 hatte keine der zahlreichen Arbeitsgruppen die Verantwortung oder den Auftrag, einen kohärenten und umfassenden Ansatz zu entwickeln.

Am 20. Juni 2019 betonte der Rat in seinen Schlussfolgerungen, dass die EU eine koordinierte Reaktion auf hybride Bedrohungen wie Desinformation und Cyber-Bedrohungen sicherstellen und ihre Zusammenarbeit mit relevanten internationalen Akteuren stärken muss. Er forderte die EU-Institutionen gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten auf, die Informations- und Kommunikationsnetze der EU sowie ihre Entscheidungsprozesse besser vor hybriden Aktivitäten zu schützen. Dies sollte durch die Erarbeitung eines multidisziplinären Ansatzes ermöglicht werden, der sowohl kurzfristige als auch langfristige Reaktionen abdeckt (Rat der EU 20. Juni 2019:2). Der Rat kam in Folge zu dem Schluss, dass eine horizontale Arbeitsgruppe diesen Anforderungen am besten gerecht werden könne. Durch die Errichtung der Arbeitsgruppe würde sichergestellt, dass die vielschichtige und dynamische Natur hybrider

Bedrohungen berücksichtigt und keine Überschneidungen zwischen den Arbeitsgruppen oder Lücken entstehen würden.

Die Trio-Rats-Präsidentschaft aus dem Jahr 2019 (Rumänien, Finnland und Kroatien) hat die Einrichtung einer horizontalen Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die an den COREPER (*Comité des représentants permanents* – Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten) und den Rat, vor allem aber an den Rat für Allgemeine Angelegenheiten (unter Berücksichtigung seiner Rolle bei der Sicherstellung der Kohärenz in der Arbeit aller Ratsformationen), zu berichten hat. Vor diesem Hintergrund hat der COREPER eine horizontale Arbeitsgruppe zur Stärkung der Resilienz und zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen eingerichtet, die sogenannte *Horizontal Working Party on Enhancing Resilience and Combating Hybrid Threats* (HWP ERCHT).

Die HWP ERCHT kann sowohl in legislative als auch nicht-legislative Aktivitäten eingebunden werden und unterstützt die strategische und horizontale Koordinierung der im Errichtungsauftrag der EK festgelegten Ziele. „Ihr Hauptziel ist die Unterstützung der strategischen und horizontalen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich der Resilienz von Staat und Gesellschaft, die Verbesserung der strategischen Kommunikation und die Bekämpfung von Desinformation. Die bisherigen Arbeiten umfassen unter anderem Folgemaßnahmen zu den Untersuchungen über hybride Risiken sowie eine Betrachtung speziell zu hybriden Bedrohungen und Desinformation in den Partnerländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik.“ (EK 2020a:17). Die Tätigkeiten der horizontalen Arbeitsgruppe wurden in einem Jahresbericht der EK vorgestellt, der am 14. September 2020 im Rat der EU angenommen wurde. Im Jahresbericht heißt es, dass die Arbeitsgruppe zu einer schnelleren Erkennung von Desinformation, zur Prävention, Erhöhung der Bereitschaft der Mitgliedsstaaten sowie zu deren Resilienz- und Reaktionsfähigkeit beitragen soll (EK 2020a:17f). Des Weiteren wird sie eine Plattform und Möglichkeit zum Austausch von Informationen und *Best Practices* zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Institutionen bieten, im Idealfall sollen gemeinsame Übungen organisiert und abgehalten werden.

Eine wichtige Säule und Grundlage für die Arbeit der HWP ERCHT ist die EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen (HFC – *Hybrid Fusion Cell*), die innerhalb des *EU Intelligence and Situation Centre* (EU INTCEN) eingerichtet wurde und nach wie vor die wichtigste EU-Anlaufstelle für hybride Bedrohungsanalysen darstellt. Bisher hat die EU-Analyseeinheit mehr

als 180 schriftliche Berichte über hybride Bedrohungen erstellt. „Eines der HFC-Projekte ist die Analyse von Trends bei hybriden Bedrohungen, die Daten zu folgenden Themen liefert: wiederkehrende Analyse der hybriden Tätigkeiten neuer Akteure, gegen Mitgliedsstaaten, Institutionen, Partner und Interessen der EU gerichtete Aktivitäten der Auslandsaufklärung“ (Rat der EU 2020:18). Das *European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats* (Hybrid CoE) in Helsinki ist die zentrale europäische Forschungseinrichtung für den Bereich hybrider Bedrohungen und somit die zweite wichtige Säule der Arbeitsgrundlage für die HWP ERCHT. Sie stellt der Arbeitsgruppe regelmäßig Forschungsberichte und darauf basierende Expertise zur Verfügung. Das Hybrid CoE erstellt fundierte Analysen und koordiniert Schulungen und Übungen für die EU-Mitgliedsstaaten und NATO-Verbündeten; die durch die HWP ERCHT ausgeführt werden. Die EDMO (*European Digital Media Observatory*) ist ein weiterer wichtiger Akteur, der aktiv an der HWP ERCHT beteiligt ist, indem sie aktuelle Trendanalysen bereitstellt.

Horizontale Arbeitsweise bedeutet einerseits mit anderen Arbeitsgruppen und Ausschüssen des Rates der EU zu kooperieren, um Zweigleisigkeiten zu vermeiden, sowie mit Forschungseinrichtungen und EU-Institutionen wie den bereits erwähnten HFC und Hybrid CoE zusammenzuarbeiten. Andererseits untersucht die Arbeitsgruppe relevante horizontale Themen, unbeschadet bereits bestehender Mandate anderer Arbeitsgruppen. Um einen umfassenden und kohärenten Ansatz zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen und Desinformation zu verfolgen, arbeitet die HWP ERCHT eng mit dem INTCEN in genannten Bereichen zusammen und fungiert damit als zentraler Anlaufpunkt des Rates. Damit soll auf eine erhöhte gemeinsame Verständigung hingewirkt werden, weiters soll die Bewertung der Auswirkungen auf staatliche und gesellschaftliche Ebene sichergestellt werden. Zentrale Elemente sind die Abhaltung von gemeinsamen Übungen (zuletzt im Bereich Wahlbeeinflussung) sowie der Informationsaustausch und Bewertung der Zusammenarbeit mit Online-Plattformen, Medien und Technologieunternehmen wie *Meta* und *Facebook* (im Sinne des *Digital Service Act* - DSA). Damit wurden zentrale Forderungen der Ratsschlussfolgerungen aus dem Jahr 2019 bereits umgesetzt.

Die Kooperation hinsichtlich der Sicherstellung freier und fairer Wahlen im Kontext von russischen Desinformationskampagnen ist zunehmend in den Fokus der Arbeitsgruppe gerückt, nicht zuletzt aufgrund des „Super-Wahljahres 2024“, in dem unter anderem die Wahlen zum EP bereits stattgefunden haben und die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen noch

bevorstehen. Die Organisation und das rechtliche Rahmenwerk nationaler Wahlen liegen grundsätzlich in der Verantwortung der EU-Mitgliedsstaaten, aber auch diesbezüglich bietet die HWP ERCHT eine Plattform des gemeinsamen Austausches. Im Sinne der Stärkung von demokratischen Prozessen, wie freien und fairen Wahlen, hat die EK das Paket zur Verteidigung der Demokratie am 12. Dezember 2023 vorgelegt, die Eckpfeiler des Pakets wurden daraufhin in der Sitzung der HWP ERCHT am 15.01.2024 diskutiert.

Das Paket umfasst einen Richtlinienvorschlag, der die Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht für Tätigkeiten von Interessenvertretungen im Namen von Drittländern verbessern soll, sowie zwei Empfehlungen, die auf die Europawahlen 2024 bereits angewendet werden konnten. Zusammenfassend enthält das Paket vier Instrumente: *Communication on Defence of Democracy; Proposal for a Directive on the transparency of interest representation activities carried out on behalf of third countries (accompanied by a proposal to amend Regulations (EU) No 1024/2012 and (EU) 2018/1724); Commission Recommendation on inclusive and resilient electoral processes*; *Commission Recommendation on promoting the engagement and effective participation of citizens and civil society organizations in public policy-making processes* (EK 2023).

Eine Empfehlung betrifft inklusive und widerstandsfähige Wahlprozesse in der EU, die andere die Förderung des Engagements von Bürgern*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der öffentlichen Politikgestaltung. Aufbauend auf früheren Initiativen wie dem Demokratieaktionsplan hat man insbesondere die Lehren, die aus den letzten EP-Wahlen (2014 und 2019) gezogen wurden, in die Instrumente einfließen lassen. Spätestens ein Jahr nach den Wahlen wird die EK die Wirksamkeit der Empfehlung auf die Europawahl 2024 gemeinsam mit der *Hybrid Fusion Cell* überprüfen und einen Bericht dazu veröffentlichen. Was bisher jedenfalls festgestellt werden konnte, ist eine weitaus höhere Anzahl an abgewehrten Cyberangriffen und blockierten Desinformationskampagnen bei den EP-Wahlen 2024, im Vergleich zu den letzten beiden Wahlen 2014 und 2019 (EP 2024:6). Im Zuge der Erarbeitung des Richtlinienvorschlags sind umfassende Konsultationen (EU-Mitgliedsstaaten, Industrie, Zivilgesellschaft etc.) sowie eine Folgeabschätzung durch die EK durchgeführt worden. Die Richtlinie unterscheidet sich grundlegend von den nationalen *foreign agent laws* und soll neue Verhältnismäßigkeitsstandards setzen.

Anwendbar auf Einrichtungen, die eine Interessensvertretung im Namen von Drittstaaten ausführen, schreibt die Richtlinie Transparenzverpflichtungen vor. Ein harmonisiertes Datenset soll in Zukunft die Überwachung durch unabhängige Behörden ermöglichen. Um als Interessensvertretungen sanktioniert werden zu können, muss jedenfalls das Kriterium der bewussten vollendeten (oder versuchten) Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess und den Binnenmarkt erfüllt sein. Kurz vor den EP-Wahlen am 21. Mai 2024 hat der RAA, basierend auf den Arbeiten der HWP ERCHT und des Pakets zur Verteidigung der Demokratie, schließlich die Schlussfolgerungen zu „*democratic resilience: safeguarding electoral processes from foreign interference*“ angenommen. Ziel der Ratsschlussfolgerungen ist das Senden einer klaren Botschaft über die Bereitschaft und Fähigkeit der EU hybriden Bedrohungen entgegenzutreten sowie die Wichtigkeit des Zusammenspiels der Institutionen und ihrer Instrumente (*Hybrid Toolbox*, *FIMI Toolbox*, DSA, etc.) zu betonen.

Der RAA betont in seinen Schlussfolgerungen die bedeutende Rolle der EU-Bürger*innen und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, sowie die Stärkung von Faktenprüfern und die Transparenz von Online-Plattformen für die Erhaltung der europäischen Demokratien. Der Schutz freier und fairer Wahlen vor ausländischer Einmischung sei zentraler denn je. Die veränderte Sicherheitslage in Europa, insbesondere die Aggression Russlands gegen die Ukraine, sowie andere internationale Konflikte und die Situation im Nahen Osten würden die größten Herausforderungen für europäische Demokratien darstellen. Der RAA betont, dass die Demokratie als wertvollstes Gut vor Aktivitäten geschützt werden müsse, die zu Radikalisierung und gesellschaftlicher Spaltung führen würden (Rat der EU 2024).

3. Kapitel – Schlussteil und Conclusio nach Parametern

Durch aufkommende neue Bedrohungsszenarien wie Desinformationskampagnen und Cyberattacken hat sich das Sicherheitsumfeld der EU drastisch verändert. Viele der aktuellen Herausforderungen ergeben sich aus der Instabilität der unmittelbaren Nachbarschaft. Die Hauptverantwortung für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen liegt im Bereich der Zuständigkeitsverteilung zwischen der EU und den EU-Mitgliedsstaaten grundsätzlich bei den EU-Mitgliedsstaaten, da die meisten nationalen Vulnerabilitäten länderspezifisch sind und die nationale Sicherheit in die Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedstaates fällt (AEUV 4(2)). Gleichzeitig besteht mittlerweile ein starkes Bewusstsein darüber, dass viele EU-

Mitgliedsstaaten mit gemeinsamen Bedrohungen konfrontiert sind und diese effektiver mit einer koordinierten Antwort auf EU-Ebene angegangen werden können. Die Bekämpfung hybrider Bedrohungen, einschließlich von Desinformation, die Verbesserung der strategischen Kommunikation und die Stärkung der Resilienz, basierend auf europäischer Solidarität, wurde in den Ratsschlussfolgerungen der letzten Jahre als zentrale Komponenten zur Verbesserung des EU-Sicherheitsumfelds identifiziert.

Pro-Kreml-Medien haben die Empfänglichkeit vieler Bevölkerungsteile für Manipulationstaktikten geschickt genutzt und jahrelang den Boden für die militärische Invasion in die Ukraine vorbereitet. Sie haben auch dazu beigetragen, Kriegsverbrechen und Gräueltaten, die von russischen Soldaten in der Ukraine begangen wurden zu rechtfertigen und zu verschleiern. Angesichts der Verluste Russlands auf dem Schlachtfeld wurden Hassreden und Aufrufe zum Völkermord in russischen Medien sowohl offline als auch online zur Normalität. Krieg befürwortende Narrative durchdringen nicht nur das politische Leben und die Nachrichten, sondern auch Unterhaltungsinhalte. Während sich betrügerische Politiker*innen vor der Ära des Internets noch bemühen mussten Printmedien und TV-Journalist*innen zur (unbewussten) Verbreitung ihrer Fehlinformationen zu bewegen, profitieren heutige Desinformationskampagnen des Kremls von *Bots* und Trollfabriken, die Nachrichten blitzschnell vervielfältigen und verbreiten. Noch nie war es so einfach, Politiker*innen und Teile offener Gesellschaften, die dafür empfänglich sind, zu manipulieren und dadurch das Vertrauen in Staat und Gesellschaft massiv zu untergraben.

Auf internationaler Ebene versucht der Kreml, die internationale Unterstützung für die Ukraine durch Desinformationskampagnen zu brechen. Das Hauptziel besteht darin, Zweifel zu säen, wer der Aggressor ist, daher liegt der Fokus auf Desinformationsnarrativen die der NATO, den USA und der EU vorwerfen, Russland über die Ukraine einkreisen zu wollen. Ein weiteres Ziel Russlands ist, die internationale Entschlossenheit, den Krieg zu verurteilen und Russland für seine Verletzung des Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen, zu brechen. Darüber hinaus versuchen pro-Kreml-Akteure durch manipulative Aktivitäten in sozialen Medien bei kontroversen Themen wie Migration und Flüchtlinge, Lebenshaltungskosten und Energiepreise zu polarisieren und die Gesellschaft zu destabilisieren. Es gibt kaum noch eine Trennung zwischen diplomatischen und FIMI-Operationen des Kremls. Offizielle *Social-Media*-Konten russischer diplomatischer Vertretungen agieren als koordinierte Verstärkungsnetzwerke für Desinformationsnarrative und sind nun vollständig in das breite FIMI-System integriert. Russland nutzt auch seine Präsenz in diplomatischen Foren, um Desinformationsbehauptungen

über die Ukraine zu verstärken und zu legitimieren – beispielsweise, indem diese als Faktenchecks dargestellt werden.

Die groß angelegte Invasion Russland in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat erneut das breite Spektrum an Taktiken, Techniken und Verhaltensweisen (*Tactics, Techniques, and Procedures* – TTPs) im Informationsumfeld aufgezeigt, die größtenteils auf bekannten Desinformationsnarrativen aufbauen. Die Ukraine war das erste Ziel russischer FIMI-Operationen. Die Invasion ist der Höhepunkt von Russland jahrelanger Informationsmanipulation und -einmischung. So gut wie alle Desinformationsnarrative, die der Kreml zur Rechtfertigung und Mobilisierung der inländischen Unterstützung für die Invasion verwendet, lassen sich auf die Jahre 2013-2014 und die Euromajdan-Proteste zurückführen. In diesem Zusammenhang versuchte der Kreml, die Ukraine als einen „Nazi-Staat", einen „gescheiterten Staat" und „überhaupt keinen Staat" darzustellen.

Der Beginn der Zeitenwende im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und dem Anstieg hybrider Bedrohungen und Desinformation hat nicht erst mit dem 24. Februar 2022 stattgefunden, sondern bereits im Jahr 2014 mit den Euromajdan-Protesten. Putin intensivierte seine Hasspropaganda mit der Annexion der Krym und dem Einmarsch in die Ostukraine. Seiner Darstellung nach hätten Neonazis die Ukraine als Geisel genommen und seien verantwortlich für Völkermord, was laut Putin einen russischen Eingriff notwendig gemacht habe. Diese Behauptungen dienten lediglich dazu, den Angriffskrieg mit Hilfe von Desinformation zu rechtfertigen. Als Folgen wurden derartige Erzählungen im russischen Militärapparat genutzt, um eine Legitimationsgrundlage für die zahlreichen verübten Gräueltaten an der ukrainischen Zivilbevölkerung zu schaffen. Putin appellierte auch an die ukrainischen Streitkräfte und verfolgte damit ein weiteres Ziel seines Informationskrieges: die gegnerischen Truppen sollten demoralisiert werden und davon abgehalten, ihre „neonazistische" Führung zu verteidigen. Darüber hinaus weitete er den Kreis der „Feinde Russlands" aus und beschuldigte die NATO-Gemeinschaft, das angeblich neonazistische ukrainische Regime zu unterstützen (Aro 2022:10).

Putin begann schließlich damit, dem Westen und der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen zu drohen. Er griff verbal alle an die auch nur in Erwägung gezogen hatten sich in die russischen Militäraktionen gegen die Ukraine einzumischen. Sollte dies der Fall sein, so Putin, würde Russland „sofort reagieren, und zwar mit Konsequenzen, die Sie in Ihrer gesamten

Geschichte noch nicht erlebt haben“ (zit. aus Aro 2022:10). Das Ziel war, jede Militärhilfe und mögliche Interventionen im Keim zu ersticken. Im Anschluss an Putins Rede führten hochrangige russische Entscheidungsträger die Desinformationskampagne fort, indem sie die Gefahr eines Dritten Weltkriegs oder gar eines Atomkriegs andeuteten, sollte sich die westliche Gemeinschaft weiterhin in „Russische Angelegenheiten“ einmischen. Im Laufe des ersten Halbjahres 2022 klassifizierte der Kreml die Mitgliedsstaaten der EU als „feindlich“ und drohte Finnland, Schweden sowie Bosnien und Herzegowina im Falle eines NATO-Beitritts mit weitreichenden Folgen. Das russische Außenministerium sprach sogar eine verdeckte Drohung an die zivile Luftfahrt der EU- und NATO-Länder aus, sollten diese weiterhin Waffen und Munition an die Ukraine liefern (Aro 2022:10).

Solche Äußerungen sind Teil der Angriffe im Rahmen des russischer Desinformationskampagnen. Sie zielen sowohl auf die Verteidigungsbereitschaft der Ukraine als auch auf die Unterstützung durch andere Länder ab. Im ersten Halbjahr 2022 schienen die von Putin initiierten Desinformationskampagnen Wirkung zu zeigen. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs waren unmittelbar nach dem 24. Februar 2022 nicht mehr bereit die Ukraine militärisch zu unterstützen, möglicherweise aus der Sorge selbst zum Ziel der Kampagnen zu werden. Einige westliche Politiker*innen führten Putins Drohungen in ihrer Argumentation gegen ein fortgesetztes Engagement zur Unterstützung der Ukraine fort. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hatte sich lange Zeit gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ausgesprochen und bis zuletzt mit der Entscheidung gerungen. Als er von den Medien damit konfrontiert wurde, wiederholte er die Inhalte des russischen Desinformationsnarrativs. Sollte Deutschland schwere Waffen liefern, könne es „als Kriegspartei“ aufgefasst werden. Als Legitimationsgrundlage führte er Beschwichtigungsbemühungen an: „Eine Eskalation in Richtung NATO zu vermeiden, hat für mich höchste Priorität.“ (Aro 2022:11).

Die EU hat auf die neue Bedrohungslage reagiert, indem massiv in den Bereich Bekämpfung hybrider Bedrohungen investiert und mit der Entwicklung zahlreicher Instrumente auf institutioneller und operativer Ebene begonnen wurde. Darunter fällt die Einrichtung der Ratsarbeitsgruppe HWP ERCHT genauso wie die Entwicklung von Instrumenten und Methoden wie dem *Kill Chain*-Ansatzes, des DISAIM *Frameworks* oder des ABCDE *Frameworks*. Sicherheitspolitisch ergibt sich aus genannten Entwicklungen, dass sich das Bedrohungsumfeld massiv gewandelt hat und vor allem die Erhaltung von europäischen Demokratien in Gefahr ist. Der EU ist sich dieser Problematik, wie wir an der Annahme der

jüngsten Ratsschlussfolgerungen erkennen können, durchaus bewusst und sie investiert massiv in neue Analysetools, Instrumente und Methoden im Bereich der Bekämpfung von Desinformation.

Damit Instrumente wie der *Kill Chain*-Ansatz bei der systematischen Unterbrechung von FIMI in Zukunft hilfreich sein können, muss einerseits das Verhalten und die TTPs der Bedrohungsakteure objektiv analysiert werden. Dadurch wird nachvollziehbarer, welche Schwachstellen am häufigsten genutzt werden und welche die gravierendsten Auswirkungen auf die Integrität demokratischer Prozesse und Werte haben. Zum anderen müssen systematisch Gegenmaßnahmen entwickelt werden und gleichzeitig ihre Effizienz gemessen, um potenziell negative Nebeneffekte der Maßnahmen zu verstehen. Da die Bekämpfung von FIMI darauf abzielt, die Integrität demokratischer Prozesse und Werte zu schützen, muss jede Reaktion auf FIMI im Verhältnis zur Schwere der Bedrohung angemessen sein.

Die Herausforderungen der Reaktion sind explizit normativer Natur und müssen entsprechend reflektiert werden. Zum Beispiel kann die Analyse des EEAS-Report 2023 helfen zu verstehen, wie wichtig Online-Anonymität für den Erfolg eines Bedrohungsakteurs bei der Manipulation der Informationsumgebung ist. Die Entscheidungsträger*innen müssen dabei abwägen, ob die Abschaffung der Online-Anonymität, die derzeit noch ein zentrales Element der Teilhabe im Internet darstellt, im Verhältnis zum Risiko steht. Es ist daher nicht nur wichtig, die Effizienz von Reaktionen auf FIMI zu bewerten, sondern auch herauszufinden welcher (politische) Akteur am besten in der Lage ist, die Gegenreaktion zu setzen. Basierend auf der konzeptionellen Unterscheidung zwischen Analyse und Reaktion ist es wichtig zu beachten, dass sich der EEAS-Bericht lediglich auf die Analyse konzentriert.

Die Umsetzung erfolgt durch Ratsarbeitsgruppen wie die HWP ERCHT, in weiterer Folge den Rat und exekutive EU-Organe. Durch die Anwendung des ABCDE Frameworks und die wiederholte Durchführung vollständiger qualitativer Analysen über mehrere Vorfälle hinweg können Forscher*innen mittels EEAS-Bericht Muster und Trends aufdecken, die von Bedrohungsakteuren genutzt werden. Dadurch werden, wie bereits dargestellt, wertvolle Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger*innen gewonnen, damit diese gezielt und effektiv auf FIMI reagieren können. Daher müsste ein kohärenter und gemeinschaftsorientierter Ansatz geschaffen werden, der es jedem Mitglied der FIMI-Verteidigungsgemeinschaft ermöglicht einen Beitrag zu leisten. Ein solcher Ansatz würde den Analyse-Teams und einer

Vielzahl von Interessengruppen vereinfachen ihre Erfahrungen einzubringen, um die gemeinsame Taxonomie zu optimieren.

Die *Kill Chain*-Taxonomie der DISARM *Foundation* ist derzeit das einzige Framework, das oben genannte Kriterien erfüllt, weshalb sie die am besten geeignete Grundlage für die gemeinschaftsgeleitete Diskussion über *Best Practices* bietet. Ein derartiger Datenstandard muss jedenfalls in der Lage sein, alle wesentlichen Bausteine einer Bedrohung zu erfassen und ihre Verbindungen aufzudecken. Er muss auch flexibel genug sein, um sich den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, da sich die Bedrohungen stetig weiterentwickeln. Ebenso muss er stabil genug sein, um die Anpassung von Prozessen und den Aufbau von Werkzeugen darauf zu ermöglichen. Schließlich sollte er denselben Prinzipien von Offenheit, gemeinschaftlicher Beteiligung und Universalität folgen wie *Open-Source* Taxonomien, um eine breite Akzeptanz zu finden.

In der Zwischenzeit wird die durch hybride Taktiken erzeugte Verwirrung wahrscheinlich die Fähigkeit der EU-Länder und -Institutionen, eine wirklich kohärente und umfassende Reaktion zu entwickeln, weiter erschweren. Um als EU operativ effektiv zu reagieren, reicht keine Cyber-Sicherheitsstrategie und auch nicht der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung. Alle Aspekte hybrider Bedrohungsszenarien müssen auf abgestimmte Weise und maßgeschneidert synchronisiert werden. Da diese Aktionen (rechtlich gesehen) nicht in Kriegszeiten stattfinden, liegt die primäre Verantwortung für die Einleitung einer Reaktion in den meisten Ländern noch bei den zivilen Behörden. Ähnlich wie bei traditionellen terroristischen Bedrohungen oder Angriffen sind es die nationale Polizei und die zivilen Justizbehörden, die derzeit noch für Prävention und Reaktion zuständig sind. Ob sich die Zuständigkeit für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen in Zukunft auf andere Akteure verlagern sollte, ist eine Frage, die in den jeweiligen Entscheidungsgremien wie der HWP ERCHT gemeinschaftlich diskutiert werden sollten.

Die nicht-militärische Komponente hybrider Bedrohungen sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Krieg in der Ukraine die territoriale Verteidigung und die innere Sicherheit in Europa wieder an die Tagesordnung gebracht hat. Per Definition und Natur stellen hybride Bedrohungen die traditionellen Grenzen (bürokratisch, rechtlich und operativ) zwischen militärischen und zivilen, öffentlichen und privaten sowie nationalen und kollektiven Fähigkeiten in Frage. Online-Aktivitäten und Desinformation konnten als typische Beispiele genannt werden. Sie sind sowohl Ermöglicher von Aktionen als auch eigenständige Aktionen.

Sie stellen die bestehenden Abgrenzungen und Kompetenzen in Frage und haben – aber repräsentieren auch – bewegliche Ziele, sie werden oft ausgelagert und sind nicht leicht zuzuordnen. Hier kommt „*Intelligence*“ im weiteren Sinne (einschließlich Überwachung, Beobachtung, Frühwarnung und Vorbereitung) als eine entscheidende Fähigkeit ins Spiel, die über geografische Grenzen und funktionale Abgrenzungen hinweg geteilt und konsolidiert werden muss. Dies gilt auf allen Ebenen und in allen Phasen: Bewusstsein, Resilienz und eigentliche Reaktion.

Es sollte auch daran erinnert werden, dass der heutige Fokus auf hybriden Bedrohungen einen gewissen Mangel an institutionellem Gedächtnis zeigt. Während des Kalten Krieges wurden viele dieser Bedrohungen nicht als „hybrid“ bezeichnet. Eine Vielzahl an Ost-West-Expter*innen gingen davon aus, dass verdeckte oder subversive Handlungen jedem sowjetischen Versuch eines Regimewechsels in benachbarten oder neutralen Staaten in Westeuropa vorausgehen würden. Die Angst, dass sowjetische Propaganda und Desinformation die inländischen Bevölkerungen und politischen Strukturen beeinflussen und einschüchtern könnten war sehr real. In seltenen Fällen führten auch westliche Länder ihre eigenen offenen und verdeckten Informationskampagnen gegen die Sowjetunion und deren Satelliten im Warschauer Pakt durch (Andersson; Thardy 2015:3f).

Seit dem Kalten Krieg hat sich einiges verändert: Digitalisierung, die Internetrevolution und das Aufkommen der sozialen Medien haben die Landschaft vollständig verändert. Ebenso wichtig festzuhalten ist, dass die europäische Bevölkerung heute kulturell und ethnisch vielfältiger ist als je zuvor. Zu guter Letzt haben die Menschen weniger Vertrauen in Behörden und führende öffentliche Persönlichkeiten. Dennoch bieten sowohl die defensiven als auch die offensiven Taktiken und Strategien, die in der Vergangenheit verwendet wurden, einige nützliche Einblicke, wenn es darum geht die aktuellen hybriden Herausforderungen zu verstehen und ihnen entgegenzutreten. Für jeden EU-Mitgliedsstaaten, der sich mit hybriden Bedrohungen befasst, wird die Reaktion eine Kombination aus nationalen Politiken, Zusammenarbeit auf EU-Ebene im Bereich der Strafverfolgung, Grenzkontrollen und Informationsaustausch sowie möglichen EU-Initiativen zur Kapazitätsbildung in Drittländern oder zur Unterbrechung von FIMI, wo immer sie stattfinden, sein.

Dies macht die Koordinierung verschiedener Reaktionslinien umso wichtiger und geht weit über den derzeitigen „umfassenden Ansatz“ vieler nationaler Sicherheitsstrategien und jede primär militärisch ausgerichtete Reaktion hinaus. Die HWP ERCHT ist als horizontale

Arbeitsgruppe und Plattform durchaus in der Lage, den Anforderungen eines kohärenten und gemeinschaftszentrierten Ansatzes in Zusammenarbeit mit HFC und *Hybrid Center of Excellence* gerecht zu werden. Insbesondere der Bereich der Wahlbeeinflussung hat die Erarbeitung eines konkreten Aktionsplanes umso dringlicher werden lassen, die Integrität von Wahlen ist durch Desinformationskampagnen unter Druck geraten. Um die Resilienz von Demokratien zu stärken, müssen Hybride Bedrohungen ernst genommen werden, Demokratie darf nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden.

Diese Einsicht hat eine Sicherheitspolitische Wende in der Demokratiepolitik der EU eingeläutet, Demokratie wurde zwar immer schon als das Herzstück der EU betrachtet, das Narrativ hat sich jedoch gewandelt. Bisher lag der Fokus der Außenpolitik der EU auf dem Aufbau von Demokratien, nun steht der innenpolitische Schutz der eigenen Demokratie im Fokus. Dieser Wandel ist unter anderem im *Defence of Democracy* Paket, *Digital Sercive Act* aber auch anhand des strategischen Kompasses, mit der *Hybrid Toolbox* und *Cyber Toolbox,* deutlich erkennbar. Die EU hat begonnen die Gefahren ernst zu nehmen und hat nun die Chance, anhand der erarbeiteten Methoden zu Erkennung und Bekämpfung von Desinformation, ein positives Vorbild für den Rest der Welt zu bieten. Verbesserungsbedarf besteht in vielen Bereichen. Ausländische Wahleinmischung ist beispielsweise nur in einer kleinen Zahl der Mitgliedsstaaten geregelt, auch müssen einige rechtliche Schlupflöcher geschlossen werden – wie die ausländische Finanzierung von Parteien, usw. Ebenfalls könnten Sanktionen angedacht sowie *Codes of Conduct* für politische Parteien und deren Kandidat*nnen in Erwägung gezogen werden.

Hybride Kriegsführung kann langfristig erfolgreicher sein als der direkte Einsatz von Streitkräften. In den letzten Jahrzehnten war das strategische Prinzip der Abschreckung ein zentraler Bestandteil der westlichen Sicherheitsstrategie. Abschreckung funktioniert nach Walz, wenn ein potenzieller Angreifer mit größeren Nachteilen als Vorteilen aus einem Konflikt rechnen muss. In der hybriden Kriegsführung greift diese Logik jedoch nicht. Daher ist es entscheidend, in neue Technologien und der Resilienz der Bevölkerung gegen Desinformation zu investieren, um die Widerstandsfähigkeit der EU und der NATO-Mitgliedstaaten zu stärken. Im Umgang mit Autoritarismus, Manipulation und Desinformation ist es von zentraler Bedeutung, die Grenzen des eigenen Wissens zu erkennen. Der *Dunning-Kruger-Effekt* besagt, dass Menschen, die wenig über ein Thema wissen, oft glauben sich gut auszukennen, während Expert*innen sich bewusst sind, dass sie über dasselbe Thema noch weiterforschen müssen (Duigan 2024). Dies ist ein wesentlicher Aspekt im Kontext von

Manipulationen, Verschwörungstheorien und Desinformation. Die Frage der Verantwortung ist ebenfalls entscheidend. Nicht nur nationale- und EU Behörden sowie Politiker*innen stehen in der Verantwortung Desinformation zu bekämpfen; letztlich ist die Bevölkerung auch selbst verantwortlich, wenn sie Manipulation zulässt, sich nicht ausreichend informiert oder leicht beeinflussen lässt.

Anhand der Beziehungen zwischen Russland und der EU lässt sich eine Zeitenwende für die europäische Sicherheitspolitik mit dem Jahr 2014 ausmachen. Die Zäsur lässt sich durch eine Vielzahl an historischen und politischen Entwicklungen untermauern. Bis zum Jahr 2014 waren die Beziehungen von einer gewissen Asymmetrie geprägt und dem Versuch der EU, Russland durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Förderung von Demokratie und Menschenrechten in das westliche Wertesystem zu integrieren. Diese Strategie spiegelte sich im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) wider, das Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und freie Marktwirtschaft als normative Zielvorgaben festlegte. Das PKA von 1994 bildete lange Zeit die Grundlage für die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland. Das Abkommen zielte vor allem darauf ab, Russland bei der Transformation zu einer freien Marktwirtschaft und bei der Etablierung demokratischer Prinzipien zu unterstützen. Diese Basis ermöglichte einen regelmäßigen Dialog und institutionalisierte den Austausch zwischen der EU und Russland.

Trotz dieser Bemühungen traten in der Vergangenheit wiederholt Spannungen auf, insbesondere durch militärische Konflikte wie die Tschetschenienkriege, den Kosovo-Krieg oder den Georgienkrieg. Diese Konflikte und die divergierenden Zielsetzungen führten zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen der EU und Russland. Russland empfand die Verknüpfung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Einhaltung von Menschenrechten als diskriminierend, als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ und versuchte, seine Großmachtstellung mit einem eigenen Kanon von Werten auszubauen, während die EU weiterhin auf die Einhaltung gemeinsamer Werte bestand. Obwohl das PKA einige wirtschaftliche Erfolge wie den Beitritt Russlands zur WTO erzielen konnte, scheiterte es weitgehend an der politischen Umsetzung der vereinbarten Werte.

Russland unter der Führung Putins, gab die im PKA verankerten normativen Ziele auf und strebte die politische Stabilisierung unabhängig von westlichen Finanzhilfen an. Die EU begann daraufhin ihre Nachbarschaftspolitik (ENP) zu forcieren und konzentrierte sich auf den Aufbau demokratischer und wirtschaftlich stabiler Nachbarn im Osten und Süden Europas. Die ENP

und die Östliche Partnerschaft sollten die Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft näher an die EU binden. Der Kreml betrachtete diese Maßnahmen jedoch als Bedrohung und reagierte mit Erweiterungsbestrebungen der Eurasischen Wirtschaftsunion als Gegenpol zur EU. Auch die Beziehungen zwischen Russland und der NATO waren bereits vor 2014 von Misstrauen und Spannungen geprägt. Mehrere Versuche stabile Kooperationsmechanismen zu etablieren scheiterten. Bereits im Jahr 2008 wurden die Beziehungen im Zuge des Georgienkriegs unterbrochen, was zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen führte. Die NATO-Erweiterung wurde von Russland als feindseliger Akt dargestellt und führte zu einer Zementierung traditioneller Feindbildkonstruktionen und einer zunehmenden Konfrontation.

Ähnlich wie die NATO-Osterweiterung führte auch die EU-Osterweiterung zu einem veränderten sicherheitspolitischen Klima. Die neuen baltischen Mitgliedsstaaten propagierten eine klare Abgrenzung zu Russland, Länder wie Polen die Jahrhunderte lang von Russland unterdrückt und beherrscht wurden, blockierten EU-Verhandlungen, was zu einem brüchigen Konsens innerhalb der EU führte. Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO hatten sich bereits in den frühen 2000er Jahren erheblich verändert. Während in Putins erster Amtszeit noch ein Beitritt Russlands zur NATO denkbar schien, führten zahlreiche gescheiterte Kooperationsversuche zu einer anhaltenden gegenseitigen Ablehnung. Die NATO-Osterweiterung erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der MOE-Staaten wie Estland, Litauen, Lettland, Polen, Tschechien und Ungarn. Diese Staaten hatten im Nachhinein betrachtet berechtigte Sicherheitsbedenken und sahen in der NATO-Mitgliedschaft eine Möglichkeit, ihre Souveränität und Sicherheit zu bewahren. Der Georgisch-Russische Krieg 2008 und die Annexion der Krym 2014 demonstrierten Russlands Bereitschaft, militärische Gewalt zur Sicherung seiner Interessen und zur Eindämmung der westlichen Einflusssphäre einzusetzen.

Die EU und NATO-Osterweiterungen führten zu einem breiten Spektrum unterschiedlicher außenpolitischer Positionen innerhalb der EU, was die Formulierung einer einheitlichen Politik gegenüber Russland erschwerte. Die ursprüngliche Hoffnung, dass die EU-Beitritte der Postsowjetrepubliken zu einer Entspannung führen würden, stellte sich als falsch heraus. Stattdessen verstärkten sich die Spannungen und bereits hier zeichnete sich ein Wandel der EU-Russland Beziehungen ab. Im Gegensatz zu Deutschland, das seine Täterschaft nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuarbeiten begann, hat Russland die stalinistischen Gräueltaten nie offiziell verurteilt. Diese fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit und die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen, belasten die Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken

und zu westlichen Ländern erheblich. Ängste bestehen fort, da Russland keine Garantien gegeben hat, dass sich die gewaltsame Unterwerfung durch ein autoritäres Regime wiederholen könnte. Dies führt zu einem tiefen Misstrauen und erschwert die Aussicht auf zukünftige Kooperationen.

Anhand des Neorealismus nach Waltz lassen sich die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Russland und der EU im Kontext der NATO- und EU-Osterweiterung gut nachvollziehen. Waltz identifiziert zwei dominierende Ordnungsprinzipien für das internationale politische System: Hierarchie und Anarchie. Der grundsätzlich dezentrale Aufbau und die anarchische Prägung zwingen Staaten, ihre Sicherheit durch Selbsthilfe, Abschreckung oder Bündnisse zu gewährleisten. Dies spiegelt sich deutlich in den Entwicklungen nach 2014 wider. Die Theorie von Waltz veranschaulicht das Dilemma der MOE-Staaten, die sich anhand der Anarchie des Internationalen Systems gezwungen sahen, Sicherheitsbündnissen beizutreten. Dass die Entscheidung auf westliche Bündnisse gefallen ist, die zumindest eine gewissen Entscheidungsfreiheit in den gemeinsamen Gremien garantieren, ist insofern nachvollziehbar, als eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Union einer absoluten Unterwerfung unter Russland gleichgekommen wäre. Nach Walz werden Bündnisse nur unter der Prämisse eingegangen, nicht unterworfen zu werden und zumindest annährend gleiche Vorteile wie der Partner aus dem Bündnis ziehen zu können.

Wie bereits erwähnt, gab es zahlreiche Foren (UN, OSZE, NRR, KSZE) in die Russland bereits integriert war und hätte kooperieren können. Trotz dieser Möglichkeiten scheiterten die Bemühungen, Russland in die westliche Sicherheitsarchitektur einzubinden. Eine weitere inklusive Organisation blieb unrealistisch. Es wäre notwendig gewesen, Kooperationsformen und Regulierungsmechanismen durch Rüstungskontrollregime und die Zusammenarbeit in sicherheitspolitisch bedeutsamen Bereichen zu schaffen, um gegenseitige Verlässlichkeit zu beweisen. Gemeinsame Sicherheitsinteressen wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität sowie die Verhinderung von Proliferation hätten eine Grundlage für eine verbesserte Partnerschaft sein können. Insgesamt haben sich die Beziehungen zwischen Russland und der EU im Kontext der NATO- und EU-Osterweiterung von einer potenziellen Kooperation zu einer ausgeprägten Konfrontation gewandelt. Das zunehmende Auseinanderdriften, die wachsenden Spannungen und das tiefe Misstrauen haben die Außen- und Sicherheitspolitik der EU nachhaltig verändert.

Die Majdan-Revolution im Winter 2013/2014 markiert ebenfalls einen signifikanten Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Russland und der EU. Die Revolution begann als Reaktion auf die Entscheidung des damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukovyč, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen und sich stattdessen enger an Russland zu binden. Dies führte zu massiven Protesten in Kiew, die als „Euro-Majdan" bekannt wurden und schließlich zum Sturz Janukovyčs führten. Der sogenannte „Marsch der Millionen" wurde von EU-Politiker*innen als die größte pro-europäische Demonstration in der Geschichte Europas bezeichnet. Daran wird deutlich, dass bereits die Anfänge der Majdan-Revolution eine Zeitenwende in den EU-Russland-Beziehungen darstellt. 500.000-1.000.000 Menschen demonstrieren zu dieser Zeit auf dem Majdan, tatsächlich war der sogenannte „Euro-Majdan" der größte zivilgesellschaftliche Massenprotest in Europa seit den Revolutionen von 1989.

Zahlreiche EU-Politiker*innen besuchten daraufhin den Platz des Protestes, um ihre Solidarität kundzutun. Die Majdan-Revolution könnte den Anstoß zu einer Kleinen Europäischen Revolution gegeben haben, indem sie die Erkenntnis förderte, dass vermeintliche Gewissheiten wie die Beständigkeit des „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" und die europäischen Demokratien nicht als selbstverständlich betrachtet werden können. Die Majdan-Revolution hat erstmals deutlich gemacht, wie gefährdet Europa tatsächlich ist. Sie hat Europa dazu gezwungen, die eigenen Grundsätze und das friedliche Miteinander der Staaten neu zu überdenken. Insbesondere die Beziehungen zu Russland haben sich mit der Majdan-Revolution und der brutalen Niederschlagung der Proteste gewandelt. Die russische Reaktion auf die Majdan-Revolution zeigt, dass die Bedeutung von Machtpolitik im anarchischen internationalen System wieder zugenommen hat.

Russland sah die EU-Annäherung der Ukraine als Versuch des Westens, seine Einflusszone auszudehnen und reagierte mit militärischen und politischen Maßnahmen, um seine Position zu sichern. Die EU wiederum sah sich gezwungen, auf die Aggression Russland zu reagieren, was zu einer Neuausrichtung ihrer Sicherheitspolitik führte. Vor 2014 hatte die EU stark auf Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit gesetzt, um Frieden und Stabilität zu gewährleisten. Die aggressive Haltung Russlands zeigte auf, dass militärische Macht und Abschreckung weiterhin zentrale Elemente der internationalen Politik sind. Nach der Theorie des strukturellen Realismus kann internationaler Friede nur gewährleistet werden, wenn ein Machtequilibrium hergestellt wird. Die EU erkannte, dass militärische Stärke und Abschreckung erneut eine wichtige Rolle spielen, um das Gleichgewicht der Kräfte

wiederherzustellen. Nichtsdestotrotz setzte die EU im Jahr 2014 den Fokus noch auf *soft security* Instrumente, wie in Form von Sanktionen.

Obwohl die EU-Sanktionen gegen Russland zunächst kaum Wirkung entfalteten, läuteten sie seit 2014 eine klare Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik ein, die sich nach dem 24. Februar 2022 deutlich intensiviert hat. Während die Sanktionen vor 2022 vor allem den Export von Hochtechnologiegütern und *Dual-Use*-Gütern sowie einige Luxuswaren betrafen, wurden nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 weitreichendere Maßnahmen ergriffen. Die Sanktionen zielten nun nicht nur auf Exporte ab, sondern auch auf Importe von wichtigen russischen Rohstoffen wie Kohle, Stahl und Holz, was eine massive wirtschaftliche Isolierung Russlands zur Folge hatte. Zudem wurde Russland der Meistbegünstigungsstatus im Rahmen der WTO entzogen und bedeutende russische Banken vom internationalen Finanzdienstleistungssystem SWIFT ausgeschlossen, wodurch die internationale Zahlungsfähigkeit Russlands stark beeinträchtigt wurde (Götz 2022:200).

Die Wirkung dieser Sanktionen zeigt sich in der russischen Wirtschaft: Die Inflation ist gestiegen, der Kurs des Rubels war zeitweise stark gefallen und die realen Konsumausgaben der Bevölkerung sind deutlich gesunken. Zahlreiche westliche Unternehmen – wie Nike, Playmobil, Ikea, H&M, General Motors, Mercedes-Benz, BMW, Ford, Land Rover, Toyota und Mazda um nur einige zu nennen – haben aus freien Stücken oder auf Grund öffentlichen Drucks ihre Geschäftsbeziehungen zu Russland eingestellt, was den wirtschaftlichen Druck weiter erhöht. Die Ketten McDonald's, Kentucky Fried Chicken und Starbucks haben den Betrieb ihrer Filialen eingestellt, Mercedes-Benz, Toyota, BMW, Hyundai und Volkswagen ihre Werke in Russland geschlossen (Götz 2022:203).

Die Kursverluste russischer Unternehmen an den Börsen sowie die steigende Kapitalflucht zeigen die gravierenden Folgen für die russische Wirtschaft. Zahlreiche Finanzexpert*innen gehen davon aus, dass Russland seine internationalen Schulden bald nicht mehr bedienen kann und dass das Wirtschaftswachstum auch langfristig beeinträchtigt sein wird. Ein vollständiges Ölembargo könnte diese Entwicklung weiter verschärfen, wobei ein Gasembargo für die EU-Länder nach bisherigem Wissensstand stärkere Rückwirkungen haben würde (Götz 2022:205ff). Die bisher gesetzten Sanktionen markieren somit einen Wendepunkt in der europäischen Sicherheitspolitik, da sie die wirtschaftliche Macht der EU als Instrument zur Sicherung des Friedens und zur Eindämmung aggressiver außenpolitischer Bestrebungen von

Drittstaaten verstärkt nutzen. Die Maßnahmen zeigen nicht nur eine Abkehr von rein diplomatischen Mitteln, sondern verdeutlichen die Bereitschaft der EU, auch eigene wirtschaftliche Einbußen in Kauf zu nehmen, um die europäische Sicherheitsarchitektur zu stärken und die Abhängigkeit von autoritären Regimen zu verringern (Götz 2022:199).

Die Ereignisse von 2014 markieren insgesamt einen deutlichen Wandel in den EU-Russland Beziehungen, da die EU erstmals gezwungen war, ihre sicherheitspolitische Ausrichtung grundlegend zu überdenken und anzupassen. Die Zusammenarbeit und der Dialog mit Russland sowie diplomatische Kanäle, die seit den 1990er Jahren gepflegt wurden, traten in den Hintergrund und es entwickelte sich eine zunehmend konfrontative Haltung. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit 24. Februar 2022 machte die Hoffnung auf Rückkehr zum Dialog endgültig zunichte. Vor dieser Eskalationsstufe im Jahr 2021 schien sie noch denkbar, doch der Krieg zeigte, wie tief die Kluft zwischen Russland und dem Westen tatsächlich ist. Ob das Verhältnis zwischen Russland und der EU dauerhaft von Konfrontation geprägt sein wird, ist derzeit nicht seriös zu beantworten, eine Normalisierung wird jedenfalls viele Bemühungen und Zeit in Anspruch nehmen. Alle Hoffnungen, Pläne und Visionen der letzten Jahre scheinen derzeit zerstört.

Zentrale Institutionen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit wie die OSZE und der Europarat wurden durch das Vorgehen Putins grundlegend infrage gestellt. Auch der wirtschaftliche Austausch und alle Formen der Kooperation, die Russland und die EU bisher verbunden haben, sind betroffen. Wie also soll die EU mit Russland umgehen, und vor allem mit einem Präsidenten, der den Weg der Konfrontation gewählt hat. Eine Eindämmung oder „*containment*“ ist unerlässlich, ebenso Maßnahmen, die ein weiteres Ausufern verhindern, das sogenannte „*constrainment*“. Zudem muss die EU versuchen, der Konfrontation durch Vereinbarungen eine gewisse Berechenbarkeit zu verleihen. Es bleibt zu hoffen, dass eine Zusammenarbeit bei großen globalen Herausforderungen weiterhin möglich sein wird, da kein Land diese allein bewältigen kann. Der Klimawandel trifft Russland stark, besonders im Norden des Landes sind die Auswirkungen bereits deutlich spürbar. Doch auch das veraltete Wirtschaftsmodell, das stark auf den Export fossiler Energieträger setzt, verursacht erhebliche Umweltschäden und belastet das Klima. Weitere Herausforderungen wie Pandemien, Migration und Terrorismus kann Russland nicht allein bewältigen. Es liegt ebenfalls in unser aller Interesse zu verhindern, dass weitere Länder die Fähigkeit erlangen, nukleare Waffen einzusetzen.

Das Thema Rüstungskontrolle wurde lange vernachlässigt, während sich gleichzeitig die Möglichkeiten der Kriegsführung erheblich weiterentwickelt haben. Hier müssten die EU und Russland zumindest zu einer „geordneten Konfrontation“ finden. Es wird eine Zeit nach Putin geben, zwar ist er derzeit noch an der Macht, aber er repräsentiert nicht Russland und seine Bevölkerung. Wo es möglich ist, sollte die EU bestehende Verbindungen nutzen und den Austausch in den Bereichen Kultur und Wissenschaft fortsetzen. Auch wenn die russische Zivilgesellschaft unter zunehmender Repression leidet, bleibt sie ein wichtiger Partner, der die Unterstützung der EU braucht. Selbst in schwierigen Zeiten muss die EU in der Beziehung zur russischen Opposition und Bevölkerung auf künftige Chancen und Lösungen setzen, die sich derzeit vielleicht nur schemenhaft abzeichnen.

Mit der Indossierung des Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung gingen eine Reihe von institutionellen Veränderungen einher, wie ad hoc entstandene neue Ratsarbeitsgruppen (HWP ERCHT), die Stärkung der EU als *security provider* wurde als wesentliche Zielsetzung des EU-Engagements im Bereich Sicherheit und Verteidigung im Kompass verankert. Die Ausführungen im Kompass zum geostrategischen Umfeld mussten im Lichte der Entwicklungen mit 24. Februar 2022 kurzfristig mehrfach und weitreichend überarbeitet werden. Die militärische Aggression Russland und ihre Begleiterscheinungen (russische Präsenz in Libyen, Syrien und Afrika, Desinformationskampagnen und Söldnereinsätze) sind nun als „langfristige und direkte Bedrohung für die europäische Sicherheit“ ausgeschildert (Kompass 2022:7). Im Erstentwurf des Kompasses vom 9. November 2021 hieß es zu Russland unter anderem noch: „Die EU und Russland verbinden in der Tat viele gemeinsame Interessen und eine geteilte Kultur“ (Kompass Erstentwurf 9. November 2021).

Dadurch wird deutlich, dass im Lichte des Angriffskriegs zahlreiche Änderungen in Hinblick auf Russland vorgenommen wurden, welche einen Wandel in der Ausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik und der Beziehungen der EU zu Russland deutlich machen. Auch im Vergleich zur EUGS 2016 dokumentiert der Strategische Kompass einen weitreichenden Wandel. Während die EUGS die EU als „*soft power*“ betonte, stellt der Kompass die Rückkehr der Machtpolitik ins Zentrum. Dies spiegelt die veränderte Bedrohungslandschaft wider, in der traditionelle militärische Mittel und hybride Bedrohungen an Bedeutung gewonnen haben. Russland wird im Strategischen Kompass 2022 als Bedrohungsakteur an erster Stelle genannt. Die Bedrohungsanalyse des Kompasses hebt zudem die zunehmende Komplexität und

Unvorhersehbarkeit des Sicherheitsumfelds hervor und zeigt, dass Großmächte wie Russland internationale Normen ignorieren und durch Gewalt und Zwang territoriale Ansprüche durchsetzen wollen.

Die Theorie von Kenneth Waltz bietet eine Grundlage, die sicherheitspolitischen Implikationen des Strategischen Kompasses zu verstehen, denn der Kompass betont ausdrücklich die Notwendigkeit, die eigene Verteidigungsfähigkeiten ausbauen zu müssen und vermehrt auf Abschreckung zu setzen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Einführung der *EU Rapid Deployment Capacity*. Eines der Hauptprobleme der EU-Sicherheitspolitik wurde vom Kompass nur rudimentär behandelt und konnte bis heute nicht gelöst werden: die Vielzahl an Institutionen, die neu geschaffen werden müssten, um das hohe Ambitionsniveau zu erreichen, sowie den sichtlichen Mangel an militärischen Fähigkeiten. Die Geschichte der Sicherheitskooperation in Europa ist lang und von zahlreichen vermeintlichen „Zeitenwenden" geprägt. Angefangen bei dem (gescheiterten) Versuch der Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 bis hin zur (nicht umgesetzten) Erklärung von St. Malo im Jahr 1998 wurden große Erwartungen immer wieder schnell von der Realität eingeholt.

Daher muss die entscheidende Frage lauten: Was unterscheidet diese Zeitenwende, falls überhaupt, von den vielen vorherigen Ereignissen, die ohne nachhaltige Folgen blieben? Die aktuellen Bemühungen um die Etablierung einer stabilen europäischen Sicherheitsstruktur können in Hinblick auf ihren Umfang und die breite Aufstellung von Initiativen einen Wendepunkt darstellen. Anhand des Strategischen Kompass 2022 lässt sich zwar eine „theoretische Zeitenwende" in der Ausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik beobachten. Der Kompass markiert einen Wandel von einer „*soft power*"-Orientierung hin zu einer verstärkten Betonung von Machtpolitik und militärischen Fähigkeiten. Die Implikationen für die europäische Sicherheitspolitik sind weitreichend, da die EU ihre strategische Autonomie erhöhen und gleichzeitig ihre Zusammenarbeit mit internationalen Partnern intensivieren muss. Mit einem übermäßigen Fokus auf abstrakte Konzepte wie der „strategischen Autonomie" verliert die Debatte allerdings zunehmend an Praxisnähe.

Dies führt zu zwei Überlegungen: die erste ist, welche Rolle die EU global spielen will und welche Fähigkeiten dafür notwendig sind (je ambitionierter die Rolle, desto mehr Fähigkeiten werden benötigt). Angesichts der Vielfalt der 27 Mitgliedsstaaten – von kleinen Inselstaaten wie Malta und Zypern bis hin zu Zentralmächten wie Deutschland und Frankreich sowie

Mitgliedern der NATO und neutralen Staaten – ist es wenig überraschend, dass eine einheitliche Vision schwer zu erreichen ist. Einige Staaten wünschen sich eine Union, die fest in eine breitere, nur durch Konsens agierende Allianz von Multilateralisten eingebettet ist, während andere ein Europa bevorzugen, das zunehmend fähig und willens ist, eigenständig zu handeln. Die unzureichende Einigkeit in militär-strategisch wichtigen Belangen führt dazu, als sicherheitspolitischer Akteur nicht ernst genommen zu werden; auch das kann als ein Aspekt der „Abschreckung" bezeichnet werden. Abschreckung bedeutet auch, dass im Ernstfall schnelle Entscheidungen getroffen werden können, die eine konsequente Reaktion ermöglichen, wenn hingegen ständig Uneinigkeit besteht, lässt dies an der Handlungsfähigkeit zweifeln.

Die zweite Überlegung betrifft die komplexe Koexistenz der sich überschneidenden Sicherheitsvorkehrungen von NATO und der EU. Hierzu gehört auch die Frage, ob sich die EU uneingeschränkt auf die USA verlassen kann, um die eigenen Fähigkeitslücken zu schließen, und ob die EU tatsächlich für die eigene Sicherheit sorgen könnte, wenn sie dies wollte. Die Auseinandersetzung mit kontroversen Themen wie einem kollektiven Nuklearwaffenarsenal, gemeinsamen europäischen Flugzeugträgern oder sogar einer europäischen Armee ist notwendig. Ebenso wichtig ist die Klärung, wer die Fähigkeiten kontrollieren würde und wer die politischen Entscheidungen für ihren Einsatz treffen würde. Zu bedenken ist auch, ob solche Entscheidungen weiterhin einstimmig getroffen werden sollten, wie es derzeit der Fall ist, oder ob in bestimmten Fällen eine qualifizierte Mehrheit ausreichen könnte.

Die EU weiß inzwischen, was getan werden müsste, was daraus folgen wird ist fraglich. Obwohl es bemerkenswert ist, wie gut man in Krisenzeiten zusammenhält und gemeinsam Sanktionen trägt, ist das auf Dauer nicht ausreichend. Es bedarf klarerer Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit, ergänzt durch die NATO und gestützt auf die Beistandsverpflichtungen gemäß Art 42 EUV. Notwendig wären mehr Effizienz und Kooperation in abgestimmten Rüstungsprojekten, gemeinsames *Pooling* und *Sharing* sowie tatsächlich einsatzfähige *Battlegroups* statt kleinteiliger Ansätze. Diese Elemente setzen voraus, dass nationale Interessen dem gemeinsamen Ziel untergeordnet werden. Zudem ist ein glaubwürdiges strategisches Konzept erforderlich, um die Länder des westlichen Balkans und der östlichen Partnerschaft dauerhaft zu binden (die Erteilung des Beitrittsstatus der Ukraine zur EU im Dezember 2023 war zumindest ein erster Schritt) sowie die Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens und der Türkei zu stärken.

Der Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die geopolitischen Gegebenheiten in Europa erheblich verändert. Die verstärkten Forderungen nach mehr Wertschöpfung innerhalb der eigenen Einflussgebiete, insbesondere aus Afrika und das neu erwachte afrikanische Selbstbewusstsein, sind sichtbare Zäsuren. Afrikanische Staaten wählen ihre Partner zunehmend aus einer Vielzahl externer Akteure, wobei Kolonialismuserfahrungen dabei eine bedeutende Rolle spielen. Während sich viele afrikanische Staaten von Frankreich abwenden, wird Russland (noch) nicht in gleichem Maße als Kolonialmacht wahrgenommen. Russland nutzt die Erzählung einer „multipolaren Welt“, um den globalen Süden gegen den Westen aufzubringen. Diese Strategie gibt vor, Russland als einen von mehreren gleichberechtigten globalen Akteuren zu positionieren, obwohl es tatsächlich darum geht, russische Großmachtinteressen zu wahren.

Eine Beteiligung Russland an integrativen Strukturen, in denen die eigenen Interessen durch andere Staaten überstimmt werden könnten, bleibt für den Kreml undenkbar. Der Krieg in der Ukraine hat zu einem verstärkten Schulterschluss zwischen der EU und den USA einerseits sowie zu einer erweiterten Partnerschaft zwischen Russland und China andererseits geführt. Diese Partnerschaften beeinflusst die strategische Lage in Europa, da Russland und China viele der wichtigen Rohstoffe kontrollieren, die für neue Produkte vor allem im Energiesektor benötigt werden. Für die EU und ihre Mitgliedstaaten ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ihre Strategien und Politiken anzupassen. Dies unterstreicht, dass die Zeiten in denen die Weltgeschichte hauptsächlich als eine Erweiterung der europäischen Geschichte betrachtet wurde, vorbei sind.

Ein strategischer Fehler der EU im Umgang mit Russland war, dass Moskau nie klar gemacht wurde, dass Russland isoliert werden würde, wenn es weiterhin autoritäre Taktiken anwendet. Stattdessen wurde Russland als neue Demokratie umschmeichelt und Putin persönlich umworben. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, den Putin als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnete, hätte die sicherheitspolitischen Akteure Europas zum Handeln veranlassen müssen. Der finnische und schwedische NATO-Beitritt und die geopolitischen Entwicklungen in der Region haben die strategische Bedeutung der russischen Flotten und die nuklearen Fähigkeiten erheblich beeinflusst. Die Entstehung des europäischen Ostschirms hat die Gefahr durch Russland auf vier NATO-Länder konzentriert: Polen, Finnland, Rumänien und Schweden. Polen könnte in Zukunft eine militärstrategische Führungsposition in Europa einnehmen und investiert massiv in seine Verteidigung. Die

geopolitische Zeitenwende hat sich schleichend seit den 2000er Jahren vollzogen und mit dem Angriffskrieg 2022 manifeste Gestalt angenommen.

Seit dem Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 haben sich auch die Internationalen Beziehungen grundlegend gewandelt. Die These einer multipolaren Weltordnung, die Russland propagiert, steht im Mittelpunkt dieser Veränderungen. Damit versucht Russland, die eigene Rolle als Großmacht auszubauen und sich von den universellen Prinzipien des Völkerrechts abzuwenden. Russland hat bereits vor dem Angriffskrieg 2022 und der „Ukraine-Krise“ 2014 versucht, ein eigenes regionales Völkerrechtsregime zu etablieren und sich von den universellen völkerrechtlichen Normen abzuwenden. Die russische Vorstellung von staatlicher Souveränität ist absolut und priorisiert die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Dies steht im Gegensatz zu westlichen Konzepten, die Souveränität mit der Einhaltung grundlegender Menschenrechte (R2P) verbinden. Auch wenn das Konzept keine nachhaltige Tragweite hatte, da die Kompetenzen des UN-Sicherheitsrates bei Maßnahmen der kollektiven Sicherheit nie zugunsten der UN-Generalversammlung eingeschränkt werden konnten, steht es für das Prinzip der Universalität der Menschenrechte. Putins Konzept einer „multipolaren Weltordnung“ sieht vor, dass regionale Blöcke mit eigenen Völkerrechtsregimen entstehen, die nicht den universellen Prinzipien der UN-Charta entsprechen.

Die Implikationen für die europäische Sicherheitspolitik sind weitreichend. Realpolitik, nationale Interessen und geopolitische Überlegungen gewinnen in der EU wieder an Bedeutung. Diese neue Unordnung in den Internationalen Beziehungen wird von militärischer Macht und der normativen Kraft des Faktischen dominiert. Die Schwächung Internationaler Organisationen und der Machtzuwachs autoritärer Regime sind neue Phänomene, die durch den Krieg in der Ukraine verstärkt wurden. Die EU, die sich bisher als „*Soft Power*“ verstand, ist von diesem Wandel besonders stark betroffen. Es ist entscheidend, dass die EU ein eigenständiges Profil entwickelt und konkrete europäische Positionen und Interessen definiert, um langfristig ein neues Vertrauensverhältnis zu Russland und einen Status als autonomer Akteur gegenüber den USA aufbauen zu können. Nur durch eine klare außenpolitische Ausrichtung kann die EU ihr tatsächliches Machtpotenzial entfalten und europäische Interessen effektiv vertreten.

Eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der NATO und eine verstärkte militärische Präsenz der NATO in Europa sind notwendig, um den Herausforderungen durch Russland und den sich

wandelnden globalen Machtstrukturen zu begegnen. Gleichzeitig muss die EU ihre Abhängigkeiten verringern und die eigene wirtschaftliche und technologische Resilienz erhöhen. Nur durch eine gestärkte und geeinte Position kann die EU ihre Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur behaupten und langfristig stabile Beziehungen zu Russland und anderen globalen Akteuren entwickeln. Auch hier wird das Prinzip „Abschreckung“ eine entscheidende Rolle spielen. Daneben sollte eine offene Debatte über nukleare Abschreckung in Europa geführt werden.

Es sollte die Entwicklung einer europäische Abschreckungsfähigkeit als Ergänzung zum amerikanischen Nuklearschirm erwogen werden. Sowohl in Europa als auch in den USA ist man sich bewusst, dass Washington künftig mehr Mittel in die regionale Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum investieren wird. Die Äußerungen des aktuellen US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, unter bestimmten Umständen die Verteidigung von NATO-Verbündeten zu verweigern, hat die Debatte über europäische Atomwaffen zusätzlich befeuert. Laut einer repräsentativen Umfrage von *infratest-dimap*, die 2022 vom ARD-Politikmagazin Panorama durchgeführt wurde, sprachen sich 52 % der befragten deutschen Bevölkerung für den Erhalt der US-Atomwaffen in Deutschland aus, und 12 % befürworteten sogar die Modernisierung des Arsenals. Noch 2019 zeigte eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung, dass nur 22 % der Deutschen dem US-Nuklearschirm vertrauten, während 31 % den nuklearen Schutz vollständig ablehnten (Panorama ARD 2022).

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 hat die Einstellung gegenüber der nuklearen Abschreckungsfähigkeit massiv verändert und führte erstmals zu einer überwiegend positiven Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem amerikanischen Nuklearschirm. In diesem (Extrem-)Fall sind sich Politik und öffentliche Meinung also überraschend einig. Das Bekenntnis zur NATO und zur nuklearen Teilhabe ist eine logische Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch wenn sich die Bedrohungswahrnehmungen der NATO-Mitglieder durch den Krieg in der Ukraine etwas angenähert haben, gibt es weiterhin unterschiedliche Ansichten zu nuklearen Bedrohungen und zu Abschreckungsgarantien. So erklärte der ehemalige litauische Verteidigungsminister Imants Lieģis, dass in den baltischen Staaten nach der Invasion in der Ukraine die Angst vor einer konventionellen russischen Aggression größer sei als die vor einer nuklearen Eskalation. Polen hingegen legt nach wie vor großen Wert auf den Schutz durch den amerikanischen Nuklearschirm (Berghofer 2023:79).

Diese Unterschiede müssen angesprochen werden, ein strategischer Dialog muss intensiver als je zuvor klären, welche europäischen Länder welche Art von Abschreckung und Sicherheitsgarantien benötigen. Darüber hinaus würde es die Debatte beleben, wenn verstärkt Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Vertreter*innen und Expert*innen aus verschiedenen Denkrichtungen (innerhalb des demokratischen Spektrums) einbezogen würden. Auch wenn sich die öffentliche Meinung zu Atomwaffen durch den Krieg in der Ukraine dramatisch geändert hat, bleiben Gräben bestehen. Hier müssen langfristig Brücken gebaut, und das Dilemma zwischen Abrüstungsambitionen und Abschreckung in den Diskurs um die Verteidigungsfähigkeit mitaufgenommen werden. Regelmäßiges „*fact checking*“ durch Expert*innen können für den Dialog hilfreich sein, insbesondere, um zu erklären, warum die EU als Besitzerin von Atomwaffen infrage kommt – oder eben nicht. Angesichts einer langfristigen neuen Auseinandersetzung mit Russland erschwert das Fehlen einer vorausschauenden strategischen Diskussion die ohnehin komplexen Überlegungen zur Zukunft der nuklearen Abschreckung in Europa.

Die Frage nach dem Ende des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und wie dieses aussehen könnte, kann aus derzeitiger Sicht nicht beantwortet werden. Im klassischen symmetrischen Krieg bedeuteten die Vorstellungen von Sieg und Niederlage das Ziel und gleichzeitig das Ende der Gewalt, was den Übergang zum Frieden markierte. In den modernen Formen des hybriden und asymmetrischen Krieges haben diese Konzepte jedoch ihre Bedeutung verloren. Es gibt keine klare Finalität des Krieges mehr, da dieser in einer Gestalt zum ständigen Begleiter des Friedens geworden ist, die nicht immer und überall als solcher erkennbar ist. Unsere Definition von Krieg hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte stark verändert. Die traditionellen Unterscheidungen zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg oder zwischen Staaten- und Bürgerkrieg, ja sogar zwischen Krieg und Frieden haben an normativer Bedeutung verloren.

Die Begriffe sind analytisch nicht irrelevant geworden, die neuen hybriden Formen entziehen sich allerdings dieser klassischen Unterscheidungen und dem Regelwerk des Völkerrechts sowie der klassischen Politikwissenschaft. Langfristig wird dies Auswirkungen auf das Kriegsvölkerrecht haben. Das Festhalten an einer Rechtsordnung, die durch die Erfahrungen der beiden Weltkriege inspiriert ist und die auf die Regulierung und Begrenzung von Gewalt abzielt, wird in den neuen globalen Konflikten nicht mehr ausreichen. Der Kampf um eine neue Weltordnung ist somit auch ein Kampf um die Regeln, die dabei beachtet und eingehalten werden müssen. Das klassische Dilemma zwischen Freiheit und Sicherheit muss im Zuge der

veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen neu gedacht werden: Sicherheit kann nur durch Freiheit gewährleistet werden, wobei Freiheit eine normative Idee ist. Das bedeutet, dass die Anerkennung der Freiheit anderer Staaten oder Individuen die Grundlage für unsere eigene Freiheit bildet.

Die Frage des Spannungsverhältnisses zwischen „Realismus“ und „Idealismus“ in der europäischen Außenpolitik muss reflektiert werden, um zu einer ausgewogenen Form der Außenpolitik zu gelangen. Der Begriff des Realismus beschreibt die Konzentration auf Machtverhältnisse und Ressourcen, wobei realistische Positionen häufig als pragmatisch und klar von idealistischen, theoretischen Vorstellungen abgegrenzt werden. Diese Spannung zeigt sich vor allem in der Frage, ob Außenpolitik sich auf pragmatische Machtfragen oder idealistische Werte wie Demokratie und Menschenrechte stützen soll. Theoretiker*innen des Neorealismus wie Roland Czada argumentieren, dass eine Rückkehr zum Realismus in der europäischen Außenpolitik notwendig sei, insbesondere angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen wie dem Krieg in der Ukraine. Dabei wird die mangelnde praktische Relevanz normativer Bindungen betont, Czada sieht einen klaren Wandel in der Sicherheitspolitik hin zu einer realistischen Betrachtung der Internationalen Beziehungen (Fröhlich 2023:84).

Des Weiteren kritisieren Roland Czada und andere Theoretiker*innen des Realismus die übermäßige Abhängigkeit von idealistischen Theorien, wie dem normativen Institutionalismus und dem progressiven Liberalismus, da diese in der Praxis oft gescheitert wären, wie etwa bei den Interventionen der USA im Irak und in Libyen (Fröhlich 2023:85). Der Realismus hingegen sei ein Ansatz, der zwar harte materielle Realitäten anerkennt, aber auch das Ziel des Friedens verfolgen würde. Kritiker*innen wie Bernd Ladwig und Michael Zürn werfen ein, dass der Realismus in seiner aktuellen Form oft die Komplexität und moralischen Werte der internationalen Politik außer Acht lassen würde. Insbesondere die inneren politischen Bedingungen in Ländern wie Russland und die Tendenzen zu autoritären Regimen werden von Kritiker*innen als Faktoren gesehen, die in der „realistischen Außenpolitik“ nicht ausreichend berücksichtigt werden (Fröhlich 2023:85).

In Hinblick auf die normativen Aspekte der Europäischen Außenpolitik, sollte der konzeptionelle Begriff der „Menschlichen Sicherheit“ als zentrale Leitidee wieder in den Fokus der Sicherheitspolitischen Debatte rücken und als entscheidende Erweiterung des klassischen Sicherheitsverständnisses angesehen werden. Im Gegensatz zur traditionellen, staatlich-

militärisch fokussierten Sicherheit, die sich vor allem auf den Schutz von Territorien und Staaten vor äußeren Bedrohungen konzentriert, nimmt das Konzept der Menschlichen Sicherheit eine umfassendere Perspektive ein. Es geht darum, den Schutz des Einzelnen und der Gemeinschaft vor Bedrohungen zu gewährleisten, die über das Militärische hinausgehen. Hierbei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, darunter Nahrungsmittelsicherheit, gesundheitliche Versorgung, ökologische Sicherheit, der Schutz vor sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit. Genauso könnte darunter der Schutz vor „versuchter Einflussnahme durch Desinformation“ oder der Anspruch auf eine Garantie freier und fairer Wahlen gezählt werden. In der aktuellen globalen Lage, insbesondere im Kontext des Krieges in der Ukraine, gewinnt die Menschliche Sicherheit an Bedeutung, da der Schutz von Menschenleben und die grundlegenden Bedürfnisse von Menschen, wieder an Priorität gewinnen.

Der Krieg in der Ukraine stellt nicht nur eine militärische Bedrohung dar, sondern löste auch massive humanitäre Krisen aus, sowie Fluchtbewegungen, Nahrungsmittelkrisen, eine Krise der medizinischen Versorgung und ökologische Zerstörungen. Diese Bedrohungen haben Auswirkungen auf das alltägliche Leben der Menschen in der Ukraine als auch in Europa und erfordern internationale Zusammenarbeit und Solidarität. „Menschliche Sicherheit“ bezieht sich also einerseits auf die Sensibilisierung für Bedrohungen, die das Leben von Menschen jenseits militärischer Risiken gefährden und andererseits geht es um das solidarische Eintreten für angegriffene Menschen wie in der Ukraine. Besonders relevant ist dies in Situationen, in denen autoritäre Regime wie Russland bewusst gegen die Interessen auch ihrer eigenen Bevölkerung handeln (Fröhlich 2023:90). Das Konzept bietet einen Orientierungsrahmen, um komplexe sicherheitspolitische Herausforderungen zu bewältigen, da es einen breiteren und menschenzentrierteren Ansatz verfolgt. Menschliche Sicherheit muss wieder als integraler Bestandteil der europäischen Außenpolitik begriffen werden.

Bevor die EU eine Zukunftsperspektive entwickeln kann, muss eine vernünftige politische Zielsetzung erarbeitet werden, die einerseits auf einer realistischen Betrachtung der Internationalen Beziehungen beruht und andererseits auf normativen Prinzipien, um das Ziel eines langfristigen Friedens und der „Menschlichen Sicherheit“ nicht aus den Augen zu verlieren. Diese Neuausrichtung, die den realistischen Blick auf die Internationalen Beziehungen zusammen mit normativen Ansätzen der Außenpolitik verbindet, kann durchaus als „Zeitenwende“ betrachtet werden, erfordert jedoch einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel. Wir müssen weg von dem Fokus auf reaktivökonomische Sicherheit und

hin zu einem progressivpolitischen Verständnis von Freiheit. Das ist im Grunde der Kerngedanke der demokratischen Rechtsstaatlichkeit. Dieses Leitprinzip ist besonders im Bereich des Völkerrechts allgegenwärtig, wo es darum geht, den Frieden zu gewährleisten. Es erfordert nicht nur das Recht zu respektieren, sondern sich gegen die Verletzung grundlegender Rechtsprinzipien mit militärischen Mitteln zur Wehr zu setzen. In der Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik geht es vor allem darum die völkerrechtlichen Prinzipien wie Gewaltlosigkeit, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Achtung der Souveränität und Grenzen sowie das Einhalten von Verträgen im Falle einer eklatanten Missachtung mit den Mitteln der regelbasierten Gewaltanwendung zu verteidigen (Stadler 2024:18).

Es ist außerdem unwahrscheinlich, dass die USA in Zukunft erneut die Rolle des Sicherheitsdienstleisters für Europa übernehmen werden. Obwohl die Biden-Administration entgegenkommender und dem atlantischen Bündnis stärker verpflichtet ist als die vorherige Trump-Regierung, wird es keine Rückkehr zum früheren Status geben, die kommenden US-Präsidentschaftswahlen am 5. November 2024 bleiben abzuwarten. Trotz steigenden Verteidigungsbudgets bleibt die EU hinter den militärischen Fähigkeiten, die sie am Ende des Kalten Krieges hatte, zurück. Dies wird durch die erheblichen Investitionen Russland und China in ihre Streitkräfte und in die Entwicklung neuer Technologien und Taktiken verschärft. Vor diesem Hintergrund wächst der Druck auf die europäischen Entscheidungsträger*innen, drei wesentliche Schritte zu setzen: erstens anzuerkennen, dass die aktuellen Fähigkeiten den gegenwärtigen Herausforderungen nicht gerecht werden; zweitens entweder die Ambitionen zurückzuschrauben oder die Pläne zu überarbeiten; und drittens den Moment zu nutzen, um den Prozess der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit zu beschleunigen und das Europäische Sicherheitsprojekt voranzubringen.

Laut dem Historiker J.G.A. Pocock beschreibt ein „Machiavellistischer Augenblick“ den Zeitpunkt, an dem eine Republik sich ihrer eigenen Vergänglichkeit bewusst wird und erkennt, dass dringendes Handeln notwendig ist (Pocock 1975:159ff). In einem solchen Moment wurde auch den europäischen Entscheidungsträger*innen am 24. Februar 2022 bewusst, dass ein sofortiges Eingreifen und Handeln notwendig sind, um die eigene Legitimität zu bewahren und den Fortbestand des europäischen Friedensprojekts zu sichern. Diese kritischen Phasen haben in der Vergangenheit, angefangen von der Florentinischen Republik des 16. Jahrhunderts bis zur amerikanischen Revolution, stets zu bedeutenden Umwälzungen geführt. Der grundlegende Punkt dieses „Machiavellistischen Augenblicks“ ist mittlerweile offensichtlich: Eine derart günstige Kombination aus äußerem Druck und innerer Unterstützung für das Europäische

Projekt gab es selten. Auch eingefleischte Europaskeptiker erkennen mittlerweile, dass es nicht ausreicht sich auf das Konzept von Nationalstaaten zu verlassen, um die drängenden Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen.

Ebenso ist den Optimisten klar, dass die aktuellen Fähigkeiten der EU nicht ausreichen, um die EU zu einem geopolitischen Akteur zu machen und ihre Bürger*innen wirksam zu verteidigen. Ob diese doppelte Erkenntnis zu einem Wendepunkt in der europäischen Sicherheitspolitik führt, hängt von der Entschlossenheit der europäischen Entscheidungsträger*innen ab, diesen Moment zu nutzen und auch bereit zu sein, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Anhand der Überlegungen zur Zeitenwende – mag sie im bereits im Jahr 2014 eingetreten sein, wie am Parameter der EU-Russland-Beziehungen oder hybrider Bedrohungsszenarien festgestellt werden konnte, oder erst mit 24. Februar 2022, wie anhand der Indossierung des Strategischen Kompasses für Sicherheit und Verteidigung, dem Wandel der Internationalen Beziehungen und der geostrategischen Aspekte sichtbar wurde – wird klar, dass die Einteilung in Epochen und „Zeiten" nicht immer geraden Linien folgen und oftmals erst lange Zeit danach erfolgen kann.

Die Einteilungen in *Zeitenwende, Zäsur, Paradigmenwechsel, Umbruch, Epochenwende, Diskontinuität* verfügen stets nur über eine relative Gültigkeit, da sie aus unterschiedlichen Disziplinen und Perspektiven – etwa in dieser Arbeit historisch, politikwissenschaftlich, völkerrechtlich, geostrategisch – entstehen. Die klassische Teilung der europäischen Geschichte in Antike, Mittelalter und Neuzeit, die weitere Unterteilungen in Ur- und Frühgeschichte sowie die Segmentierung der Neuzeit in frühe Neuzeit und Moderne bleibt weiterhin relevant. Über die historische Einordnung, dem Beginn sowie dem genauen Ende von Epochen, wird heute noch debattiert. In gleicher Weise bleibt fraglich, ob es im Sinne einer akademischen Diskussion überhaupt zweckmäßig ist, einzelne historische Geschehnisse mit einem Epochenschnitt gleichzusetzen.

Je nach historischem Modell werden nicht Einzelereignisse zur Identifizierung einer Epoche herangezogen, sondern alternative Unterscheidungsmerkmale. Zum Beispiel nutzte Karl Marx eine sozioökonomische Gliederung, die von der klassenlosen Gesellschaft; über die Sklaven- und Feudalhalter-, hin zur kapitalistischen Gesellschaft führt. Das Ziel der klassenlosen Gesellschaft sollte letztlich durch eine proletarische Revolution erreicht werden. In der neuesten Geschichte scheint es zunehmend schwerer zu fallen Epochenschnitte anhand unterschiedlicher Modelle festzustellen – das Konzept von Vergangenheit scheint noch nicht greifbar genug zu

sein. Hinzu kommt, dass die Globalisierung der letzten Jahrzehnte auch die Geschichtsforschung beeinflusst hat. Geschehnisse, die auf dem europäischen Kontinent von historischer Tragweite scheinen, könnten in einem weltgeschichtlichen Kontext weitaus weniger bedeutend sein, was den Vorwurf des Eurozentrismus an bereits bestehenden historischen Einordnungen erklärt und eine unterschiedliche Bewertung von Ereignissen auf anderen Kontinenten notwendig erscheinen lässt.

Während zur Zeitenwende ähnliche Begriffe wie *Zäsur, Paradigmenwechsel, Umbruch, Epochenwende, Diskontinuität* oder ein *zeithistorisches Datum von Gewicht* Veränderungen oder Brüche in der Geschichte oder im Denken beschreiben, unterscheidet sich der Begriff „Zeitenwende“ dadurch, dass er eine tiefgreifende, langfristige Umgestaltung der bestehenden Ordnung und die Etablierung eines neuen Normalzustands impliziert. Begriffe wie Zäsur und Diskontinuität markieren Brüche, ohne notwendigerweise zu einem neuen Ordnungszustand zu führen, während der Paradigmenwechsel stärker auf intellektuelle und wissenschaftliche Veränderungen fokussiert ist. Sabrow beschreibt eine Zeitenwende als einen Moment, der den Lauf der Geschichte unerwartet in eine neue Richtung lenkt, bestehende Ordnungen und Sichtweisen tiefgreifend erschüttert und einen neuen Normalzustand an die Stelle des alten setzt. Diese Zäsuren sind durch nachhaltige Veränderungen in gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen gekennzeichnet.

Der russische Angriff auf die Ukraine kann unter diesen Gesichtspunkten als eine Zeitenwende interpretiert werden da: I) Unerwartete Veränderung der geopolitischen Ordnung eingetreten sind. Der Krieg hat Europa und die Welt in eine neue geopolitische Realität versetzt. Die Annahmen über die Stabilität und die Sicherheitsarchitektur in Europa, die nach dem Ende des Kalten Krieges bestanden, wurden durch diesen Angriff plötzlich infrage gestellt. II) Eine Erschütterung bestehender Ordnungen stattgefunden hat. Die politische und militärische Ordnung Europas, die seit Jahrzehnten auf der Prämisse des Friedens auf dem Kontinent basierte, wurde nachhaltig gestört. Staaten haben ihre Verteidigungspolitik überdacht, die NATO hat sich verstärkt und erweitert; es gibt eine Rückkehr zu militärischen Abschreckungsstrategien, die in den Jahren zuvor nicht mehr im Fokus standen. III) Ein neuer Normalzustand eingetreten ist. Die Folgen des Krieges – darunter die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland, die geopolitische Isolierung des Landes und die verstärkte Unterstützung der Ukraine durch den Westen – haben einen neuen Normalzustand in den

Internationalen Beziehungen etabliert. Zudem führte der Krieg zu einer Aufrüstung und einem Umdenken in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vieler Länder, insbesondere in Europa.

IV) Tiefgreifende und nachhaltige Veränderung stattgefunden haben. Der Krieg hat nicht nur politische und militärische Strukturen verändert, sondern auch gesellschaftliche und kulturelle Perspektiven beeinflusst. Themen wie nationale Sicherheit, Souveränität und die Verteidigung demokratischer Werte haben in der westlichen Welt einen neuen Stellenwert erhalten. Gemäß Sabrows Definition kann der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine also durchaus als Zeitenwende betrachtet werden, da er einen tiefgreifenden Wandel in der geopolitischen Ordnung sowie in der Wahrnehmung von Sicherheit und politischen Allianzen ausgelöst hat. Dies führt zu einer dauerhaften Veränderung der Internationalen Beziehungen und der europäischen Gesellschaften.

Erwartete oder vorhergesagte Zäsuren wie der Millenniumswechsel, die Euro-Einführung oder die EU-Osterweiterung schienen zunächst das Potenzial zur „Zeitwende“ zu haben, wurden aber im Nachhinein oft anders bewertet. Dagegen gewannen andere Ereignisse im Nachhinein an Bedeutung und haben heute unbestritten Zäsur-Potenzial. Wie das Attentat von Sarajevo, bei dem der Thronfolger Österreich-Ungarns Erzherzog Franz Ferdinand ermordet und in Folge der Erste Weltkrieg ausgelöst wurde. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass die persönliche Prägung sowie die jeweilige disziplinäre und weltanschauliche Perspektive eine Rolle spielen und Bewertungen oftmals aus Machtansprüchen heraus entstehen, dann wird deutlich, dass das Einläuten einer „Zeitenwende“ als ein fast beliebiges Gedankenkonstrukt verstanden werden kann. In Hinblick auf genannte Vagheit im Einläuten eines Epochenbruchs oder einer Zeitwende, wird Zeitgewissheit durch Zukunftsunsicherheit ersetzt und verschiedene wissenschaftliche Disziplinen und Perspektiven tragen zu vielfältigen Interpretationen bei.

Abkürzungsverzeichnis:

ABCDE-Framework - Actor, Behavior, Content, Degree, Effect - Framework

AEUV - Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

ASAP - Act in Support of Ammunition Production

AU - Afrikanische Union

COREPER - Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (französisch *Comité des représentants permanents*)

DCFTA - Deep and Comprehensive Free Trade Agreement *(*Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine)

DSA - Digital Service Act

DISARM *Framework* - Disinformation Analysis and Risk Management - Framework

EDA - European Defence Agency

EDF - European Defence Fund

EDIP - European Defence Industry Programme

EDIRPA - European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act

EDMO - European Digital Media Observatory (Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien)

EDTIB - European Defence Technological and Industrial Base

EEAS - European External Action Service (Europäische Auswärtige Dienst - EDA)

EK - Europäische Kommission

EMRK - Europäische Menschenrechtskonvention

ENP - Europäische Nachbarschaftspolitik (European Neighbourhood Policy)

EP - Europäisches Parlament

ER - Europäischer Rat

ERPSC - EU-Russia Committee on Security and Foreign Policy

EUGS - EU Global Strategy

EU - Europäische Union

EUV - Vertrag über die Europäische Union

FIMI - Foreign Information Manipulation and Interference

GSVP - Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

HFC - Hybrid Fusion Cell

HV - Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (derzeit Josep Borrell)

HWP ERCHT - Horizontal Working Party on Enhancing Resilience and Combating Hybrid Threats

Hybrid CoE - European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats

ICISS - International Commission in Intervention and State Souvereignty

INTCEN - EU Intelligence and Situation Centre

IGH - Internationale Gerichtshof

KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

MISP - Malware Information Sharing Platform

MIT - Millî İstihbarat Teşkilâtı - Nationaler Aufklärungsdienst der Türkei

MOE - Mittel- und Osteuropa

NATO - North Atlantic Treaty Organization

NNR - NATO-Russland-Rat

OASIS - Ongoing Autonomous Systematic Improvements to Security

OpenCTI - Open Cyber Threat Intelligence Platform

OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

PESCO - Permanent Structured Cooperation

PKA - Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

RAA - Rat für Allgemeine Angelegenheiten

RAB - Rat für Auswärtige Angelegenheiten

RSF - Rapid Support Forces

R2P - Responsibility to Protect (Prinzip der Schutzverantwortung)

STIX - Structured Threat Information Expression

SWIFT - Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication

TTP - Tactics, Techniques, and Procedures

UNDP - United Nations Development Programme

UN - United Nations

VDD - Director General of Latvian State Security Service

WTO - World Trade Organization

5D-Klassifikation - Dismiss, Distort, Distract, Dismay, Divide

Literaturverzeichnis

Fachliteratur:

Akryshora, Lidiia (2017): Ein Konflikt – zwei Wahrheiten? Die Maidan-Bewegung in der ukrainischen und russischen Presse. Magisterarbeit für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Jürgen Grimm.

Anderson, Joel; Thierry, Tardy (2015): Hybrid what´s in a name? 32/2015. Paris: European Union Institute for Security Studies. https://www.files.ethz.ch/isn/194544/Brief_32_Hybrid_warfare.pdf [letzter Zugriff 14.09.2024]

Andruchowytsch, Juri (2013): Neujahrsgrüße aus Kyjiw. Frankfurt am Main:Bund.

Aro, Jessikka (2022): Putins Armee der Trolle. Der Informationskrieg des Kreml gegen den Rest der Welt. München: Goldmann.

Babtschenko, Arkadi (2015): Putins schreckliche Tat. In: Testfall Ukraine. Europa und seine Werte. Berlin: Surkamp

Bader, Max (2019): Disinformation in Elections in: Security and Human Rights Volume 29 Issue 1-4. Leiden: Brill.

Baumann, Marcel M.; Zdunnek, Gabriele; Zitelmann, Thomas (2014): Prozesse der „Versicherheitlichung“ von Entwicklungszusammenarbeit und zivil-militärische Kooperation. In: Müller, Franziska et al (Hg.) (2014): Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen. PVS-Sonderheft 48, Baden-Baden.

Baumann, Marcel M.; Kößler, Reinhart (2016): Von Kundus nach Camelot und zurück: militärische Indienstnahme der „Entwicklung“. In: Haug, Wolfgang Fritz et al (Hg.) (2016):

Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Heft 288. Hamburg: Argument Verlag.

Beuth, Patrick; Brost, Marc; Dausend, Peter; Dobbert, Steffen; Hamann, Götz (2017): Krieg ohne Blut. In: Die Zeit, Nr. 9/2017 https://www.zeit.de/2017/09/bundestagswahl-fake-news-manipulation-russland-hackercyberkrieg [letzter Zugriff 16.04.2024]

Berghofer, Julia (2023): Der neue Kalte Krieg. Atomwaffen, Cyberattacken, hybride Gefahren. Wie der Westen der neuen Bedrohung begegnen muss. Köln: Quadriga

Bpb-Redaktion (2022): https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/506585/nato-osterweiterung/ [letzter Zugriff 29.07.2024]

Brands, Hal (2023): The Battle for Eurasia. In: Foreign Policy 04.06.2023. https://foreignpolicy.com/2023/06/04/russia-china-us-geopolitics-eurasia-strategy [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Brock, Lothar (2013): Der internationale Schutz von Menschen vor innerstaatlicher Gewalt. Dilemmata der Responsibility to Protect. In: Busche, Hubertus; Schubbe, Daniel (Hrsg.): Die Humanitäre Intervention in der ethischen Beurteilung. Tübingen: Mohr Siebeck.

Brzeziński, Zbigniew (2008): Second Chance: Three Presidents and the Crisis of American Superpower. New York: Basic books.

Brzeziński, Zbigniew (2016): The Grand Chessboard: American Primacy and its Geostrategic Imperatives. New York: Basic books.

Carmody, Pádraig (2024): BRICS' Enlargement: Power Expansion or Contraction in a Changing World Order. In: EconPol Forum 1/2024, 25. Jg.

Dathe, Claudia; Rostek, Andreas (2014): Majdan! Ukraine, Europa. Berlin: edition.fotoTAPETA.

Duignan, Brian (2024): Dunning-Kruger effect. https://www.britannica.com/science/Dunning-Kruger-effect [letzter Zugriff: 04.08.2024]

Dobbert, Steffen (2022): Ukraine verstehen. Geschichte, Politik und Freiheitskampf. Stuttgart: Klett-Cotta.

Dragi, Mario (2022): Speciale, Alessandro, u.a.; Italy Executives Ignore Draghi Appeal, Join Call With Putin. In: Bloomberg 25.01.2022. https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-01- 25/putin-to-meet-with-top-italian-executives-on-wednesday [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Feichtinger, Walter (2017): Krise um die Ukraine – eine geostrategische Betrachtung. Gordischer Knoten Ukraine. Eine gesamtstrategische Betrachtung. Feichtinger, Walter; Steppan, Christian (Hrsg.): Militärwissenschaftliche Publikationsreihe der LVAK. BMLV: Wien.

Frenkel, Sheera (2022): TikTok Is Gripped by the Violence and Misinformation of Ukraine War. New York Times. TikTok Ukraine War Videos Raise Questions About Spread of Misinformation - The New York Times (nytimes.com) [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Fröhlich, Manuel (2023): „Wenn möglich bitte wenden?“ Die deutsche Außenpolitik und die Navigation der Zeitenwende. In: Zeitschrift für Politik. Band 1. Baden-Baden: Nomos.

Früh, Werner (2017): Inhaltsanalyse. 9.Auflage. Konstanz: UVK.

Gehler, Michael (2018): Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt. Reinbek: Lau.

Geissbühler, Simon (2014): Kyjiw – Revolution 3.0: Der Euromaidan 2013/2014 und die Zukunftsperspektiven der Ukraine (Soviet and Post-Soviet Politics and Society 126). Stuttgart: Ibidem.

Götz, Roland (2022): Sanktionen und Reaktionen. Auswirkungen auf die Wirtschaft Russlands. In: Osteuropa, Band 1-3. Berlin: Redaktion Osteuropa.

Groitl, Gerlinde (2022): Zeitenwende Revisted: Neue Weltordnung nach Russlands Angriff auf die Ukraine? In: Zeitschrift für Politik. Band 4. Baden-Baden: Nomos.

Franke, Benedikt (2022): Erleben wir eine Zeitenwende? In: Hamilton, Daniel S.; Kirchhof Gregor; Rödder, Andreas (Hrsg.): Zeitenwende? Zur Selbstbehauptung der Europäischen Union in einer neuen Welt. Tübingen: Siebeck

Hainzl, Gerald (2024): Afrika im Fokus geopolitischer / geostrategischer Interessen? In: ISS Lagebild 2024. Wien: Institut für Strategie und Sicherheitspolitik. Lagebild Nr. 1/24.

Heyde, Jürgen (2006): Geschichte Polens. München: C.H. Beck

Hobbes, Thomas 1984 (1651). Leviathan, Frankfurt am Main: Suhrcamp.

Hoffman, Frank G. (2009): *Hybrid threats: reconceptualizing the evolving character of modern conflict.* Institute for National Strategic Studies: National Defense University. https://www.files.ethz.ch/isn/98862/SF240.pdf [letzter Zugriff: 05.08.2024]

Hoffman, Frank G. (2010): 'Hybrid threats': neither omnipotent nor unbeatable. *Band* 54 (3). München: *Orbis.*

Jedlaucnik, Herwig (2024): Uni-,Bi- und Multipolare Weltordnung als Erklärungsmuster der aktuellen globalen Ordnung. In: ISS Lagebild 2024. Wien: Institut für Strategie und Sicherheitspolitik. Lagebild Nr. 1/24.

Karnitschnig, Matthew; Kosc, Wojciech (2024): Meet Europe's coming military superpower: Poland. https://www.politico.eu/article/europe-military-superpower-poland-army/ [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Kluge, Janis (2023): Russisch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen: Moskaus Weg in die Abhängigkeit (SWP-Studie 16 vom Dezember 2023), S. 1-40. URL: https://www.swpberlin.org/publications/products/studien/2023S16_Russl and_China.pdf [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Kottke, Kian (2017): Die EU und Russland – Barrieren auf dem Weg zu einer stabilen sicherheitspolitischen Partnerschaft. In: Staack, Michael (Hrsg.): Europa als

sicherheitspolitischer Akteur. Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS). Band 31. Berlin/Toronto: Budrich Barbara.

Krell, Gert; Schlotter, Peter (2018): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. 5., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main: Nomos.

Landsbergis, Gabrielius (2022): The end of naivete: How NATO must boost Baltic defenses. https://www.politico.eu/article/nato-baltic-defence-ukraine-russia-war/ [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Libman, Alexander (2017): Autoritäre Regionalorganisationen: Die innere Dynamik der Eurasischen Wirtschaftsunion. Berlin, Heidelberg: Springer.
Löw, Raimund (2024): Der Terror von Moskau und seine Folgen. Wien: FALTER 13/2024 vom 26.03.2024

Mangott, Gerhard (2024): Russland, Ukraine und die Zukunft. Androsch, Johannes (Hrsg.): Reihe „Auf dem Punkt“. Wien: Brandstätter.

Mälksoo, Lauri (2018): Case Law in Russian Approaches to International Law. In: Roberts, Anthea (Hrsg. Et al): Comparative International Law. New York: Oxford University Press.

Mälksoo, Lauri; Nußberger, Angelika (2023): Völkerrecht a la russe. Multipolarität versus Universalität. In: Osteuropa-Recht, Band 6. Berlin: Redaktion Osteuropa.

Müller-Graff, Peter-Christian (2017): Die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Spannungen und Kooperation. Integration. Sonderband 2017. 1.Auflage. Baden-Baden: Nomos.
Quiring, Manfred (2022): RUSSLAND – Ukrainekrieg und Weltmachtträume.

NewsGuard (2024): Russia-Ukraine Disinformation Tracking Center. https://www.newsguardtech.com/special-reports/russian-disinformation-tracking-center/ [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Pocock, J.G.A. (1975): The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition. Princeton: University Press.

PolskieRadio DLA Zagranicy (2023): Poland's incoming PM Tusk makes policy speech, asks MPs to back his Cabinet. Poland's incoming PM Tusk makes policy speech, asks MPs to back his Cabinet - English Section (polskieradio.pl) [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Portnov, Andrij (2014a): Die Ukrainische „Eurorevolution“. Einige Überlegungen. In: Dathe, Claudia; Rostek, Andreas (Hrsg.): Majdan! Ukraine, Europa. Berlin: edition.fotoTAPETA.

Portnov, Andrij (2014b): Krieg und Frieden. Die „Euro-Revolution“ in der Ukraine. In: Osteuropa. Band 1.Berlin: Redaktion Osteuropa.

Prochasko, Jurko (2014): Kleine Europäische Revolution. P.113-p.130. In: Andruchowytsch, Juri (Hrsg.): Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin: Suhrkamp.

Quiring, Manfred (2022): RUSSLAND – Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin: Ch. Links Verlag.

Roberts, Anthea (2017): Is International Law international? New York: Oxford University Press.

Rustamova, Farida (2022): EU-Sanktionen gegen Russland. Ein Überblick. In: Osteuropa. Band 1-3. Berlin: Redaktion Osteuropa.

Schmid, Ulrich (2023): Ein Gespenst geht um. Russlands Ukrainekrieg als Afghanistan 2.0 In: Osteuropa. Russlands verlorene Kriege. Historische Niederlagen eines Imperiums.
Sabrow, Martin (2023): Zeitenwenden in der Zeitgeschichte. Germany: Wallstein Verlag.

Schneider-Deters, Winfried (2014): Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. 2.Auflage. Berlin: Wissenschafts-Verlag.

Seidt, H. U. (2020): Russlands Verfassung. Denkunwürdigkeit Nr. 117. https://www.pmg-ev.com/wp-content/uploads/2020-117-Denkwuerdigkeiten-3.pdf [letzter Zugriff: 30.07.2024]

Sieg, Hans Martin (2012): Kapitel 3: Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz: Die Entwicklung der EU-Russland-Beziehungen. In: Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle. Schulze, Peter; Erler, Gernot (Hrsg.), Frankfurt/New York: Campus.

Staudinger, Martin (2024): Putins stille Invasion in Afrika und eine Schlinge um den Hals von Europa. Wien: FALTER 20/2024 vom 14.05.2024.

Thiele, Ralph (2023): Hybride Kriegsführung. Zukunft und Technologien. Wien: Springer.

Tomuschat, Christian (2008): UNITING FOR PEACE. United Nations Audiovisual Library of International Law. https://legal.un.org/avl/pdf/ha/ufp/ufp_e.pdf [letzter Zugriff: 26.09.2024]

Von Fritsch, Rüdiger (2022): Zeitenwende. Putins Krieg und die Folgen. Berlin: Aufbau.

Von Gall, Caroline (2017): Die EU und Russland: Ein schwieriges Verhältnis in der gemeinsamen Nachbarschaft. In: Weidenfeld, Werner, Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2017. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics. New York: Addison-Wesley.

Wein, Astrid; Otzelberger, Agnes (2009): Die „Versicherheitlichung“ der europäischen Entwicklungspolitik. Risiken und Nebenwirkungen. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.) (2009): Globale Armutsbemkämpfung – ein Trojanisches Pferd? Band 56. Wien: LIT Verlag.

Wertheimer, Jürgen; Holz, Isabelle; Rogge, Florian (2017): Maidan, Tahrir, Taksim. Die Sprache der Plätze. Protest, Aufbruch, Repression. Wiesbaden: Marix.

Werther-Pietsch, Ursula (2014): Menschliche Sicherheit im Spannungsfeld zu Souveränität, territorialer Integrität und Nicht-Intervention – Thesen für ein Transitionsvölkerrecht. In:

Benedek, Wolfang et al (Hg.) (2014): Bestand und Wandel des Völkerrechts. Beiträge zum 38. österreichischen Völkerrechtstag 2013 in Stadtschlaining. Band 19. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Werkner, Ines-Jacqueline (2019): Gerechter Frieden durch Menschliche Sicherheit? In: Werkner, Ines-Jacqueline; Oberdorfer, Berndt (Hg.) (2019): Menschliche Sicherheit und gerechter Frieden. Politische-ethische Herausforderungen. Band 4. Wiesbaden: Springer.

Wiederkehr, Stefan (2004): »Kontinent Evrasija« – Klassischer Eurasismus und Geopolitik in der Lesart Alexander Dugins. In: Markus Kaiser (Hrsg.): Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa. Transcript: Bielefeld.

Quiring, Manfred (2022): RusslandSSLAND – Ukrainekrieg und Weltmachtträume. Berlin: Ch.links.

Quellen:

AIES - Austrian Institute for European and Security Policy (2023): Trilogie Zeitenwende Europa - Part II. Präsentation zur geopolitischen Lage von Werner Fasslabend. https://www.aies.at/news/de/triologie-zeitenwende-2975 [letzter Zugriff: 25.09.2924]

Democracy Report (2024): Democracy Winning and Losing at the Ballot. V-Dem Institute. https://v-dem.net/documents/43/v-dem_dr2024_lowres.pdf [letzter Zugriff: 04.08.2024]

Europäischen Auswärtiger Dienst (2023): 1st EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/EEAS-DataTeam-ThreatReport-2023..pdf [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Europäische Kommission; EAD (2018): Aktionsplan gegen Desinformation https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/aktionsplan_gegen_desinformation.pdf [letzter Zugriff: 01.08.2024]

Europäische Kommission (2020a): Erster Fortschrittsbericht zur EU-Strategie für die Sicherheitsunion. https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14019-2020-INIT/de/pdf [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Europäische Kommission (2020b): Europäischer Aktionsplan für Demokratie Stärkung der Demokratien in der EU. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_20_2250/IP_20_2250_DE.pdf [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Europäische Kommission (2023): https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52023PC0637 [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Europäische Kommission (2024): Verteidigungsindustriestrategie der EU. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/643c4a00-0da9-4768-83cd-a5628f5c3063_en?filename=EDIS%20Joint%20Communication.pdf

Europäisches Parlament (2024): Making representation of third countries' interests more transparent https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2024/762312/EPRS_BRI(2024)762312_EN.pdf [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Gerassimow, Valery (2013): Der Wert der Wissenschaft liegt in der Voraussicht. In: *Военно-промышленный курьер* (Militärisch-industrieller Kurier) veröffentlicht am 27. Februar 2013.

Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation. http://kremlin.ru/acts/news/70811 [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Lawrow, Sergei (2023): Effective multilateralism through the Defence of the Principles of the UN Charter https://mid.ru/en/press_service/minister_speeches/1865243 [letzter Zugriff: 26.09.2024]

NATO (2014): Wales Summit Declaration. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm [letzter Zugriff: 06.08.2024]

NATO (2015): Erklärung der NATO-Verteidigungsminister vom 25. Juni 2015. https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_121135.htm [letzter Zugriff: 06.08.2024]

NATO (2018): Brussels Declaration on Transatlantic Security and Solidarity. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156620.htm [letzter Zugriff: 06.08.2024]

NATO (2022): Strategic Concept. https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_210907.htm [letzter Zugriff: 06.08.2024]

NATO (2024): Washington Summit Declaration. NATO - Official text: Washington Summit Declaration issued by NATO Heads of State and Government (2024), 10-Jul.-2024 [letzter Zugriff: 06.08.2024]

OSCE (2022): REPORT ON RUSSIA'S LEGAL AND ADMINISTRATIVE PRACTICE IN LIGHT OF ITS OSCE HUMAN DIMENSION COMMITMENTS. By Professor Angelika Nußberger. https://www.osce.org/files/f/documents/7/5/526720.pdf [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Our World Data (2023): https://ourworldindata.org/grapher/people-living-in-democracies-autocracies.

ORF (2024): Russland zieht alle Schiffe aus Asowschem Meer ab. https://orf.at/stories/3364634/ [letzter Zugriff: 06.08.2024]

Panorama ARD (2022): Umfrage US-Atombomben in Deutschland. https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/us-atombomben-in-deutschland-52-prozent-fuer-verbleib-39-prozent-fuer-abzug/ [letzter Zugriff: 04.08.2024]

Putin, Wladimir (2005): Rede des russischen Präsidenten an die Nation. http://www.en.kremlin.ru/events/president/transcripts/22931 [letzter Zugriff: 30.07.2024]

Putin, Wladimir (2007): Rede des russischen Präsidenten auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz. http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html [letzter Zugriff: 14.07.2024]

Putin, Wladimir (2022): Rede anlässlich des Vertrags über die Aufnahme der „Volksrepubliken" Doneck und Lugansk und der Gebiete Zaporoz und Cherson in die Russische Föderation am 30. September 2022. http://kremlin.ru/events/president/news/69465 [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Rat der EU (2016): Gemeinsamer Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016JC0018 [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Rat der EU (20. Juni 2019): Neue Strategische Agenda 2019-2024. https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/20/a-new-strategic-agenda-2019-2024/pdf/ [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Rat der EU (4. Juli 2019): Errichtungsbeschluss *Horizontal Working Party on Enhancing Resilience and Countering Hybrid Threats - Establishment and adoption of its Terms of Reference*. WK 7213/2019 REV 3.

Rat der EU (5. Mai 2024): *democratic resilience: safeguarding electoral processes from foreign interference*. https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10119-2024-INIT/en/pdf [letzter Zugriff: 02.08.2024]

Rat der EU (2019): Strategische Agenda für 2019-2024. Eine neue Strategische Agenda 2019-2024 (europa.eu) [letzter Zugriff: 04.08.2024]

Scholz, Olaf (2022). Rede von der Zeitenwende. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356 [letzter Zugriff: 04.08.2024]

Shulzhenko, Y. L. (2022). Legal protection of the Russian Constitution and its amendments in the context of international law. In *The Impact of Globalisation on International Law*. Wien: Springer.

Steinmeier, Frank-Walter (2022): Speech: *Strengthening everything that connects us.* https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/EN/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/221028-Strengthening-everything-that-connects-us.html [letzter Zugriff: 30.07.2024]

Stoltenberg 2023: Opening Remarks at the European Parliament's Committee on Foreign Affairs (AFET). https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_218172.htm?selectedLocale=en [letzter Zugriff: 25.04.2024]

Strategischer Kompass der EU für Sicherheit und Verteidigung (2022): https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf [letzter Zugriff: 14.09.2024]

UNDP (1994): New Dimensions of Human Security. Human Development Report. New York: United Nations Development Programme (UNDP).

UN-Resolution des Sicherheitsrates, verabschiedet am 27. Juni 1950. RES 83. https://digitallibrary.un.org/record/112026?v=pdf [letzter Zugriff: 26.09.2024]

UN-Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 7. Oktober 1950: Uniting for Peace. A/RES/377(V). https://documents.un.org/doc/resolution/gen/nr0/059/75/pdf/nr005975.pdf [letzter Zugriff: 26.09.2024]

UN-Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 12. Oktober 2022: Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. A/RES/ES-11(IV). https://www.un.org/depts/german/gv-notsondert/ares-es-11-4.pdf [letzter Zugriff: 12.09.2024]

Verfassung der Russischen Föderation (1993): https://www.verfassungen.net/rus/verf93-l.htm#:~:text=Russische%20F%C3%B6deration.%20Verfassung%20vom%2012.%20Dezember%201993.%20Erster%20Abschnitt.%20Grundbestimmungen [letzter Zugriff: 12.09.2024]

Verfassung der Russischen Föderation (2020): https://www.ostrecht.de/wp-content/uploads/2021/06/Verfassung-RF-Publikation.pdf [letzter Zugriff: 12.09.2024]

Volgarev, Alexandr (2022): STATEMENT BY MR. ALEKSANDR VOLGAREV, DEPUTY PERMANENT REPRESENTATIVE OF THE RUSSIAN FEDERATION, AT THE 1390th MEETING OF THE OSCE PERMANENT COUNCIL - 22 September 2022. On the presentation of the report on Russia under the Moscow Mechanism. https://www.osce.org/files/f/documents/8/8/560789.pdf [letzter Zugriff: 13.07.2024]

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2006): Die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Ausarbeitung WF XII G - 113/06. https://www.bundestag.de/resource/blob/412432/f5427d34a43427828d929de1c9169545/WF-XII-G-113-06-pdf.pdf [letzter Zugriff: 05.08.2024]

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2014): Entwicklung der russischen Sicherheitspolitik seit der Amtseinführung Wladimir Putins als Präsident der Russischen Föderation im Jahr 2000. Ausarbeitung WD 2 - 3000 - 078/14. https://www.bundestag.de/resource/blob/414776/0bab96642a9626ff21caa1fd344cd5b1/WD-2-078-14-pdf.pdf [letzter Zugriff: 05.08.2024]

Zeitschrift Osteuropa 1-3 I 2022 (Abb. 2)